



Stadt Aarau

Protokoll des Einwohnerrates

4. Sitzung 2012

vom Montag, 18. Juni 2012, 18.00 Uhr, im Grossratssaal

Vorsitzender

Marc Dübendorfer, Präsident

Anwesend

46 Mitglieder des Einwohnerrates

7 Mitglieder des Stadtrates

Dr. Martin Gossweiler, Stadtschreiber

Madeleine Schweizer, Leiterin Abteilung Finanzen und Liegenschaften

Marco Andreoli, Leiter Sektion Finanzen

Matthias Mundwiler, Controller

Daniel Fondado, Präsident der Schulpflege

Protokoll

Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend

Christian Dubs, Einwohnerrat

Hans Fügli, Einwohnerrat

Stephan Senn, Einwohnerrat

Ursus Waldmeier, Einwohnerrat

Traktanden

	Seite
1. Mitteilungen	107
2. Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts für	108
2.1 Chai, Yaker , geb. 1964, laotischer Staatsangehöriger, mit den Kindern Chai, Min Jenny , geb. 1995, und Chai, Sin Hua Rados , geb. 1997, beide chinesische Staatsangehörige	
2.2 Cajic, Stjepan , geb. 1978, und seine Ehefrau Cajic, Dijana , geb. 1979, mit den Kindern Cajic, Andrea , geb. 2005, und Cajic, Robert , geb. 2007, alle bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige	
2.3 Deng, Sophal , geb. 1982, kambodschanischer Staatsangehöriger	
2.4 Morina, Ibrahim , geb. 1987, kosovarischer Staatsangehöriger	
2.6 Antrag auf Ablehnung: Dilber, Kazim , geb. 1960, türkischer Staatsangehöriger	
3. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Wahlbüros für den Rest der Amtsperiode 2010/2013 (anstelle der zurückgetretenen Esther Meier)	112
4. Anfragen keine	114
5. Stabilo 1, Projektbericht und Massnahmenpaket	115
6. Stabilo 2, Gewährung eines Investitionskredits	149
7. Politikplan 2012 - 2016	154
8. Fuss- und Veloverbindung Scheibenschachen-Telli (Steg Aarenau)	163
9. Alterszentrum Suhrhard AG, Buchs; Gründung einer Aktiengesellschaft; Investitionsbeitrag	167

39. Mitteilungen

Marc Dübendorfer, Präsident: Ich begrüsse alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, Stadträtinnen und Stadträte, die Mitglieder der Verwaltung sowie alle Gäste, sofern solche auf der Tribüne anwesend sind, ganz herzlich zur vierten Einwohnerratssitzung. Wir haben heute eine umfangreiche Sitzung mit vielen Traktanden vor uns, welche voraussichtlich auch viel Gesprächsstoff liefern werden. So sollten wir also möglichst rasch "in medias res" stechen. Allerdings möchte ich nicht versäumen zu erwähnen, dass wir zwischenzeitlich zu einer Grossstadt mit 20'000 Einwohnern geworden sind. Das ist doch eine Premiere, welche man nicht unerwähnt lassen darf. Ob die Sitzung vom 25. Juni 2012 nötig sein wird, werden wir heute im Verlauf des Abends je nach Fortgang entscheiden und mitteilen. Ich habe nicht vor, diese Sitzung bis weit über Mitternacht hinaus zu leiten, aber wenn es nicht anders möglich ist und nur noch wenige Sachen vorliegen, würden wir zeitmässig auch etwas überziehen. Wenn wir allerdings schon um 23 Uhr feststellen, dass wir noch zwei Stunden oder mehr benötigen, werden wir vermutlich, je nach Stand der Dinge, die heutige Sitzung dann schon abbrechen. Für die heutige Sitzung sind diverse Anträge eingegangen. Wir werden bei den einzelnen Traktanden darauf eingehen. Wir haben für heute Abend einen Ersatzstimmzähler zu bezeichnen, da Raffaele Castellani beim Velofahren seine Kontaktlinsen verloren hat und nun fast nichts sieht. Bei den knappen Mehrheitsverhältnissen und Auszählarbeiten dürfte es von Vorteil sein, wenn jemand einen klaren Blick hat. Da niemand etwas dagegen einzuwenden hat, wird Thomas Hächler heute Abend das Amt des Stimmzählers für Raffaele Castellani übernehmen.

Der **Präsident** gibt die Entschuldigungen bekannt.

40. Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts

Marc Dübendorfer, Präsident: Der Stadtrat unterbreitet dem Einwohnerrat folgende Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts der Stadt Aarau:

- **Chai, Yaker**, geb. 1964, laotischer Staatsangehöriger, mit den Kindern **Chai, Min Jenny**, geb. 1995, und **Chai, Sin Hua Rados**, geb. 1997, beide chinesische Staatsangehörige
- **Cajic, Stjepan**, geb. 1978, und seine Ehefrau **Cajic, Dijana**, geb. 1979, mit den Kindern **Cajic, Andrea**, geb. 2005, und **Cajic, Robert**, geb. 2007, alle bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
- **Deng, Sopal**, geb. 1982, kambodschanischer Staatsangehöriger
- **Morina, Ibrahim**, geb. 1987, kosovarischer Staatsangehöriger
- **Antrag auf Ablehnung:**
Dilber, Kazim, geb. 1960, türkischer Staatsangehöriger

Der Stadtrat empfiehlt, die ersten vier Gesuche gutzuheissen und das Gesuch von Dilber Kazim abzulehnen.

Dieser Antrag stützt sich auf die Empfehlung der Einbürgerungskommission, welche die Gesuche geprüft hat. Die Gesuche konnten während der Aktenauflage eingesehen werden. Wird das Wort zu den Einbürgerungsgesuchen gewünscht?

Jürg Dietiker: Beim Gesuch von Herrn Kazim Dilber ist die SP-Fraktion geteilter Meinung. Eine kleine Minderheit folgt dem Antrag der Einbürgerungskommission und des Stadtrats auf Ablehnung oder wird sich der Stimme enthalten. Die Mehrheit unterstützt die Einbürgerung von Herrn Dilber. Die Einbürgerungskommission begründet ihre Ablehnung mit ungenügender Integration. Dieses Urteil stützt sich auf mangelnde Sprachkenntnisse. Aus der Aktenauflage geht hervor, dass alle übrigen Einbürgerungskriterien anscheinend erfüllt worden sind. Auch für die Mehrheit der SP-Fraktion ist eine gute Sprachkompetenz für die Integration und die Einbürgerung sehr wichtig. Bei jungen Gesuchsteller/-innen dürfen mangelnde Sprachkenntnisse auch unserer Meinung nach ein Ablehnungsgrund sein. Herr Dilber ist 52-jährig. Er lebt seit über 30 Jahren in der Schweiz. Offenbar haben seine Sprachkenntnisse genügt, um als Arbeitskraft unserer Wirtschaft zu dienen, unter anderem 14 Jahre bei der Alu Menziken. Es ist eine Tatsache, dass ältere, bildungsferne Migrantinnen und Migranten oft grösste Mühe haben, mehr als die minimalen Verständigungskompetenzen zu erreichen. Die Einbürgerungskommission schlug Herrn Dilber vor, sein Gesuch in einem Jahr erneut zu stellen. Es ist kaum vorstellbar, dass Herr Dilber seine Deutschkenntnisse in dieser kurzen Zeit wesentlich verbessern kann. Nach 30 Jahren in der Schweiz sind bei bildungsunbewohnten Menschen die Sprachkompetenzen meist fossilisiert und lassen sich mit Sprachkursen in kurzer Zeit nicht wesentlich verbessern. Die Mehrheit der SP-Fraktion geht davon aus, dass Herr Dilber nicht

mangels Motivation Mühe mit unserer Landessprache hat, sondern hier an Grenzen stösst. Herr Dilber ist nie negativ aufgefallen, erhält gute Referenzen von seinen Schweizer Nachbarn, welche u.a. (Zitat) "interessante Gespräche mit ihm führen" und "hilfsbereit ist und sich für das Leben im Quartier und in der Stadt interessiert". Er konnte die wesentlichen Fragen zu Staatskunde und Kultur genügend beantworten, verfügt über (Zitat) "durchschnittliche Geografiekenntnisse wie ein Schweizer Bürger". Seine Kinder und Grosskinder sind bereits eingebürgert. Herr Dilber lebt und erlebt die Schweiz als seine effektive Heimat. Die Mehrheit der SP-Fraktion unterstützt seinen Wunsch, sie auch auf dem Papier als seine Heimat bestätigt zu bekommen und bitten Sie, dem Gesuch zuzustimmen.

Lelia Hunziker: Die Fraktion Grüne/JETZT! wird der Ablehnung des Einbürgerungsgesuchs von Dilber Kazim auch nicht zustimmen. Wir haben das Gesuch ebenfalls genau angeschaut und waren etwas irritiert über diese Ablehnung. Seine Nachbarn schreiben, er sei verlässlich, vertrauenswürdig, zuvorkommend, hilfsbereit und freundlich. Sie sprechen von den interessanten Gesprächen, welche sie mit ihm in deutscher Sprache führen würden. Jemand hat sogar angeführt, dass Herr Dilber mit seinem Enkelkind konsequent Schweizerdeutsch spreche. Er liest die Zeitung und geniesst allergrösstes Vertrauen von seinen Nachbarn. So passt das ganze für uns nicht ganz zusammen: Einerseits spricht er Schweizerdeutsch mit seinem Enkelkind und man kann interessante Gespräche mit ihm führen, andererseits soll es an mangelnden Sprachkenntnissen liegen. Möglicherweise spricht Herr Dilber kein Hochdeutsch, sondern nur Schweizerdeutsch. Das ist oft so bei Menschen, welche hier nie einen Deutschkurs besucht haben, sondern nur bei der Arbeit oder durch die Nachbarn Deutsch, oder eben Schweizerdeutsch, gelernt haben. Es kann aber auch sein, dass er in der Prüfungssituation sehr nervös war. Man hat ihm ja schon nahe gelegt, das Gesuch zurückzuziehen. Das entzieht sich aber alles unserer Kenntnis. So, wie es da in den Unterlagen vorliegt, bringen wir die genannte Diskrepanz einfach nicht zusammen und deshalb bitten wir Sie, Herrn Dilber einzubürgern.

Marc Dübendorfer, Präsident: Ich mache darauf aufmerksam, dass eine Ablehnung begründet werden muss. Ich übergebe nun das Wort an den Stadtrat.

Lukas Pfisterer, Stadtrat: Das Gesuch und der Antrag des Stadtrates zur Ablehnung liegen Ihnen mit der entsprechenden Begründung vor. Ich gehe gerne noch einmal kurz darauf ein. In den Akten konnten Sie sehen, dass der Gesuchsteller im Jahre 1979 als 19-Jähriger, also durchaus noch in einem lernfähigen Alter, in die Schweiz gekommen ist. Er ist jetzt seit 33 Jahren in der Schweiz, hat 1995 am damaligen Wohnort in Reinach AG schon einmal ein Einbürgerungsgesuch gestellt. Damals war er seit bereits 16 Jahren in der Schweiz. Das Gesuch wurde wegen fehlender Integration und ungenügendem Wissen über die Schweiz abgelehnt. Ende Oktober 2011 hat Herr Dilber ein neues Gesuch bei uns eingereicht. Dem Antrag des Stadtrates können Sie entnehmen, dass der Stadtrat Ihnen das Gesuch, gestützt auf den Bericht und die Empfehlung der Einbürgerungskommission, zur Ablehnung empfiehlt. Die Kommission führte am 5. März 2012 das Gespräch mit Herrn Dilber durch, wie das mit allen Kandidatinnen und Kandidaten getan wird. Wesentlich war, dass Herr Dilber nach 33 Jahren Wohnsitz in der Schweiz die gestellten Fragen teilweise nicht beantworten konnte. Dies hatte nicht mit fehlendem Wissen, sondern mit fehlendem Sprachverständnis zu tun. Herr Dilber hat die Kommission nicht immer verstanden und umgekehrt auch nicht. Es ging, wie gesagt, nicht um inhaltliches Wissen, sondern schlicht um das Sprachverständnis. Gemäss kantonalen Vorgaben muss der Umgang mit den Behörden problemlos möglich sein. Nach Meinung der Kommission war das aber weder auf Schweizerdeutsch noch auf Hochdeutsch möglich. Er konnte sich in beiden Sprachen nicht problemlos mit uns verständigen und ist, nach Meinung

der Kommission, deshalb nicht genügend integriert. Auf einzelne Fragen konnte er nicht richtig antworten. Aber auch dies hatte zum Teil damit zu tun, dass er nicht verstanden hatte, was gefragt worden war oder wir verstanden seine Antworten nicht. Wie in solchen Fällen üblich, hat man dem Gesuchsteller eine zweite Chance geben wollen. Diese bestand darin, das Gesuch um ein oder zwei Jahre zurückzustellen mit der Empfehlung, in dieser Zeit einen Sprachkurs zu besuchen. Dieses Vorgehen wird in der Kommission immer so gewählt. Die meisten Gesuchstellenden gehen darauf ein. Die Kommission erklärt aber immer auch, dass der Gesuchsteller selbstverständlich am Gesuch festhalten kann, die Kommission in diesem Falle aber eine ablehnende Empfehlung an den Stadtrat abgeben wird. Unter Vorbehalt der Entscheidung des Stadtrates, geht das Gesuch dann zum Einwohnerrat. Die Kommission versuchte Herrn Dilber zu erklären, was es jeweils bedeutet, wenn er das Gesuch um ein oder zwei Jahre zurückstellt oder am Gesuch festhält. Man konnte ihm das nicht richtig erklären, weil er es einerseits nicht richtig verstanden hat und er andererseits die Kommissionsmitglieder nicht ausreden liess. Deshalb wurde ihm schriftlich mitgeteilt, was ihm die Kommission vermitteln wollte. Das hat der Kommission nach gefälltem Entscheid noch einmal bestätigt, dass diese nicht so falsch lag und Herr Dilber auch nach 33 Jahren sprachlich noch nicht ganz soweit ist. Deshalb beantragt Ihnen der Stadtrat heute, Herrn Dilber das Gemeindebürgerrecht nicht zuzusichern.

Marc Dübendorfer, Präsident: Ich mache auf die **Ausstandsbestimmungen** gemäss § 25 des Gemeindegesetzes aufmerksam: Wenn bei einem Verhandlungsgegenstand jemand ein unmittelbares und persönliches Interesse hat, so haben er, sein Ehegatte, seine Eltern sowie die Kinder mit Ehegatten vor der Abstimmung das Versammlungslokal bzw. die Tribüne zu verlassen. Ich möchte die Gesuchstellenden bitten, vor der Abstimmung die Tribüne zu verlassen. Im Moment fehlen noch 9 Mitglieder des Einwohnerrates. Ich nehme an, dass einige von ihnen noch um 19 Uhr kommen werden. Somit liegt das absolute Mehr bei 21 Stimmen.

Abstimmung:

Die Resultate der offenen Abstimmung lauten wie folgt:

Gesuchstellerin / Gesuchsteller	Ja	Nein
Chai, Yaker , geb. 1964, laotischer Staatsangehöriger, mit den Kindern Chai, Min Jenny , geb. 1995, und Chai, Sin Hua Rados , geb. 1997, beide chinesische Staatsangehörige	37	0
Cajic, Stjepan , geb. 1978, und seine Ehefrau Cajic, Dijana , geb. 1979, mit den Kindern Cajic, Andrea , geb. 2005, und Cajic, Robert , geb. 2007, alle bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige	37	0
Deng, Sophal , geb. 1982, kambodschanischer Staatsangehöriger	37	0
Morina, Ibrahim , geb. 1987, kosovarischer Staatsangehöriger	38	0
Dilber, Kazim , geb. 1960, türkischer Staatsangehöriger	13	28

Den Gesuchstellenden Chai Yaker, Chai Min Jenny, Chai Sin Hua Rados, Cajic Stjepan, Cajic Dijana, Cajic Andrea, Cajic Robert, Deng Sophal und Morina Ibrahim wurde das Gemeindebürgerrecht **zugesichert**.

Dem Gesuchsteller Dilber Kazim wurde das Gemeindebürgerrecht **nicht zugesichert**.

Die Beschlüsse unterliegen gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung bzw. gemäss Kreisschreiben des Departements Volkswirtschaft und Inneres vom 15. August 2003 keinem Referendum.

41. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Wahlbüros für den Rest der Amtsperiode 2010/2013 (anstelle der zurückgetretenen Esther Meier)

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir wählen heute die Nachfolge von Esther Meier als Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Amtsperiode 2010/2013. Die Arbeit, welche Esther Meier für das Wahlbüro geleistet hat, wird an dieser Stelle bestens verdankt. Die FDP schlägt **Fatine Kaelin** als Nachfolgerin vor.

Rainer Lüscher: Ich darf Ihnen Fatine Kaelin vorstellen. Sie ist als Tochter von Esther und Daniel Kaelin am 7. August 1986 geboren worden und heimatberechtigt in Einsiedeln SZ. Fatine Kaelin wohnt an der Weinbergstrasse 36. Sie besuchte die Alte Kantonsschule Aarau und studierte anschliessend ein Jahr Wirtschaftswissenschaften in St. Gallen. Sie entschied sich dann für eine andere Studienrichtung und steht jetzt im 2. Semester ihres Jusstudiums in Zürich. Ihre Interessen sind Wirtschaft, insbesondere das Immaterialgüterrecht bzw. Markenrecht. In diesem Segment war sie auch schon aktiv und kreierte eine eigene Fantasiefigur namens "Schnorpel". Für die beste Maturarbeit beider Kantonsschulen von Aarau gewann sie damit 2008 sogar den NAB-Förderpreis. Fatine Kaelin hat mit dieser Figur noch einige Projekte vor. Weitere Interessen von ihr sind die moderne Architektur, Werbung, Kunst und Design, Verhaltens- und Zukunftsforschung, Neurowissenschaften und sie liebt Blumen. Fatine Kaelin würde die neue Aufgabe als Mitglied des Wahlbüros sehr gerne wahrnehmen.

Marc Dübendorfer, Präsident: Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Es erfolgt eine schriftliche Wahl.

Wahlergebnis

<i>Ausgeteilte Wahlzettel</i>		44
<i>Eingelangte Wahlzettel</i>		44
<i>Ausser Betracht fallende Wahlzettel:</i>	- ganz leere	0
	- ungültige	0
<i>In Betracht fallende Wahlzettel</i>		44
<i>Anzahl der zu Wählenden</i>		1
<i>In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden</i>		44
<i>= Total der möglichen Stimmen</i>		
<i>Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen</i>		0
<i>Gesamtzahl der gültigen Stimmen</i>		44
<i>Absolutes Mehr</i>		23
<i>(Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2, aufgerundet auf die nächste ganze Zahl)</i>		

Stimmen haben erhalten:
Fatine Kaelin

44

Es ist gewählt:
Fatine Kaelin

44

Traktandum 4

42. Anfragen

Es liegen keine Anfragen zur Beantwortung vor.

43. Stabulo 1, Projektbericht und Massnahmenpaket

Mit Botschaft vom 30. April 2012 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft folgende

- Anträge:**
1. *Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Projektbericht Stabulo 1 mit einem Massnahmenpaket im Umfang von rund 2 Mio. Franken zur Entlastung der Laufenden Rechnung.*
 2. *Der Einwohnerrat nimmt von den bereits umgesetzten Massnahmen gemäss Anhang 1 Kenntnis.*
 3. *Der Einwohnerrat beauftragt den Stadtrat, die Massnahmen gemäss Anhang 2 zur Einwohnerratsbotschaft inkl. den allf. notwendigen Anpassungen von Zielen und Indikatoren im Budget 2013 abzubilden.*
 4. *Der Einwohnerrat beauftragt den Stadtrat, folgende Reglemente auszuarbeiten bzw. im Sinne der entsprechenden Massnahmenblätter zu revidieren und dem Einwohnerrat vorzulegen:*
 - 4.1 **Gemeindeordnung: Revision** mit Anpassung des § 26 Abs. 1, wonach die Beschlüsse des Einwohnerrates im Amtsblatt und in den lokalen Tageszeitungen zu veröffentlichen sind (Massnahme: Verzicht auf AZ als Publikationsorgan).
 - 4.2 **WOSA-Reglement: Revision** (z. B. §§ 20 und 21) mit dem Ziel, die Sachkommission aufzuheben.
 - 4.3 **Musikschulreglement: Revision** mit Anpassung des Anhangs (Massnahme: Erhöhung der Elternbeiträge zur Erzielung eines Mehrertrages von 150'000 Franken).
 - 4.4 **Neues Reglement für die Bewirtschaftung der Parkplätze bei den Schulhäusern** (oder Integration der Regelung in ein bestehendes Reglement) zur Erzielung eines Ertrages in der Grössenordnung von 60'000 Franken.
 - 4.5 **Neues Reglement über Gebühreneinnahmen im Stadtmuseum Schloßli** (ab Neueröffnung).
 - 4.6 **Neues Reglement für die Benützung der Sporthallen** (Massnahme: Erzielung von Mehrerträgen für Wochenendbelegungen von 10'000 Franken). Das Reglement wird so oder so als fünfter Teil des Sportkonzeptes neu erarbeitet und dem Einwohnerrat vorgelegt.

5. *Der Einwohnerrat beschliesst die Aufhebung der Zweigstelle der Stadtverwaltung in Aarau Rohr per 31. Dezember 2012.*

Marc Dübendorfer, Präsident: Zum Antrag 3 dieser Vorlage ist im Rahmen der FGPK-Sitzung ein **Ergänzungsantrag** gestellt worden. Dieser lautet wie folgt:

Das Budget 2013 sei mit einem Steuerfuss von 98 % zu rechnen.

Dieser Antrag wurde in der FGPK mehrheitlich angenommen. Er steht also heute als Ergänzungsantrag zur Debatte. Nach Rückmeldungen an mich habe ich diesen Antrag einer Prüfung unterzogen und heute an alle Fraktionspräsidenten, mit Kopie an den Stadtrat, einen Präsidialentscheid verschickt. Diesen kann ich in meiner Funktion als Verfahrensleiter treffen. Darüber kann nicht befunden, also abgestimmt werden. Wer mit dem Entscheid nicht einverstanden ist, müsste ihn anfechten. Ich möchte den Entscheid ganz kurz begründen, und dabei nicht einfach meine Begründung vorlesen, welche ich bereits verschickt habe: Grundsätzlich ist es so, dass nach dem Antrag des Stadtrates, wenn die Botschaft also vorliegt, alle von uns die Möglichkeit haben, auf ein solches Geschäft Einfluss zu nehmen. Wir können Ergänzungs- und Abänderungsanträge stellen oder das Geschäft zurückweisen. Das muss sich aber alles im Rahmen des gesetzlich Zulässigen abspielen. Solche Abänderungen oder Ergänzungen müssen einen inhaltlichen Kontext zur Vorlage aufweisen. Der Stadtrat beabsichtigt mit dem Massnahmepaket Stabilo 1, welches aus fünf Anträgen und mehreren Subanträgen besteht, eine längerfristige Sanierung oder Stabilisierung des Finanzhaushaltes der Stadt Aarau. Er unterbreitet in diesem Antrag 3 dem Einwohnerrat 25 Budgetkürzungen. Die gesamte Vorlage Stabilo 1 hat mit dem ordentlichen Budgetprozess, welcher ja erst im Herbst bevorsteht, gar nichts zu tun. Ein gewisser inhaltlicher Kontext ist für mich durchaus ersichtlich, weil man bei einer Stabilisierung der Finanzen nicht nur die Ausgaben reduzieren, sondern auch die Einnahmen erhöhen kann. Allerdings zielen die Vorschläge unter Stabilo 1, Antrag 3 mit den 25 Massnahmen im Anhang 2, klar definiert nur auf eine Ausgabenreduktion hin. Vom Steuerfuss ist in der gesamten Vorlage Stabilo 1, insbesondere im Antrag 3 und den damit verbundenen Geschäften im Anhang 2, nie die Rede. So ist meines Erachtens die inhaltliche Konnektivität insgesamt nicht erfüllt. Somit müsste eigentlich jeder oder jede von Ihnen, welcher oder welche einen Antrag hier im Rat einbringen möchte, die Antragsvorschriften, also schriftlicher Antrag an das Präsidium und insbesondere das Beachten der Fristen für die Traktandierung, einhalten. Das ist hier bei diesem Antrag 3.26 nicht der Fall gewesen. Es gibt ein weiteres Argument aus rechtlicher Sicht, welches für meinen Entscheid spricht, und das ist die Einheit der Materie. Ich habe in einem Gespräch mit einer Person erfahren, dass einige von Ihnen über diesen Antrag 3.26 abstimmen wollen, da sie andernfalls dem Gesamtsparpaket und insbesondere diesem Antrag 3 mit den 25 Massnahmen nach Anhang 2 nicht zustimmen werden, ausser wenn eben nach aussen kommuniziert werden kann, dass der Steuerfuss auf 98 % festgesetzt wird. Ein solches Vorgehen kann politisch Sinn machen, ist aber einer transparenten Willensbildung absolut nicht förderlich, ja verhindert diese sogar. Die Hauptfrage des Stadtrates lautet "Wollen Sie sparen?". Darauf müssen wir mit Ja oder Nein antworten. Es geht nicht darum, "Ja, aber..." oder "unter gewissen Bedingungen" zu sagen. Wenn wir die Hauptfrage des Stadtrates mit einer Bedingung verbinden, dann wird es sehr schwierig, hier im Saal mit Aufstehen oder Sitzenbleiben noch klar seine Meinung kundzutun. Man kann durchaus gegen dieses Massnahmenpaket sein, aber auch dafür. Sie haben ja in den im Voraus verschickten Bemerkungen von mir gesehen, dass wir über jede Massnahme einzeln beraten werden. Jede Massnahme kann somit auch einzeln befürwortet oder abgelehnt werden. Ich komme zu ei-

nem weiteren abschliessenden Argument – und ich bin der Ansicht, dass es da wirklich keine Diskussion mehr geben kann – nämlich zur Kompetenz und zum Vorgehen bei der Festlegung des Steuerfusses: Der Steuerfuss als solcher ist integrierter Bestandteil des Gesamtvoranschlags. Er kann erst bezeichnet werden, wenn die gesamten Budgetposten bekannt sind. Das Gesamtpaket der Ausgaben muss angeschaut werden. Erst dann kann darüber nachgedacht und dann definiert werden, wie das Ausgabenpaket über die Einnahmenseite gesteuert werden soll. Unter diesem Aspekt lässt sich feststellen, dass der Antrag 3.26 unzulässig ist. Es sind heute nicht alle Parameter bekannt, die es für eine solche Steuerfussdiskussion bräuchte. Deshalb braucht es auch keine Abstimmung darüber. Jetzt ist klar, dass die Budgetdebatte im Herbst geführt werden muss, sie steht unweigerlich bevor. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass man selbstverständlich im Rahmen der allgemeinen Erörterungen, sei es unter Stabulo 1 oder Stabulo 2 oder auch beim Politikplan, durchaus so deutlich aus dem Rat oder den Fraktionen eine "message" durchgeben kann, was man eigentlich für die Zukunft wünschte, damit es die Medien mitkriegen und vielleicht auch schreiben, dass der Rat nur unter der Bedingung zugestimmt hat, dass im Herbst mit einem Steuerfuss von 98 % budgetiert wird. Das sollte meiner Meinung nach reichen, ohne dass wir explizit über den Antrag 3.26 abstimmen. Aus diesen Gründen habe ich meine Entscheidung so gefällt. Meine Kompetenz dazu habe ich selbstverständlich abgeklärt, da es sich ja nicht um eine alltägliche Sache handelt. Die Kompetenz für diesen Entscheid steht mir zu. Ich habe also entschieden, dass wir über den Antrag 3.26 zu Stabulo 1 nicht Beschluss fassen werden. Aus meiner Sicht erübrigt sich eine Diskussion zum Antrag der FGPK. Ich möchte aber im Sinne einer "Kropfleerete" – und dies ist nicht wertend gemeint – fragen, ob jemand dazu etwas sagen möchte. Ich bitte aber trotzdem darum, zu meinem Präsidialentscheid Stellung zu nehmen und nicht zur Frage, ob der Steuerfuss auf 98 % gehoben werden soll. Wünscht jemand das Wort?

Werner Schib: An sich war ich etwas schockiert, als ich diesen Entscheid des Ratspräsidenten gelesen habe. Ich habe vorhin in der Begründung von Marc Dübendorfer auch keinen Paragraphen gehört und ich möchte aber gerne hören, wieso er die Kompetenz haben sollte, alleine darüber zu entscheiden, worüber wir in diesem Rat abstimmen können. Ich nenne ein Beispiel: Wenn wir eine Motion einreichen und der Stadtrat der Meinung ist, das Anliegen sei nicht motionsfähig, sondern könne nur als Postulat überwiesen werden, lautet der Antrag des Stadtrates auf "Nichteintreten". Wir entscheiden dann im Rat selber darüber, ob auf diese Motion eingetreten wird oder nicht. Deshalb bin ich eigentlich auch bei dieser Frage und diesem Antrag 3.26 der FGPK der Meinung, dass es in der Kompetenz des Einwohnerrates liegt, darüber zu entscheiden, ob er materiell Beschluss fasst über den Antrag. Ich bestreite hier die Kompetenz des Einwohnerratspräsidenten, uns einfach einen Beschluss bzw. ein Thema vorzuenthalten. Das ist der formelle Teil. Wir waren in der FGPK weniger formalistisch. Die Ausführungen des Ratspräsidenten zur Konnexität kann man so teilen, man kann aber auch anderer Meinung sein. Es ist klar, dass mit diesem Antrag auf Steuerfusserhöhung auch eine Stabilisierung des Finanzhaushaltes erzielt werden kann. Persönlich bin ich von diesem Antrag auch nicht begeistert, aber es ist klar, dass der Finanzhaushalt stabilisiert wird, wenn der Steuerfuss steigt. Deshalb ist die Konnexität meiner Meinung nach gegeben. Es besteht ein sachlicher Zusammenhang zwischen diesen Sparmassnahmen und dem Antrag auf Steuerfusserhöhung. Es ist falsch, wenn der Präsident sagt, es handle sich nur um Ausgabenreduktionen bei Stabulo 1, denn es sind auch zahlreiche andere Positionen enthalten, bei denen es um Mehreinnahmen geht. Wenn der Präsident den Antrag 3 gelesen hätte, hätte er gesehen, dass darin Folgendes steht: "Der Einwohnerrat beauftragt den Stadtrat, die Massnahmen gemäss Anhang 2 zur Einwohnerratsbotschaft inkl. den allfällig notwendigen Anpassungen von Zielen und Indikatoren im Budget 2013 abzubilden." Es geht in diesem Antrag 3 – und darin ent-

halten ist auch der Unterantrag 3.26 der FGPK – um das Budget 2013. Das Budget beinhaltet immer auch die Frage des Steuerfusses. Wenn die Volksabstimmung stattfindet, kann man nur Ja oder Nein sagen. Man kann nicht beim Steuerfuss Ja und bei den Ausgaben Nein sagen. Es ist immer eine Einheit, in welcher verschiedene Ausgaben- und Einnahmenpositionen bei entsprechendem Steuerfuss enthalten sind. Deshalb sehe ich hier im vorliegenden Fall auch das Thema der "Einheit der Materie" nicht verletzt. Der Unterantrag 3.26 steht in einem sehr engen, sachlichen Zusammenhang zu den übrigen Traktanden von "Stabilo 1". In diesem Sinne bitte ich den Präsidenten, auf seinen Entscheid zurückzukommen und zumindest den Rat über diesen Antrag abstimmen zu lassen.

Gabriela Suter: Wir haben jetzt eben zwei unterschiedliche Meinungen von zwei Juristen gehört. Ich bin selber nicht Juristin und nicht so formalistisch, aber mich hat der Entscheid des Präsidenten gestört, weil man wirklich geteilter Meinung zu diesem Thema sein kann und dennoch nicht zugunsten des Willens der FGPK entschieden worden ist, sondern den Einwohnerrat darüber abstimmen lässt, obwohl die Einheit der Materie nicht gewährleistet sein könnte. Es gibt auch andere Volksentscheide, bei denen man kulanter war oder gerne hätte, dass man kulanter wäre. In Punkt 4.2 der Begründung von Marc Dübendorfer wird uns folgende Frage zu Stabilo 1 gestellt: "Wollen Sie sparen?". Ich finde, das ist zu vereinfacht gesagt. Es stimmt nämlich nicht, denn mit den Massnahmen 5, 9, 10, 14, 15, 17, 20, 27, 28, 29, 32, 33 und 35 dieses Büchleins "Projektbericht" sollen die Einnahmen erhöht werden. Insgesamt geht es um 894'000 Franken, welche als Mehreinnahmen vorgeschlagen sind. Durch den Antrag der FGPK würden zusätzliche Mehreinnahmen anfallen. Ich finde in diesem Sinne die Einheit der Materie doch relativ gewährleistet. Also, wir hätten es begrüsst, wenn man hier kulant gewesen wäre oder auf den Entscheid zurückkommen könnte und es sich noch einmal überlegen würde, ob über diesen Antrag nicht abgestimmt werden dürfte. Wir finden das Vorgehen fast ein wenig kleinlich.

Marcel Guignard, Stadtmann: Es tut mir leid, dass ich mich da einmische. Ich bin indirekt angesprochen, weil ich in der FGPK nicht dagegen gehalten habe, dass man einen solchen Antrag stellt. Ich habe ausdrücklich gesagt, dass auch aus der Mitte des Einwohnerrates, das heisst auch heute Abend oder aus der Mitte der FGPK, zusätzliche Anträge auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmenseite gestellt werden können. Das hat mitunter vielleicht auch dazu geführt, dass dieser Beschluss so gefasst worden ist. Wenn ich jetzt aber lese, was effektiv beantragt worden ist, so ist das nichts so Ungeheuerliches in dem Sinne, dass darüber nicht abgestimmt werden könnte, denn es heisst einfach: "Das Budget 2013 sei mit einem Steuerfuss von 98 % zu rechnen." Es steht also "zu rechnen". Das ist ja nicht eine zwingende Vorgabe, dass das Budget mit 98 % vorgelegt werden muss, sondern so, wie es der Stadtrat auch schon gemacht hat, indem er Varianten aufzeigt, wie es bei 98 % oder 96 % oder 100 % oder 90 % aussehen würde. Das können Sie alles bei uns bestellen. Wir wissen, was ein Steuerprozent ist, nämlich ca. 600'000 Franken. Die Rechnung verschiebt sich jeweils einfach um diesen Betrag. Das ist gar nicht eine so komplizierte Sache. Deshalb werden wir unseren politischen Entscheid fällen müssen, unabhängig davon, was Sie heute Abend beschliessen. Wenn Sie beschliessen, wir sollen die Rechnung auch noch mit 98 % machen, so zeigen wir Ihnen die 2,4 Mio. Franken gerne, es sieht dann einfach um diesen Betrag besser aus. Wenn jemand den Eindruck hat, dass darüber innerhalb des Antrags 3.2 abgestimmt wird und dort dann der falsche Entscheid resultieren würde und er oder sie deshalb bei der Schlussabstimmung nicht abstimmen könne, dann empfehle ich Ihnen einfach einen kleinen Trick: Packen Sie diese Steuerfrage einfach in eine separate Ziffer. Der Stadtrat hat Ihnen in der Ziffer 3 ja beantragt, was im Budget abgebildet werden solle, nämlich eine ganze Reihe von Einnahmen und Aus-

gaben. Wenn Sie diese Frage in einer separaten Ziffer abschliessen, muss niemand Rückschlüsse auf den Antrag 3 nehmen und kann so abstimmen, wie er will. Der Stadtrat kann Ihnen aber so oder anders bestätigen, dass Stabulo 1 um 2,4 Mio. Franken besser abschliessen würde, wenn wir einen Steuerfuss von 98 % anstatt 94 % hätten. Deshalb ist diese Diskussion meiner Meinung nach wohl eher etwas ein "Sturm im Wasserglas."

Marc Dübendorfer, Präsident: Ich komme zuerst zur Aussage von Werner Schib, in welcher er die Kompetenz bestreitet: Eines kann ich Ihnen versichern, auch wenn gewisse von Ihnen mir das vielleicht unterstellen möchten, dass es sich dabei um keinen politischen Entscheid handelt. Ich habe es mir wirklich nicht ganz einfach gemacht. Werner Schib möchte von mir gerne die Gesetzesbestimmungen hören. Ich mute ihm zu, dass er der Lektüre von Andreas Baumann und auch der übrigen entsprechenden rechtlichen Grundlagen, welche zu einem solchen Thema zusammengesucht werden, mächtig ist. Diese Kompetenz, welche ich mir hier herausnehme, gibt es nirgends gesetzlich ausdrücklich geregelt, aber sie ergibt sich aus Sinn und Zweck diverser vorhandener Vorschriften bezüglich der Verfahrensleitung. Sie wissen, dass im Gemeindegesetz des Kantons Aargau Regelungen, welche den Einwohnerrat betreffen, enthalten sind. Aber zur Frage, wer zuständig für die Überprüfung und den Entscheid betr. Traktandenkonformität gewisser Anträge sei, ergibt sich die Antwort zu den Regeln für den Einwohnerrat nicht aus dem Gemeindegesetz. Es gilt also quasi zu schauen, wie es an der Gemeindeversammlung gehandhabt wird. Dort ist es so, dass einem Gemeindeamman oder Gemeindepräsidenten die Kompetenz, über die Traktandenkonformität zu entscheiden, in Einzelfunktion eingeräumt wird. Ob etwas effektiv dem Einwohnerrat oder Volk gültig vorgelegt werden kann, hat der Verfahrensleiter zu bestimmen. In dieser Beurteilung fühle ich mich, so würde ich sagen, relativ sattelfest. Man mag diese durchaus hinterfragen und eine allfällige Klärung käme auch mir gelegen. Zur materiellen Frage, was eine Steuererhöhung denn bringen würde und ob es allenfalls eine gewisse sachliche Konnexität geben könne, habe ich mich ja bereits geäußert. Nur ist sie meines Erachtens insgesamt nicht gegeben. Zu den weiteren Überlegungen meinerseits hat Werner Schib keine Überlegungen angestellt. Er hat gesagt, die sachliche Konnexität sei gegeben und ich solle doch aus diesen Gründen auf meinen Entscheid zurückkommen. Darauf, was aber in Bezug auf die Einheit der Materie und Budgethoheit bei der Festlegung des Steuerfusses von mir gesagt worden ist, hat er keinen Bezug genommen. Bei Gabriela Suter ist es eigentlich ähnlich: Sie nimmt ebenfalls nur einen Punkt von meiner Dreifachüberlegung heraus. Auch Marcel Guginard sagt, man solle darüber abstimmen. Ich muss euch ganz klar sagen, dass wir nicht darüber abstimmen werden. Wie gesagt, dieser Entscheid kann angefochten werden. Ich möchte auch noch eine Überlegung anfügen, welche mich dazu bewegt, nicht stur, wie man mir möglicherweise unterstellen könnte, sondern entscheidungsfreudig, wie ich dem lieber sagen würde, zu bleiben und welche auch nicht als Formalismus bezeichnet werden sollte: Wenn wir die Situation haben, dass wir mit diesem Antrag die Vorlage durchbringen und dann, wie vom Stadtammann gewünscht, unter einer Ziffer 4.7 neu oder irgendwo unter Antrag 2 das Anliegen einbauen, dann bringt uns das überhaupt nicht weiter, wenn wir darüber befinden. Grundsätzlich kann dieser Entscheid im Nachhinein auch angefochten werden. Ich habe in meinen schriftlichen Ausführungen auf diesen Punkt hingewiesen. Vorhin habe ich das nicht wiederholt, aber es ist durchaus möglich, dass die Aufhebung dieses Entscheides droht, wenn wir über diesen Antrag 3 mit dem Subantrag 3.26 abstimmen. Es soll mir einmal jemand sagen, wie dann das Resultat zu deuten wäre. So könnte möglicherweise das gesamte Massnahmenpaket von Antrag 3 nicht zur Anwendung kommen, wenn der Rechtsweg beschritten würde. Man wüsste letztlich im Rathaus nicht, was der Einwohnerrat effektiv wollte. Insgesamt komme ich nach meinen Äusserungen zur Schlussbeurteilung, dass ich bei meinem Entscheid bleibe. Wohlgedenkt – und

das sind sich auch die Kritiker dieses Entscheids bewusst – kann dieser Entscheid angefochten werden, was aber nichts an der Gültigkeit insgesamt des Geschäftes ändert. Man müsste allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt, ev. im Rahmen der Budgetdebatte, darüber befinden. Kommen wir nun zum Traktandum 5. Letzte Woche habe ich eine Übersicht über das einzelne Vorgehen verschickt. Wir werden die Eintretensfrage stellen, welche aber wohl nicht zu Diskussionen Anlass geben dürfte. Anschliessend führen wir das Kommissionsreferat der FGPK durch. Bei Ziffer 5.3 (ich beziehe mich auf meine Vorgehensübersicht) werden wir kurz die Abänderungsanträge von SVP und CVP anhören, damit wir danach bei den Gesamtbetrachtungen allenfalls bereits zu diesen beiden Abänderungsanträgen Stellung nehmen können. Ich gehe davon aus, dass beide Abänderungsanträge allen bekannt sind. Das betrifft die Ziffern 4.1 und 4.3 unter dem Subantrag 4. Bei dem Antrag der SVP geht es kurz gesagt um die Beibehaltung der AZ als Publikationsorgan und beim Antrag der CVP um den Elternbeitrag zur Musikschule im Musikschulreglement. Wenn wir also zur Gesamtdebatte kommen, können sich die Antragssteller dann kurz zu ihren Anträgen äussern. Selbstverständlich kann man auch noch bei der Detaildebatte auf diese beiden Abänderungsanträge zu sprechen kommen. Anschliessend werden wir zur Detaildebatte über alle fünf Anträge kommen. Die Anträge der FGPK, soweit sie sich aus dem Protokoll ergeben, sind hier bei mir vorgemerkt. Ich werde diese immer an entsprechender Stelle anfügen. Das sind jeweils Anträge auf Ablehnung bei diesen Geschäften, insb. zu Anhang 2 beim Antrag 3. Da muss nicht jedes Mal jemand ans Mikrofon kommen und sagen, dass die FGPK den Antrag auf Ablehnung des städtischen Antrags stellt. Das werde ich euch jeweils so unterbreiten. Wenn wir die Liste durchgehen, wie es auch die FGPK gemacht hat, werde ich, sofern kein abweichender FGPK-Antrag vorliegt, nur fragen, ob es Wortmeldungen gibt oder jemand die Abstimmung wünscht. Wenn das nicht der Fall ist, gehen wir weiter. Wir werden nicht über jedes einzelne Traktandum abstimmen, sondern nur, wenn es verlangt wird. Bei dieser Debatte gilt also: "Schweigen gleich Zustimmung". Wenn jemand während der Debatte Fragen hat, so bitte ich, diese unbedingt zu stellen, damit niemand das Gefühl hat, er oder sie werde übergangen. Ich möchte das korrekt durchführen. Ich habe darum gebeten, bei den Anträgen zum Subantrag 4 relativ kurz zu bleiben. Es geht darum, dass der Einwohnerrat den Stadtrat einladen will, dem Einwohnerrat noch Bericht zu erstatten in Form von Reglementsänderungen. Da werden wir sicher zu einem späteren Zeitpunkt noch über die Details debattieren können. Es liegen jetzt allerdings bereits zwei Detailanträge unter diesem Subantrag 4 vor. Ist dieses Vorgehen für alle einerseits klar und andererseits akzeptabel oder möchte jemand anders vorgehen? Das scheint nicht der Fall zu sein. So kommen wir zur Eintretensfrage. Ist das Eintreten auf diese Vorlage bestritten? Das ist auch nicht der Fall. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zum Kommissionsreferat.

Werner Schib, Präsident der FGPK: Stabilo 1 ist gemäss Bericht und Antrag des Stadtrates ein Projektbericht und Massnahmenpaket. Es geht darum, dass der Haushalt der Stadt Aarau stabilisiert werden soll. Der Stadtrat hat beschlossen, dass ab dem Jahr 2018 die Selbstfinanzierung und Nettoinvestitionen je 15 Mio. Franken als Maximalwerte betragen sollen, was dann einem Selbstfinanzierungsgrad von 100 % entspricht. In der FGPK waren als Auskunftspersonen Stadtammann Guignard, die Leiterin der Abteilung Finanzen, Frau Schweizer und der Controller, Herr Mundwiler, anwesend. Wir haben das grundsätzliche Stabilisierungsziel nicht diskutiert. Es dürfte allgemein anerkannt sein, dass eine Stabilisierung des städtischen Haushaltes zwingend erforderlich ist. Wir haben uns einleitend hingegen mit der Frage beschäftigt, ob es sinnvoll ist, wenn für die Finanzierungsfehlbeträge Fremdkapital aufgenommen wird. Der Stadtrat ist der Meinung, dass das Vermögen, welches der Stadt aus der Ausgliederung der IBA zugeflossen ist, erhalten werden sollte. Der Stadtrat möchte stattdes-

sen Fremdkapital aufnehmen. Das ist einem Teil der FGPK zu riskant. Eine Neuverschuldung birgt erhebliche Zinsrisiken in sich. Der städtische Anlagefonds ist keine risikofreie Kapitalanlage. Aber zu diesem Thema mache ich keine weiteren Ausführungen, das wird uns ja dann beim Politikplan noch beschäftigen. In der FGPK haben wir zur Hauptsache die einzelnen konkreten Stabilisierungsmassnahmen ausführlich diskutiert und uns eine Meinung darüber gebildet. Die Massnahmen, welche schon umgesetzt worden sind, z. B. höhere Baubewilligungsgebühren, haben logischerweise zu keinen grösseren Diskussionen Anlass gegeben. Der Antrag 3 vom stadträtlichen Antrag beinhaltet 25 verschiedene Massnahmen, welche alle im Budget 2013 abgebildet werden sollen. Ich will an dieser Stelle nicht alle 25 Massnahmen abhandeln, sondern nur zu denjenigen Stellung nehmen, bei denen die FGPK dem stadträtlichen Antrag nicht zugestimmt hat, bzw. eine Besonderheit zu vermerken ist: Die FGPK ist gegen die Streichung einer Praktikumsstelle, was eine jährlich Einsparung von 25'000 Franken gebracht hätte. Die FGPK ist gegen eine Reduktion der Lektionen für Blockzeiten mit Einsparungspotenzial von 50'000 Franken jährlich. Die FGPK will auch nichts wissen von einer Streichung des TW-Unterrichts in der 2. Klasse (124'000 Franken jährlich). Sie will nicht aus dem Quartiermonitoring in der Telli aussteigen und will auf die Reduktion des regionalen Jugendkredits sowie auf die Reduktion des Interventions- und Präventionskredits bei der Jugend verzichten. Dann soll auch das ü16-Angebot im Wenkareal nicht gestrichen werden und auch die Kürzung der freiwilligen Beiträge um 60'000 Franken ist nicht akzeptiert worden (Frauenhaus, Entwicklungshilfe etc.). Dann ist auch der Kreditkürzungsantrag von 45'000 Franken für die Anschaffung der öffentlichen Beleuchtung nicht bewilligt worden. Ebenfalls abgelehnt hat die FGPK die Kürzung des Stabilisierungsbetrags Werkhof von jährlich 125'000 Franken. Im Antrag 4 des stadträtlichen Antrags geht es dann um die erwähnten Reglementsänderungen. Wir haben mit einer Ausnahme allen vorgeschlagenen Reglementsänderungen zugestimmt: Die FGPK ist dagegen, dass das Musikschulreglement geändert wird und die Beiträge um rund 40 % erhöht werden. Schliesslich haben wir auch dem Antrag 5, Schliessung der Zweigstelle Rohr, zugestimmt. Was schaut am Schluss noch heraus, wenn man der FGPK folgen würde: Vom Massnahmenpaket des Stadtrates von 2 Mio. Franken würden bei der Umsetzung gemäss den Beschlüssen der FGPK noch 1,4 Mio. Franken bleiben. Die FGPK geht also 600'000 Franken weniger weit bei den Einsparungen.

Marc Dübendorfer, Präsident: Es liegen uns zwei Abänderungsanträge vor. Der **Abänderungsantrag der SVP** lautet wie folgt:

Antrag 4.1 Gemeindeordnung: Revision mit Anpassung § 26 Abs. 1, wonach die Beschlüsse des Einwohnerrates im Amtsblatt und in den lokalen Tageszeitungen zu veröffentlichen sind (Massnahme: Verzicht auf AZ als Publikationsorgan):

Die amtlichen Publikationen sollen nach wie vor auch in der Aargauer Zeitung publiziert und mit der AZ ein Angebot ausgehandelt werden.

Der **Abänderungsantrag der CVP** lautet wie folgt:

Antrag 4.3 Musikschulreglement: Revision mit Anpassung des Anhangs (Massnahme: Erhöhung der Elternbeiträge zur Erzielung eines Mehrertrages von 150'000 Franken):

Durch Erhöhung der Elternbeiträge sei lediglich ein Mehrertrag von 50'000 Franken (statt 150'000 Franken) vorzusehen.

Marc Dübendorfer, Präsident: Von den Antragsstellern wird das Wort nicht gewünscht. Somit eröffne ich die Diskussion zum Gesamtüberblick über Stabilo 1.

Franziska Graf: Wir von der SP-Fraktion haben uns eine detaillierte Meinung zu den verschiedenen Massnahmen in Stabilo 1 gebildet. Einiges unterstützen wir gerne, mit ein paar Massnahmen können wir leben. Es gibt jedoch Massnahmen, die für uns indiskutabel sind. Das sind die Massnahmen 3.13 - 3.18, oder in Worten: Reduktion des Kredites für die Blockzeiten; Reduktion des Kredites Besoldungsanteile an Kanton für TW-Unterricht in der zweiten Primarklasse; Verzicht auf den Kredit Quartiermonitoring in der Telli; Reduktion des regionalen Jugendkredites um 5'000 Franken und des Interventions- und Präventionskredites um 5'000 Franken (mit der Reduktion des Kredites für die Jungbürgerfeier könnten wir leben); Verzicht auf ü16-Angebot im Wenk und die Kürzung der freiwilligen Beiträge um 60'000 Franken an sozial tätige Organisationen. Wir sind überzeugt, dass wir uns diese Massnahmen ohne Image- und Qualitätsverlust nicht leisten können. Sie treffen diejenigen ohne grosse Lobby, nämlich unsere Kinder, die Aarauer Jugendlichen, ein sozial und kulturell buntes Wohnquartier und Organisationen, wie die Berghilfe, die Stiftung therapeutisches Wohnheim in Aarau, die Beratungsstelle für Langzeitkranke, das Frauenhaus Aargau, das Männerheim Obstgarten in Rombach, die Katastrophenhilfe im In- und Ausland und die Entwicklungshilfe im Ausland. Wir beschliessen hier ein Sparpaket, um den sehr tiefen Steuerfuss von 94 % halten zu können und nicht, weil es unserer Stadt richtig schlecht geht. Sollten diese Kürzungen bei den Massnahmen 3.13 - 3.18 eine Mehrheit finden, wird die SP-Fraktion Stabilo 1 als Gesamtpaket einstimmig ablehnen.

Hanspeter Hilfiker: Die FDP hat die Stabilo-Massnahmen des Stadtrates besprochen und wird grundsätzlich beiden Stabilo-Schritten einstimmig zustimmen. Wir begrüssen das Stabilo-Programm, weil uns die steigenden laufenden Kosten, das gestiegene Investitionsvolumen und die konjunkturellen Aussichten schon seit einiger Zeit Sorgen machen. Für uns ist auch klar, dass bei einem überdurchschnittlichen Ausgaben- und durchschnittlichem Ertragswachstum grundsätzlich die Ausgaben anzupassen sind, und nicht die Erträge. Dafür brauchen wir kurzfristige Massnahmen, v. a. aber auch die Überprüfung der internen öffentlichen Abläufe. Stabilo 1 ist aus unserer Sicht ein nötiges, aber eigentlich bescheidenes Programm. Aus 70 Mio. Franken laufenden Kosten werden Korrekturen von knapp 2 Mio. Franken vorgeschlagen. Diese Massnahmen lassen sich in drei Gruppen einteilen: Rund die Hälfte der Vorschläge beinhalten Gebührenerhöhungen. Das heisst, der Bürger und Kunde muss Vorleistungen erbringen, dies, obwohl das Volk im Januar ein klares Votum gegen höhere Abgaben ausgesprochen hat. Ein weiteres Viertel der Vorschläge bezieht sich auf Kürzungen städtischer Leistungen an Dritte. Ein richtiger Schritt. Die Stadt muss nicht immer und überall dabei sein. Aber eben: Bessere interne Abläufe werden damit ebenfalls nicht erreicht. Es bleibt der letzte Viertel der Massnahmen, der im weitesten Sinne verwaltungsintern erbracht wird. Im Vordergrund stehen einige Praktikums- und Aushilfsstellen, die gestrichen werden, und einige An-

schaffungen, die hinausgeschoben werden. Das Fazit von Stabilo 1 bleibt für uns aber, dass wir damit unser Budget nicht stabilisieren können. In den Kommissionsdiskussionen ist erläutert worden, dass die Massnahmen aus den Produktgruppen selbst stammen. Das ist gut so, man sieht aber auch, dass die Leistungen der Produktgruppen dadurch nicht gefährdet sind. Eigentlich hätte man diese Massnahmen im Rahmen einer konsequent angewandten WOSA-Führung längst durchführen können. Wir stimmen diesen Massnahmen aber einheitlich zu. Wir können schon vorausschicken, dass wir Stabilo 1 und Stabilo 2 zustimmen werden. Das Investitionsprogramm und den Politikplan werden wir ebenfalls annehmen. Zu den einzelnen Anträgen nehmen wir separat Stellung.

Ueli Hertig: Der Stadtrat legt uns neben dem Politikplan 2012-2016 auch die beiden Berichte und Anträge Stabilo 1 und Stabilo 2 vor. Stabilo 1 und Stabilo 2 sind aber aus unserer Sicht nicht nur ein Stabilisierungsprozess der Laufenden Rechnung, sondern in vielen Bereichen ein Leistungsabbau, Gebührenerhöhungs- und Sparprozess. Die Massnahmen, speziell im Schulbereich, sind einschneidend und schmerzlich. Leider wird mit der heutigen Diskussion die Budgetdebatte vorweggenommen. Es wird sich heute zeigen, welche Sparmassnahmen eine Mehrheit finden. Für unsere Fraktion ist aber eines klar: Ohne Mehreinnahmen mit einer Steuererhöhung können wir diesen Sparprozess nicht unterstützen. Wir alle wollen eine prosperierende, attraktive Stadt mit urbanen Qualitäten. Aber dies wird mit diesem Prozess abgewürgt, denn der Handlungsspielraum wird für die Stadt immer kleiner. Wir müssen uns doch fragen, was sich Aarau leisten will und nicht nur, was sich unsere Stadt leisten kann. Noch vor 3 Jahren haben sich alle Fraktionen für den Erhalt des ehemaligen Generationenfonds von 80 Millionen Franken ausgesprochen, denn die IBA-Millionen stammen nicht aus Steuererträgen. Auch wenn wir einige Male darauf hinwiesen haben, wurde die politische Diskussion leider nie geführt, ob und für welche Investitionen der Fonds gebraucht werden solle. Nun fordern die bürgerlichen Parteien, das ganze Vermögen für die Finanzierungslücke der Laufenden Rechnung und für Investitionen aufzubrechen. Es ist nicht so, dass wir den Stadtrat motivieren wollen, Kredite aufzunehmen und mit dem Anlagefonds zu spekulieren, aber wir wollen nicht, dass das Vermögen in wenigen Jahren aufgebraucht wird. Auch deshalb ist eine moderate Steuererhöhung unumgänglich. Unsere Fraktion wird noch zu einigen Anträgen der FGPK separat Stellung nehmen. Da die Anträge leider nicht bindend und referendumsfähig sind, verzichtet unsere Fraktion auf weitere eigene Anträge. Das heisst aber nicht, dass wir mit allen Sparmassnahmen einverstanden sind. Bei der Budgetdebatte werden wir den einen oder anderen Punkt wieder einbringen. Einer Auflösung der Sachkommission kann unsere Fraktion nur zustimmen, wenn per 1. Januar 2014 eine Strategiekommission gebildet wird. Mit diesem Thema wird sich die nächste Präsidialkonferenz schon bald befassen. Dem Antrag der SVP betr. Verzicht auf die AZ als Publikationsorgan können wir uns mehrheitlich anschliessen, sind aber der Meinung, dass das sicher nicht mehr in der Gemeindeordnung stehen müsste. Dem Antrag, dass die Zweigstelle der Stadtverwaltung in Rohr geschlossen wird, können wir zustimmen, aber wir müssen uns bewusst sein, dass es für fusionswillige, umliegende Gemeinden ein schlechtes Signal ist. Weil aber die Zweigstelle nicht so funktioniert, wie wir uns das vorgestellt haben und wenig benützt wurde, macht es trotzdem Sinn, sie aufzuheben. Dafür muss der Stadtteil Rohr das Angebot bekommen, das es braucht, ich denke speziell an die Familienergänzenden Tagesstrukturen. Dass der Stadtrat das FUSTA-Angebot in Rohr streichen wollte, hat speziell den Aarau kritischen Stimmen in den Nachbargemeinden Auftrieb gegeben. Wenn die Zweigstelle in Rohr geschlossen wird, schlagen wir vor, dass das Stadtbüro in Aarau jeden Samstag geöffnet wird, um das Angebot dort zu verbessern.

Susanne Heuberger: Der aus dem Gleichgewicht geratene, städtische Finanzhaushalt muss schleunigst wieder auf eine gesunde Basis gestellt werden. Diese These ist seit geraumer Zeit definitiv der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die Aarauer Politik einigen kann. Einige der bereits gehaltenen Voten sind ein Abbild dessen, was sich seit Jahren im Einwohnererrat abspielt. Es fehlt über weite Strecken und in zu vielen politischen Lagern an der dringend notwendigen Einsicht, sich endlich zu Redimensionierungen zu bekennen. Im Gegenteil, der ausschweifende Lebensstil der Stadt wird von links-grünen Kreisen unvermindert und mit Innbrunst gepflegt. Nicht einmal das deutliche Volksverdikt im Zusammenhang mit der vergangenen Budgetabstimmung scheint gewissen Einwohnerratsfraktionen die Augen geöffnet zu haben. Selbstherrlich und ohne jegliches Feingefühl wird lauthals bereits wieder eine Steuerfusserhöhung aufs Tapet gebracht. Der uns vom Stadtrat vorgelegte Projektbericht Stabilo 1 samt Massnahmenpaket wird faktisch zerzaust und in weiten Teilen bereits wieder zu Makulatur erklärt. Diese Tendenz konnte schon in der FGPK festgestellt werden. Dieser maliziösen Politik gilt es entschieden entgegenzuhalten. Für die SVP-Fraktion zielt Stabilo 1 in eine gute Richtung und das vorgeschlagene Massnahmenpaket können wir vollumfänglich unterstützen. Es wurde bereits gesagt, dass fast die Hälfte des Massnahmenpakets nicht Redimensionierungen, sondern Ertragssteigerungen betreffen. Zusätzlich sind auch die 100'000 Franken enthalten, welche eingespart werden, weil die Ortsbürgergemeinde den Anteil an das Roggenhausen übernimmt. Sicherlich enthält diese Vorlage ein paar heikle Punkte, die für uns auch Kompromisspotential haben. Nur: Wer A sagt, muss auch B meinen. Wer, wie die SVP, seit Jahren die städtischen Verschleuderungstendenzen und den Lebenswandel auf zu grossem Fuss anprangert, muss mit gutem Beispiel vorangehen und Hand bieten, der dringend notwendigen Sanierung des Finanzhaushalts zum Durchbruch zu verhelfen. Stabilo 1 ist dabei für uns nur ein erster Schritt. Weitere, und in finanzieller Hinsicht gewichtigere, müssen folgen. Hier legen wir den Fokus ganz gezielt auf Effizienzsteigerungen in der Verwaltung. Dazu ist im Projekt Stabilo 1 praktisch nichts vorhanden. Wir werden aber auch auf eine deutliche Entschlackung des viel zu ambitionierten Investitionsprogramms drängen. Wir sind uns bewusst, dass man sich mit den angedachten "Gürtelengerschnallen-Projekten" innerhalb der Bevölkerung nicht nur Freunde schafft. Aber Politiker gefallen sich allzu oft und allzu gern in der Rolle des freigebigen Wohltäters und vergessen dabei, dass wir als Volksvertreter auch einmal den Fuss vom Gas nehmen und auf die Bremse treten müssen, wenn es unumgänglich ist. Dieser Zeitpunkt ist schon längstens erreicht. In Aarau ist schon viel zu lange praktisch jedes Projekt und jede Stellenerhöhung "durchgewunken" worden. Gründe dafür liessen sich immer finden. Nur haben wir mit diesem Eigeninteressendenken der Stadtkasse keinen Dienst erwiesen. Unser Kapitalfehler war, dass wir den Blick aufs Ganze verloren haben. Diesen ganzheitlichen Fokus braucht es aber wieder, um die Finanzen der Stadt Aarau gesunden zu lassen. Die SVP Aarau-Rohr ist heute Abend bereit, ihren Teil dazu beizutragen. Ich habe noch eine persönliche Bemerkung: In diesem Rat sind schon – und werden immer wieder – Sparmassnahmen, welche eingeleitet werden sollten, gegeisselt worden. Es sind keine Sparmassnahmen, welche wir einleiten. Es sind Stabilisierungs- oder Redimensionierungsmassnahmen. Sparen bedeutet für mich, und ich nehme an, auch für Sie, wenn etwas von dem, was man erwirtschaftet hat, übrig bleibt. Dann ist das sparen. Davon sind wir in Aarau noch lange und viel zu weit entfernt. Es bleibt nämlich nichts übrig, deshalb kann man auch nicht von Sparmassnahmen sprechen.

Werner Schib: Die CVP-Fraktion stimmt "Stabilo 1" grundsätzlich zu. Die Stabilisierung des städtischen Haushaltes ist unbestritten. Aus unserer Sicht sind allerdings die geplanten Nettoinvestitionen für die Jahre bis 2017 zu hoch. Es sollte versucht werden, dass man sich schon vor dem Jahr 2018 den maximalen Nettoinvestitionen von 15 Mio. Franken annähert. Der

Stadtrat hat den Beschluss gefasst, dass die Nettoinvestitionen maximal 15 Mio. Franken betragen sollen. Nun sollte er auch dafür zu sorgen, dass die Investitionsplanung diesem Beschluss angepasst wird. Die einzelnen stadträtlichen Anträge zu Stabulo 1 sind aus der Sicht der CVP angemessen. Es ist richtig, dass in allen Produktgruppen nach Einsparungen gesucht worden ist und alle etwas dazu beitragen. Es gibt keine heiligen Kühe. Es gibt keinen Bereich, wo nicht Einsparungsmöglichkeiten oder Effizienzgewinne vorhanden sind. Wir sind deshalb der Meinung, dass grundsätzlich auch im Bereich Schule gespart werden kann. Ich bin nicht mit Ueli Hertig einverstanden, dass all die vorgeschlagenen Massnahmen "einschneidend und schmerzlich" sind. So ist z. B. bei der Reduktion des Halbklassenunterrichts eine sehr massvolle Reduktion gewählt worden, welche weder einschneidend noch schmerzlich ist. Bei der Schule gibt es einen "Ausreisser", das ist die Erhöhung der Musikschulbeiträge. Das muss korrigiert werden. Im Übrigen stimmen wir aber diesen stadträtlichen Anträgen zu.

Markus Hutmacher: Auch unsere Fraktion anerkennt, dass für die Stadt Aarau in Bezug auf ihre finanzielle Lage, aber auch, und dies vor allem, in Bezug auf den stetigen Abbau des Vermögens, Handlungsbedarf besteht. Das Vermögen resultiert aus der Verselbstständigung der IBA und stammt somit nicht aus Steuergeldern. Es wurde über Generationen von den Leistungsbezügern der IBA aufgebaut und entsprechend ist es nicht nachhaltig, wenn es jetzt innert einer Generation verbraucht wird. Die unbefriedigende Situation kann nur durch eine Kombination von Massnahmen gelöst werden. Es braucht einerseits eine Überprüfung und eventuell auch ein Verzicht auf Investitionen und andererseits eine Verbesserung bei der laufenden Rechnung, und zwar sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben. Obwohl für uns die Prioritäten bei den Sanierungsmassnahmen nicht beim Leistungsabbau liegen können, haben wir uns entschlossen, dem Stabulo-Prozess eine Chance zu geben. Wir haben aber für unsere Unterstützung die folgenden, klaren Grundvoraussetzungen, quasi als Eintrittsticket, definiert: Die jetzt vorliegenden Sparmassnahmen bei der Bildung und der Musikschule sind für uns nicht akzeptierbar. Eine Anpassung des Steuerfusses auf moderate 98 % wird gleichzeitig mit den Sparmassnahmen an die Hand genommen. Entsprechend diesen Vorgaben haben wir in der FGPK mitgearbeitet, und so stehen wir auch weitgehend hinter dem Vorschlag, wie er aus dieser Kommission kommt. Selbstverständlich schmerzt es uns, wenn zum Beispiel bei der Kultur oder bei der Jugend Beiträge gestrichen werden, aber im Sinne eines breiten Kompromisses sind wir dazu bereit. Wir sehen auch noch weitere Optimierungsmöglichkeiten. So verschliessen wir uns nicht generell den Massnahmen für den Werkhof. Wir möchten aber zuerst selber überprüfen, wie sozialverträglich und auch ökologisch sinnvoll die geplanten Massnahmen wirklich sind. Einem Stellenabbau, der anschliessend mit zusätzlichen Laubbläsern kompensiert werden würde, könnten wir selbstverständlich nicht zustimmen. Wir werden voraussichtlich nicht mehr zu den einzelnen Massnahmen Stellung nehmen, da wir in der Auseinandersetzung mit dem Projekt festgestellt haben, dass die ganze Übung doch eher konsultativen Charakter hat. So sind nämlich sämtliche Anträge, ausser derjenige zur Aussenstelle Rohr, nicht referendumsfähig und die sachlich verbindliche Auseinandersetzung wird im Rahmen der Budgetdebatte erfolgen müssen. Gemäss Ratspräsident können wir nicht über den FGPK-Antrag zum Steuerfuss abstimmen. Für uns ist somit eine Grundvoraussetzung für eine Annahme nicht mehr erfüllt. Deshalb werden wir das ganze Paket konsequenterweise ablehnen. Diese Ablehnung bedeutet aber nicht, dass wir grundsätzlich keine Sparmassnahmen wollen. Wir sind, wie der Kommissionsvorschlag zeigt, auch zu sogar schmerzhaftem Leistungsabbau bereit, wenn das ganze Paket ausgewogen ist. In diesem Sinne hoffen wir, dass wir es schaffen, zusammen mit den pragmatisch lösungsorientierten Kräften, die es in allen Fraktionen gibt, dem Volk ein breit abgestütztes Budget zu unterbreiten.

Marcel Guignard, Stadtmann: Ich mache es kurz: Der Stadtrat hat Ihnen eine Botschaft unterbreitet, in der Sie nachlesen konnten, worum es geht. Wir haben Ihnen die verschiedenen Massnahmen dargelegt. Es geht in der Tat darum, dass der Einwohnerrat jetzt bereits im Hinblick auf das Jahr 2013 gewisse Signale aussendet und der Stadtrat Gewissheit hat, was er im Budget 2013 einstellen kann. Insofern handelt es sich ein bisschen um eine vorgezogene Budgetdebatte. Der Stadtrat nimmt ernst, was Sie heute beschliessen werden und wird das nachher auch im Budget umsetzen. Damit ist auch der Rahmen von Stabulo 1 bereits gezeichnet: Es geht nur um kurzfristig realisierbare Massnahmen. Da diese Massnahmen noch nicht reichen, wie wir ja alle gesehen haben, gibt es die zweite Vorlage Stabulo 2. Der Stadtrat ist natürlich gespannt, was jetzt von den ersten paar Seiten der Vorlage Stabulo 1 schon wieder herausgestrichen und nicht weitergeführt werden soll. Wenn natürlich da am Schluss von Stabulo 1 gar nichts mehr vorhanden ist – was jetzt noch nicht der Fall ist, aber ja sein könnte – ist die Motivation, mit Stabulo 2 weiterzufahren, auch nicht mehr so gross. Deshalb ist das fast ein bisschen ein Probelauf für die nächsten Zeiten, in welchen wir uns dann vertieft mit diesen Angelegenheiten befassen müssen. Es ist beispielsweise leicht zu sagen, man müsse einfach in den nächsten Jahren jeweils Investitionen von 15 Mio. Franken streichen. Ich bitte Sie einfach durchzublättern, welche Investitionen da gemeint wären und auf welche Projekte man dann eigentlich genau zurückkommen möchte. Rezepturen im Allgemeinen sind meistens griffig, gut und verständlich. Wenn es dann aber um die Dosierung der einzelnen Medikamente geht, wird es anders. Das werden wir jetzt dann 1:1 bei diesem Massnahmenkatalog erleben und sehen, was Sie zu den einzelnen Punkten meinen. So möchte ich nun meine Anmerkungen schliessen und meiner Erwartung noch einmal Ausdruck geben, dass Sie den Anträgen des Stadtrates folgen.

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir sind somit fertig mit dem Punkt 5.3 meiner verschickten Ablauffliste und den allgemeinen Erörterungen zum Gesamtüberblick. Anschliessend kommen wir zur Detaildebatte. Wir rechnen damit, dass diese rund eine Stunde dauern wird. Deshalb machen wir zuerst eine kurze Pause.

Kurze Pause

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen nun zur Detaildebatte des Traktandums 5, Stabulo 1. Wir führen die Debatte über alle fünf Anträge des Stadtrates. Die Anträge der FGPK sind keine Abänderungsanträge, sondern Anträge auf Ablehnung des stadträtlichen Antrags. So kommt also beispielsweise beim Antrag 3 nicht der Antrag der FGPK zur Abstimmung im Sinne einer Ausmarchung. Es wird einfach gefragt, wer den stadträtlichen Antrag unterstützen möchte. Dies kann jeweils mit Ja oder Nein beantwortet werden. Aber ich werde selbstverständlich erwähnen, dass die FGPK einen abweisenden Antrag gestellt hat, damit nicht jedes Mal jemand von der Kommission nach vorne kommen muss. Unterdessen sind 46 Mitglieder des Einwohnerrates anwesend. Somit liegt das absolute Mehr bei 24 Stimmen. Damit kommen wir zu den

Abstimmungen

Abstimmung über den Antrag 1:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Projektbericht Stabilo 1 mit einem Massnahmenpaket im Umfang von rund 2 Mio. Franken zur Entlastung der Laufenden Rechnung.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

Abstimmung über den Antrag 2:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat nimmt von den bereits umgesetzten Stabilo-Massnahmen Kenntnis.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen nun zur Detaildebatte über den Antrag 3 des Stadtrates, bevor wir diesen Antrag der Schlussabstimmung zuführen. Ich gehe nach der tabellarischen Aufzählung im Protokoll der FGPK zum Anhang 2 der Einwohnerratsbotschaft vor. Ich verwende also ausdrücklich diese Nummerierungen aus dem Anhang 2. Wenn keine Wortmeldungen vorliegen, gilt das als Zustimmung.

Antrag 3.1

Keine Wortmeldungen

Beschluss über den Antrag 3.1 (ohne Abstimmung):

In der Produktegruppe 01 wird der Kredit für Ehrenaussgaben um 30'000 Franken gestrichen.

Antrag 3.2

Es liegt ein Ablehnungsantrag der FGPK mit einem Stimmenverhältnis von 5:4 vor.

Keine Wortmeldungen

Beschluss über den Antrag 3.2 (28 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen):

In der Produktegruppe 02 wird der Kredit von 25'000 Franken für eine (von zwei) Praktikumsstellen gestrichen.

Antrag 3.3

Keine Wortmeldungen

Beschluss über den Antrag 3.3 (ohne Abstimmung):

In der Produktegruppe 02 wird der Kredit für den Maienzug um 7'000 Franken gekürzt (Massnahme: Verzicht auf Kühlung Sporthalle).

Antrag 3.4

Keine Wortmeldungen

Beschluss über den Antrag 3.4 (ohne Abstimmung):

In der Produktegruppe 03 werden die Benützungsgebühren für Einquartierungen um 2'000 Franken erhöht.

Antrag 3.5

Keine Wortmeldungen

Beschluss über den Antrag 3.5 (ohne Abstimmung):

In der Produktegruppe 04 wird der Kredit für Anschaffungskosten um 100'000 Franken reduziert.

Antrag 3.6

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen zum Antrag 3.6, Produktegruppe 12: Streichung des Aushilfskredits von 10'000 Franken. Hier wird das Wort gewünscht.

Franziska Graf: Die SP-Fraktion ist bei dieser Frage zweigeteilt. Die einen teilen die Meinung des Stadtrates, die andere Hälfte befürchtet, dass durch allfällige Überlastung, also nicht nur Belastung des Personals, auch Folgekosten wie Krankheitskosten entstehen könnten. Eine solche Sparmassnahme wäre nicht in unserem Sinne. Wir stellen den Antrag, darüber abzustimmen.

Beschluss über den Antrag 3.6 (27 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen):

In der Produktegruppe 12 wird der Aushilfskredit von 10'000 Franken gestrichen.

Antrag 3.7

Keine Wortmeldungen

Beschluss über den Antrag 3.7 (ohne Abstimmung):

In der Produktegruppe 17 werden die Kredite infolge Optimierung der Hauswartung, Reduktion der Reinigungs- und Hauswartungsstandards reduziert (Jahr 2012: -30'000 Franken, Folgejahre: -75'000 Franken).

Antrag 3.8

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen zum Antrag 3.8, Produktegruppe 20: Erhöhung Benützungsgebühren für ausserschulische Belegung Schulräume um 15'000 Franken (Ertrag evt. in PG 30). Hier wird das Wort gewünscht.

Franziska Graf: Aus der Vorlage ist nicht ersichtlich, wie viele Gebühren Aarauer Vereine in Zukunft für die Benutzung der Schulräume zu bezahlen haben. Wir haben es so verstanden, dass die bisherigen Gebühren drinstehen. Für die SP-Fraktion ist entscheidend, dass alle Aarauer Vereine auch weiterhin gratis Schulräume benutzen können. Wenn dem so ist, sind wir mit dieser Massnahme einverstanden und es müsste nicht darüber abgestimmt werden.

Marcel Guignard, Stadtammann: Die Massnahme steht auf der Seite 9 und wird auf der Seite 39 beschrieben. Hier steht, dass die Aarauer Vereine gratis Schulräume benützen können. Auswärtige Vereine und Veranstalter sind gebührenpflichtig. Das ist der heutige Zustand.

Franziska Graf: Wir möchten sichergehen, dass das auch in Zukunft so sein wird.

Marcel Guignard, Stadtammann: So haben wir darüber nicht Beschluss gefasst. Ich kann keine Garantie abgeben, sondern nur das wiederholen, was ich in der FGPK schon gesagt habe, dass wir nämlich in erster Linie die Auswärtigen, welche die Schulräume benützen, im Auge haben. Ich kann also jetzt nicht abschliessend erklären, dass wir die Gebühren für Aarauer Vereine nicht antasten, weil es der Stadtrat noch nicht im Detail besprochen hat. In erster Linie zielen wir darauf ab, ausserschulische Belegungen von auswärtigen Personen ins Auge zu fassen.

Franziska Graf: Wenn ich mich richtig erinnere und hier richtig gesehen habe, handelt es sich um ein stadträtliches Reglement. Somit kann sowieso der Stadtrat darüber bestimmen. Deshalb würde ich sagen, dass wir dem Stadtrat vertrauen und auf eine Abstimmung verzichten.

Beschluss über den Antrag 3.8 (ohne Abstimmung):

In der Produktegruppe 17 werden die Benützungsgebühren für ausserschulische Belegung Schulräume um 15'000 Franken erhöht.

Antrag 3.9

Keine Wortmeldungen

Beschluss über Antrag 3.9 (ohne Abstimmung):

In der Produktegruppe 20 werden die Kredite für den Kulturpreis und die Sitzungsgelder der Kulturpreiskommission (total 8'000 Franken) gestrichen.

Antrag 3.10, SKK-Atelierausschreibungen

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen zum Antrag 3.10, Produktegruppe 20: Streichung der Kredite für SKK-Atelierausschreibungen (6'000 Franken) und für die Herstellung des Kunstkalenders (28'000 Franken). Hier wird das Wort zur Streichung des Kredites für SKK-Atelierausschreibungen gewünscht.

Franziska Graf: Die Mehrheit der SP-Fraktion wünscht sich, den Betrag im Budget zu belassen. Die zuständige Kommission sollte beauftragt werden, klare Vergabekriterien festzulegen, falls solche nicht schon vorhanden sind, was wir nicht wissen. Wenn keine Bewerbung diese Kriterien erfüllt, wird das Stipendium nicht vergeben. Dieser Betrag würde dann zwar im Budget stehen, aber nicht in der Rechnung erscheinen. Uns ist klar, dass es attraktivere Ateliersplätze gibt als der unsere. Trotzdem möchten die meisten von uns die Möglichkeit aufrecht erhalten, nicht zuletzt auch deshalb, weil es letztlich um einen eher bescheidenen Betrag von 6'000 Franken geht. Dazu wünschen wir eine Abstimmung.

Beschluss über den Antrag 3.10, SKK-Atelierausschreibungen (30 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen):

In der Produktegruppe 20 wird der Kredit für SKK-Atelierausschreibungen von 6'000 Franken gestrichen.

Antrag 3.10, Kulturkalender

Keine Wortmeldungen

Beschluss über den Antrag 3.10, Kulturkalender (42 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen):

In der Produktegruppe 20 wird der Kredit für die Herstellung des Kulturkalenders von 28'000 Franken gestrichen.

Antrag 3.11

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen zum Antrag 3.11, Produktegruppe 21: Reduktion der Ankaufs- und Ausstellungskredite für die Jahre 2013 und 2014 um je 15'000 Franken und Erhöhung und Erzielung von Sponsoringeinnahmen für die Meyerschen Stollen (5'000 Franken). Hier wird das Wort gewünscht.

Franziska Graf: Die Mehrheit der SP-Fraktion unterstützt diese Massnahme. Wir erwarten vom Stadtrat, dass ab 2015, wie im Projektbericht aufgeführt, der Aufwand wieder ohne Einsparungen budgetiert wird. Das ist uns wichtig. Wir wünschen keine Abstimmung.

Beschluss über den Antrag 3.11 (ohne Abstimmung):

In der Produktegruppe 21 werden die Ankaufs- und Ausstellungskredite für die Jahre 2013 und 2014 um je 15'000 Franken reduziert und die Sponsoringeinnahmen für die Meyerschen Stollen um 5'000 Franken erhöht.

Antrag 3.12

Keine Wortmeldungen

Beschluss über den Antrag 3.12 (ohne Abstimmung):

In der Produktegruppe 22 werden die Ansätze für die Grunddienstleistungspakete und Zusatzleistungen erhöht (Mehrertrag 2'000 Franken).

Antrag 3.13

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen zum Antrag 3.13, Produktegruppe 30: Reduktion des Kredites für die Blockzeiten (ab dem Schuljahr 2013/14, bzw. ab dem Budget 2013 um 25'000 Franken, ab dem Budget 2014 um 50'000 Franken). Es liegt ein Ablehnungsantrag der FGPK vor. Folglich werden wir sicher darüber abstimmen. Hier wird das Wort gewünscht.

Therese Dietiker: Die Sparmassnahmen in den Bereichen von Blockzeiten und Textilem Werken können wir von der Fraktion Pro Aarau – EVP/EW – GLP überhaupt nicht unterstützen und lehnen sie geschlossen ab. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass es unanständig ist, auf dem Buckel der Kinder zu sparen für beschlossene Ausgaben, die unsere nachfolgende Generation nicht gewünscht, nicht gestaltet und auch nur teilweise in Anspruch nehmen kann. Wie Sie bemerkt haben, spreche ich für beide Sparmassnahmen an der Primarschule gleichzeitig, denn sie haben einen inneren Zusammenhang und wirken sich, wenn beide beschlossen werden, umso verheerender aus. Das Aarauer Blockzeitenmodell haben wir den Stimmbürgern und Eltern mit dem Hinweis verkauft, dass die Kinder ihre langen Morgen nicht immer in der ganzen Klasse erleben werden, sondern auch in Halbklassen unterrichtet werden, was ein unbestrittener Mehrwert ist. Kaum haben wir das Modell eingeführt, kürzen wir die Lektionen für Teamteaching wieder. Da fühlen sich einige "über den Tisch gezogen". Nun streichen wir ihn teilweise wieder, ohne auch nur eine Evaluation durchgeführt zu haben. Wäre eine gemacht worden und dabei wenig Mehrwert sichtbar geworden, müsste man diese Stunden kürzen. Aber so nicht. Auch das Textile Werken in der 2. Primarklasse ist eine Aarauer Spezialität, die eine pädagogische Berechtigung hat. Sie haben die Begründungen für die Wichtigkeit dieses handwerklichen Unterrichts sicher gelesen. Zudem ist das TW in Aarau auch eine weitere Möglichkeit, die langen Unterrichtseinheiten in der Primarstufe abwechslungsreicher zu gestalten. Wir haben glücklicherweise immer noch Kinder, die gerne kreativ arbeiten und sich in diesen Stunden auch noch anders entfalten können. Das TW wurde in einer kantonalen Sparübung verkürzt und der Unterricht ist in der zweiten Klasse gestrichen worden. Der Kanton schreibt seit einigen Jahren wieder schwarze Zahlen und kann sich mit

Steuerreduktionen beschäftigen. Aber das TW hat er in der zweiten Klasse nicht wieder eingeführt. Unsere Fraktion will das in Aarau nicht gleich halten und bittet Sie, die Stabilmassnahmen beim TW und beim Teamteaching abzulehnen. Unsere Fraktion sieht keinen Sinn darin, mit viel Engagement Schulmodelle in Aarau zu entwickeln, die beim ersten finanziellen Gegenwind wieder über Bord geworfen werden. Da könnte man die kantonalen Vorgaben ja von Anfang an übernehmen. Das wollen wir aber nicht und bitten Sie deshalb, diese beiden Sparmassnahmen abzulehnen.

Franziska Graf: Selten wird in Aarau Geld so sinnvoll ausgegeben, wie für die Teamteachinglektionen. Bis heute ist das ein grosser Pluspunkt der Aarauer Schulen, ein richtiger Trumpf. So wird das in den umliegenden Gemeinden gesehen. Die Massnahme müsste in den ersten Klassen umgesetzt werden, genau da, wo die zusätzlichen Teilungen der Klassen am meisten Sinn machen. Die Kinder sind am jüngsten und haben am meisten Mühe, Inhalte aufzunehmen und die Klassen sind am grössten. Der Grosse Rat hat den Schulen wirklich nichts Gutes getan, als er vor Jahren im Zuge der Sparmassnahmen, so wie wir sie heute beschliessen wollen, die maximalen Klassengrössen erhöht hat. Anstatt jetzt dasselbe zu machen, sollten wir unsere politischen Verbindungen und Kräfte einsetzen, um die Massnahme im Kanton zu korrigieren und die maximale Klassengrösse zu senken. Aarau hat durch die Einführung dieser Teamteachinglektionen und mehr Halbklassenunterricht stadintern eine gute Lösung für die Kinder gefunden. Weil wir uns von der SP auch für die Kinder der Primarschule zuständig fühlen, lehnen wir diese Massnahme ganz klar ab. Selbstverständlich fordern wir eine Abstimmung darüber.

Käthi Geiser: Wenn ich an die Diskussion zur Einführung der Blockzeiten zurückdenke, standen dort zwei Varianten zur Auswahl. Beide waren als gute Varianten befunden worden, selbst von den Lehrpersonen. Wir haben uns für die Luxusvariante entschieden. In dieser Massnahme des Stadtrates sehe ich einzig eine Zwischenlösung zwischen den damaligen Varianten 1 und 2. Damals wurde für die Variante 2 entschieden. Deshalb erachten wir es als durchaus nicht unverschämt, auf den Buckeln der Kinder zu sparen. Ich möchte mich auch gegen den Vorwurf wehren, dass die Kinder keine Lobby haben: Wir als Eltern – und die meisten Anwesenden hier im Saal sind Eltern – sind durchaus in der Lage, beurteilen zu können, ob eine Massnahme sinnvoll resp. tolerierbar ist, oder nicht.

Susanne Heuberger: Ich habe Ihnen einleitend gesagt, dass die SVP alle Massnahmen des Projekts Stabilo 1 unterstützt, also auch diesen Antrag um Reduktion der Teamteachingstunden. Es ist so, dass sich nichts ändern wird an den grossen Blockzeiten, also den Betreuungszeiten. Es ist im Unterricht selber nicht mehr so oft gewährleistet, dass in kleineren Gruppen unterrichtet werden kann. Das ist unserer Meinung nach durchaus vertretbar. Auch vertretbar ist für uns auch, dass man bei der Schule sparen kann und muss. Es ist für uns kein "No go". Im Vorfeld dieser Einwohnerratssitzung haben wir sehr viel an Lobbyarbeit für die Schule mitbekommen. Das ist richtig. Man soll sich für ein Anliegen einsetzen können. In den erhaltenen Briefen wurde überall den angestrebten Sparmassnahmen in der Stadt Aarau zugesprochen. Aus diesem Grund geht es nicht an, gleichzeitig zu sagen, man anerkenne schon, dass gespart werden müsse, aber auf keinen Fall bei einem selber. So kommen wir wirklich nicht vom Fleck. Dies ist eine vertretbare Massnahme und deshalb unterstützen wir den stadträtlichen Antrag.

Beschluss über den Antrag 3.13 (23 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen, mit Stichtscheid des Präsidenten):

In der Produktegruppe 30 wird der Kredit für die Blockzeiten (ab dem Schuljahr 2013/2014, bzw. ab dem Budget 2013 um 25'000 Franken, ab dem Budget 2014 um 50'000 Franken) reduziert.

Antrag 3.14

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen zum Antrag 3.14, Produktegruppe 30: Reduktion des Kredites "Besoldungsanteile an Kanton" infolge Verzichts auf den Unterricht für Textiles Werken in der zweiten Primarklasse (ab Schuljahr 2013/2014, bzw. ab dem Budget 2013 um 62'000 Franken, ab dem Budget 2014 um 124'000 Franken). Hier wird das Wort gewünscht.

Franziska Graf: Im Textilen Werken lernen unsere Kinder nicht "nur" stricken, nähen und häkeln. Es ist ein ideales Training für die Feinmotorik. TW fördert und fordert die Kinder auf ganz anderen Kanälen als der "normale" Schulunterricht. Wir von der SP-Fraktion empfinden es als grossen Irrtum, wenn Handfertigkeit als nicht mehr so wichtig erachtet wird. Wir sind überzeugt, dass mit TW-Lektionen mancher Psychomotoriktherapiestunde vorgebeugt werden kann, was definitiv günstiger und lustiger für die Kinder ist. Nebst der allgemeinen Handfertigkeit ist es durchaus angebracht, dass Kinder am Ende ihrer Schulzeit stricken, nähen und häkeln können. Das ist bei der heutigen Anzahl TW-Lektionen, welche vom Kanton bezahlt werden, nicht mehr gewährleistet. Weil wir wissen, dass auch die Industrie dankbar ist, wenn ihre Lehrlinge geschickt mit Schere und feinem Werkzeug umgehen können, ist für uns klar, dass wir diese Massnahme geschlossen ablehnen. Wir wünschen eine Abstimmung.

Danièle Zatti: Die FDP-Fraktion wird dieser Massnahme nicht zustimmen. Das BKS hat die Anfrage bestätigt, dass der Kanton im Jahre 2014 die Wiedereinführung des Unterrichts in Textilem Werken in der 2. Primarklasse plant. Der Regierungsrat wird darüber entscheiden. Aus unserer Sicht würde es keinen Sinn machen, eine Leistung im Jahre 2013 abzuschaffen, welche dann im Jahre 2014 wieder eingeführt würde. Man müsste die Lehrperson quasi entlassen und im nächsten Jahr wieder einstellen. Deshalb werden wir dieser Massnahme nicht zustimmen.

Beschluss über den Antrag 3.14 (34 Nein-Stimmen gegen 8 Ja-Stimmen):

*In der Produktegruppe 30 wird der Kredit "Besoldungsanteile an Kanton" infolge Verzichts auf den Unterricht für Textiles Werken in der zweiten Primarklasse (ab Schuljahr 2013/14, bzw. ab dem Budget 2013 um 62'000 Franken, ab dem Budget 2014 um 124'000 Franken) **nicht** reduziert.*

Marc Dübendorfer, Präsident: Somit kommt dieser Antrag nicht in die Schlussabstimmung.

Antrag 3.15

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen zum Antrag 3.15, Produktegruppe 41: Verzicht auf den Kredit von 3'000 Franken für das Quartiermonitoring in der Telli. Hier wird das Wort gewünscht.

Franziska Graf: Für uns von der SP-Fraktion wäre ein Stadtmonitoring die richtige Lösung. Da dieses wahrscheinlich nicht kommt, halten wir am Quartiermonitoring in der Telli fest. Die Telli hatte ein Strukturproblem und aus unserer Sicht sollte das Quartier weiter begleitet werden. Wir wünschen eine Abstimmung.

Beschluss über den Antrag 3.15 (22 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen, mit Stichtscheid des Präsidenten):

In der Produktegruppe 41 wird auf den Kredit von 3'000 Franken für das Quartiermonitoring in der Telli verzichtet.

Antrag 3.16, Jungbürgerfeier

Keine Wortmeldungen

Beschluss über Antrag 3.16, Jungbürgerfeier (ohne Abstimmung):

In der Produktegruppe 42 wird der Kredit für die Jungbürgerfeier um 2'000 Franken gekürzt.

Antrag 3.16, Regionaler Jugendkredit

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen zum Antrag 3.16, Produktegruppe 42: Reduktion des regionalen Jugendkredits um 5'000 Franken. Es liegt ein Ablehnungsantrag der FGPK vor. Hier wird das Wort gewünscht.

Franziska Graf: Ich werde gleich zu diesem und dem nachfolgenden Antrag sprechen: Für uns von der SP-Fraktion ist es ein falscher Ansatz, dort, wo Probleme sind, die Mittel abzuziehen. Diese Massnahmen könnten möglicherweise grössere Folgekosten nach sich ziehen, als hier eingespart werden. Gute Jugendarbeit ist sehr wichtig, nicht zuletzt auch für den guten Ruf der Stadt Aarau.

Beschluss über den Antrag 3.16, Regionaler Jugendkredit (23 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen):

In der Produktegruppe 42 wird der regionale Jugendkredit um 5'000 Franken reduziert.

Antrag 3.16, Interventions- und Präventionskredit

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen zum Antrag 3.16, Produktegruppe 42, Reduktion des Interventions- und Präventionskredites um 5'000 Franken. Es liegt ein Ablehnungsantrag der FGPK mit einem Stimmenverhältnis von 5:3 vor.

Keine Wortmeldungen

Beschluss über den Antrag 3.16, Interventions- und Präventionskredit (23 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen):

In der Produktegruppe 42 wird der Interventions- und Präventionskredit um 5'000 Franken reduziert.

Antrag 3.17

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen zum Antrag 3.17, Produktegruppe 42: Reduktion des Kredites um 28'000 Franken infolge Verzichts auf das ü16-Angebot im Wenk. Es liegt ein Ablehnungsantrag der FGPK mit einem Stimmenverhältnis von 5:3 vor. Hier wird das Wort gewünscht.

Franziska Graf: Wir können diese Massnahme nicht nachvollziehen. Das ü16-Angebot im Wenk ist nicht das gleiche wie das ü16-Angebot im Flössli. Wir sind der Meinung, dass die Jugendlichen einen Ort brauchen, in dem sie ihre eigenen Ideen verwirklichen können und das konnten sie bis jetzt im Wenk. Es ist gut besucht und deshalb unterstützen wir unsere ü16-Jugend und lehnen diese Massnahme einstimmig ab. Wir wünschen eine Abstimmung.

Beschluss über den Antrag 3.17 (23 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen, mit Stichtscheid des Präsidenten):

In der Produktegruppe 42 wird der Kredit um 28'000 Franken infolge Verzichts auf das ü16-Angebot im Wenk reduziert.

Antrag 3.18

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen zum Antrag 3.18, Produktegruppe 43: Kürzung der freiwilligen Beiträge um 60'000 Franken. Es liegt ein Ablehnungsantrag der FGPK mit einem Stimmenverhältnis von 5:3 vor. Hier wird das Wort gewünscht.

Irene Bugmann Oelhafen: Die Fraktion Pro Aarau – EVP/EW – GLP lehnt die Kürzung der freiwilligen Beiträge um 60'000 Franken ab mit folgender Begründung: Die Kürzungen bei den Institutionen fallen eher gering aus, vor allem bei den regionalen Institutionen. Diese sind nicht in ihrer Existenz gefährdet. Die Einsparungen bei der Katastrophenhilfe und der Entwicklungshilfe gefallen uns aber gar nicht und sind viel massiver. Diese Einsparungen können uns um ein Vielfaches höher wieder einholen in Form von Sozialkosten, die aufgrund von Flüchtlingsströmen in die Schweiz anfallen. Aus diesem Grund lehnt die Fraktion die Kürzung ab.

Franziska Graf: Wir können es fast nicht glauben: Um unseren Luxus-Steuerfuss von 94 % zu halten, können wir Organisationen wie das Frauenhaus Aargau, das Männerheim Obstgarten in Rombach, die Berghilfe, die Stiftung therapeutisches Wohnheim Guyerweg, die Beratungsstelle für Langzeitkranke im Bezirk Aarau, die Katastrophenhilfe im In- und Ausland und die Entwicklungshilfe im Ausland nicht mehr unterstützen. Das können wir wirklich nicht glauben und sagen deshalb ganz klar Nein zu dieser Massnahme. Wir wünschen eine Abstimmung.

Beschluss über den Antrag 3.18 (23 Nein-Stimmen gegen 22 Ja-Stimmen):

*In der Produktegruppe 43 werden die freiwilligen Beiträge **nicht** um 60'000 Franken gekürzt.*

Marc Dübendorfer, Präsident: Somit kommt dieser Antrag nicht in die Schlussabstimmung.

Antrag 3.19

Keine Wortmeldungen

Beschluss über den Antrag 3.19 (ohne Abstimmung):

In der Produktegruppe 50 wird der Ertrag aus Parkgebühren um 300'000 Franken erhöht (Massnahme: Anpassung der Parkgebühren, je nach Massnahme braucht es evtl. eine Einwohnerratsbotschaft).

Antrag 3.20

Keine Wortmeldungen

Beschluss über den Antrag 3.20 (ohne Abstimmung):

In der Produktegruppe 50 wird der budgetierte Bussenertrag um 240'000 Franken, ab 2014 noch um 180'000 Franken, erhöht (Massnahme: Installation einer Videokamera am Zollrain).

Antrag 3.21

Keine Wortmeldungen

Beschluss über den Antrag 3.21 (ohne Abstimmung):

In der Produktegruppe 51 wird das Budget für Soldkosten um 10'000 Franken gekürzt (Massnahme: Anpassung Übungsbetrieb).

Antrag 3.22

Keine Wortmeldungen

Beschluss über den Antrag 3.22 (ohne Abstimmung):

In der Produktegruppe 62 wird der Ertrag aus Gebühren für Aufbruchbewilligungen um 5'000 Franken erhöht (Massnahme: Anhebung der Ansätze für die Aufbruchbewilligungen im öffentlichen Raum von 300 auf 350 Franken).

Antrag 3.23

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen zum Antrag 3.23, Produktegruppe 62: Kürzung des Kredites "Anschaffung öffentliche Beleuchtung" um 45'000 Franken. Es liegt ein Ablehnungsantrag der FGPK vor. Hier wird das Wort gewünscht.

Alexander Umbricht: "1, 2 oder 3". Gemäss Eigendeklaration verbraucht Aarau für die Strassenbeleuchtung jährlich 18,8 MWh Strom pro Kilometer Strassenbeleuchtung. Das summiert sich auf 1500 MWh Strom insgesamt. Die nackten Zahlen sind nicht so wichtig und zugegebenermassen ist es schwierig, sich etwas darunter vorzustellen. Wichtiger ist, dass es einen Richtwert für Gemeinden wie Aarau gibt. Der Richtwert ist 36 %, also mehr als einen Drittel tiefer als der Wert von Aarau, und wird von vielen Gemeinden ähnlicher Grösse erreicht oder unterboten. Das heisst, gegenüber dem Richtwert verschwendet Aarau jährlich 540 MWh Strom. Der Strom ist alles andere als gratis und würde für ca. 110 durchschnittliche Einfamilienhäuser reichen. Systematische Untersuchungen vor mehr als zwei Jahren im Kanton Luzern haben gezeigt, dass sich der Ersatz der ineffizienteren Beleuchtungssysteme nach 7,5 Jahren rechnet – und zwar nicht in irgendwelchen theoretischen Überlegungen, sondern in praktisch ausgeführten Beispielen. Daher ist, in Anlehnung an eine bekannte Kindersendung, aber nur mit zwei Varianten, zu sagen: "Ob ihr wirklich richtig steht, seht ihr, wenn das Licht angeht." Als Tipp: Das Licht leuchtet bei der Variante "Verzicht auf Kürzung des Kredites". Die Fraktion Pro Aarau – EVP/EW – GLP wird im Licht stehen.

Franziska Graf: Wir fragen uns, ob diese Massnahme nicht zu einer schlechteren Energiebilanz führen könnte. Wenn dem so ist, können wir sie nicht unterstützen. Wir wünschen uns vom Stadtrat, dass er ein klares Beleuchtungskonzept ausarbeitet, um die längerfristige Energiebilanz und den Vergleich zwischen Kosten und Nutzen zu verbessern. Da uns diese Informationen nicht vorliegen, werden wir diese Massnahme ablehnen.

Beschluss über den Antrag 3.23 (24 Nein-Stimmen gegen 22 Ja-Stimmen):

*In der Produktegruppe 62 wird der Kredit "Anschaffung öffentliche Beleuchtung" **nicht** um 45'000 Franken gekürzt.*

Marc Dübendorfer, Präsident: Somit kommt dieser Antrag nicht in die Schlussabstimmung.

Antrag 3.24

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen zum Antrag 3.24, Produktegruppe 70/71: Kürzung des Globalkredites um 125'000 Franken (konkrete Beschlüsse des Stadtrates aufgrund des definitiven Berichts sind vorbehalten). Es liegt ein Ablehnungsantrag der FGPK vor. Hier wird das Wort gewünscht.

Franziska Graf: Die Beschreibung dieser Massnahme ist unklar. Nach dem Studieren der vorliegenden Unterlagen wissen wir eigentlich nicht, worum es genau geht. Wir sind gespannt, welche Massnahmen uns im Rahmen des Budgets unterbreitet werden. Gleichzeitig mit diesen erwarten wir auch, den Bericht der Überprüfung des Werkhofs zu bekommen. Ohne diesen sehen wir uns nicht imstande, über Massnahmen abzustimmen. Deshalb wird sich die SP-Fraktion geschlossen der Stimmabgabe enthalten.

Beschluss über den Antrag 3.24 (22 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 22 Enthaltungen):

In der Produktgruppe 70/71 wird der Globalkredit um 125'000 Franken gekürzt (konkrete Beschlüsse des Stadtrates aufgrund des definitiven Berichts sind vorbehalten).

Antrag 3.25

Keine Wortmeldungen

Beschluss über den Antrag 3.25 (ohne Abstimmung)

In der Produktgruppe 73 wird der Aushilfekredit um 10'000 Franken gekürzt.

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir werden kurz noch einmal durchgehen, welche Anträge aus der Abstimmungsvorlage entfernt worden sind. In der Schlussabstimmung werden die Anträge 3.14, Textiles Werken an der 2. Primarklasse, 3.18, Freiwillige Beiträge sowie 3.23, Anschaffung öffentliche Beleuchtung nicht mehr enthalten sein, weil der Einwohnerrat diese drei stadträtlichen Anträge abgelehnt hat. Die verbleibenden Anträge kommen in die Schlussabstimmung.

Oliver Bachmann: Wir haben viel Wichtiges beschlossen. Wir haben gespart, um den tiefen Steuerfuss zu rechtfertigen. Wir haben gespart bei der Kultur, bei den Schulkindern, den Jugendlichen, also eigentlich bei unserer Zukunft. Dieses Vorgehen halten wir für eine sehr wichtige Entscheidung, bei welcher kein Mitglied des Einwohnerrates irgendeinem Fraktionszwang unterworfen sein sollte. Deshalb stellen wir den **Antrag**, eine **geheime Abstimmung** durchzuführen.

Marc Dübendorfer, Präsident: Es liegt somit ein **Ordnungsantrag** auf **geheime Abstimmung** vor. Dieser Antrag gilt als angenommen, wenn ihm ein Viertel der anwesenden Einwohnerratsmitglieder zustimmt.

Der **Ordnungsantrag** auf **geheime Abstimmung** wird mit 20 Ja-Stimmen **angenommen**.

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen nun zur Schlussabstimmung. Bei Zustimmung geht der Antrag in dieser abgeänderten Form an den Stadtrat. Bei Ablehnung wird der Antrag gestrichen. Bei Stimmengleichheit wird er ebenfalls gestrichen, denn bei einer geheimen Abstimmung gibt es keinen Stichtscheid, der Antrag gilt dann als abgelehnt. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Schlussabstimmung (geheime Abstimmung)

Der Einwohnerrat fasst mit 25 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss über den Antrag 3

Der Einwohnerrat beauftragt den Stadtrat, die Massnahmen gemäss Anhang 2 zur Einwohnerratsbotschaft (mit Ausnahme der Massnahmen 3.14 – Reduktion Kredit Textiles Werken, 3.18 – Kürzung der freiwilligen Beiträge, 3.23 – Kürzung Kredit Anschaffung öffentliche Beleuchtung) inkl. den allfälligen notwendigen Anpassungen von Zielen und Indikatoren im Budget 2013 abzubilden.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen zum Antrag 4 der stadträtlichen Vorlage. Dieser Antrag ist in weitere Subanträge unterteilt. Wir werden über jeden dieser 6 Subanträge einzeln abstimmen, es gibt also keine Schlussabstimmung. Nachdem niemand das Wort zum allgemeinen Teil wünscht, eröffnen wir die Debatte über die einzelnen Subanträge. Wir beginnen mit dem Antrag 4.1, Gemeindeordnung: Revision mit Anpassung des § 26 Abs. 1, wonach die Beschlüsse des Einwohnerrates im Amtsblatt und in den lokalen Tageszeitungen zu veröffentlichen sind (Massnahme: Verzicht auf AZ als Publikationsorgan). Es liegt uns ein Ablehnungsantrag der SVP-Fraktion vor. Wenn die SVP-Fraktion daraus einen Abänderungsantrag machen möchte, müsste sie dies jetzt deutlich sagen und begründen.

Marcel Husistein: Die SVP-Fraktion möchte noch einmal betonen, dass wir mit der Art der Durchsetzung des Vorschlags nicht einverstanden sind und den Überlegungen des Stadtrats nicht folgen können. Es kann nicht sein, dass man bei solchen Anliegen nicht zuerst das Gespräch mit dem betroffenen Unternehmen sucht. So ist doch die Aargauer Zeitung jenes Organ, welches zum Beispiel an vorderster Front über unsere Verhandlungen in diesem Saal Bericht erstattet und das politische Geschehen des Einwohnerrats der Öffentlichkeit näher bringt. Wir müssen uns ja nicht beklagen, dass wir auf der Besuchertribüne im Saal zu wenig Sitzplätze hätten. Deshalb ist es doch wichtig, dass wir eine gute Berichterstattung haben und die Zusammenarbeit mit der AZ pflegen. Mit einem Unternehmen, das in der Stadt Aarau seinen Hauptsitz hat und ein wichtiger Arbeitgeber in verschiedenen Bereichen ist, muss unbedingt der Dialog gesucht werden. Gemäss Aussagen der AZ wären sie zudem bereit, der Stadt Aarau ein kostengünstiges Angebot für die Publikationen zu unterbreiten. Deshalb stellt die SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag, dass die amtlichen Publikationen weiterhin in der AZ gemacht werden und ein Angebot ausgehandelt wird.

Marc Dübendorfer, Präsident: Ich gehe davon aus, dass es sich, wie gesagt, um einen Ablehnungsantrag der SVP handelt. Mit diesem Votum weiss der Stadtrat ja auch, was die SVP-Fraktion wollte.

Marcel Guginard, Stadtmann: Ich informiere Sie gerne noch über den Hintergrund zu diesem Antrag. Eigentlich sind dabei zwei Dinge miteinander verknüpft: eine Änderung der Gemeindeordnung, welche jetzt in der Vernehmlassung ist, sowie der Verzicht auf die Publikationen in den Tageszeitungen, sofern diese Änderung der Gemeindeordnung gutgeheissen wird. Die Grundlagen für die amtlichen Publikationen finden sich in der Gemeinderordnung. In § 26 Abs. 1 heisst es folgendes: "Die Beschlüsse des Einwohnerrates werden durch den Gemeinderat im Amtsblatt und in den lokalen Tageszeitungen veröffentlicht." § 38 Abs. 3 lautet: "Für den Beginn des Fristenlaufs ist bei publikationspflichtigen Gegenständen die Ver-

öffentlichung im Amtsblatt massgebend." Mit Beschluss vom 7. September 2009 hat der Stadtrat im Hinblick auf die Fusion mit Rohr folgende Publikationsorgane, gestützt auf die Gemeindeordnung, festgelegt: Amtsblatt, Aargauer Zeitung (AZ), Landanzeiger sowie Stadt-Anzeiger. Der Stadt-Anzeiger erscheint mittlerweile nicht mehr. Die heutige Situation zeigt sich folgendermassen: Sämtliche amtlichen Publikationen (Traktanden und Beschlüsse des Einwohnerrates, Baugesuche, Verkehrssignalisationen, Ergebnisse von Wahlen und Abstimmungen, Einladungen zu Anlässen etc.) wurden bis heute im Amtsblatt, der AZ und dem Landanzeiger publiziert. Gemäss Gemeindeordnung müssten aber, wie ich bereits ausgeführt habe, nur die Beschlüsse des Einwohnerrates zwingend in der AZ publiziert werden. Bei allen anderen städtischen Publikationen ist der Stadtrat schon heute ermächtigt, das Publikationsorgan zu bestimmen. Beim Antrag an den Einwohnerrat geht es also darum, dass der Stadtrat auch in Bezug auf die Beschlüsse des Einwohnerrates ermächtigt wird, das amtliche Publikationsorgan zu bestimmen. In der Fassung der Gemeindeordnung, welche sich zur Zeit in der Vernehmlassung befindet, lautet § 26 Abs. 1 daher bereits wie folgt: "Die Beschlüsse des Einwohnerrates werden in den vom Stadtrat zu bestimmenden Medien veröffentlicht." Mit dieser Kompetenzdelegation hätte der Stadtrat nach wie vor die Möglichkeit, die AZ auch als Publikationsorgan zu bestimmen. Ich sage jetzt natürlich, dass der Preis stimmen muss. Auslöser dieses Stabulo-Vorschlages waren die enorm hohen Kosten der Inserate in der AZ. Als Beispiele seien die Publikationen der Traktanden und Beschlüsse des Einwohnerrates vom 7. Mai 2012 erwähnt: Die Publikation der Traktandenliste kostete im Landanzeiger 653 Franken und in der AZ 1'233 Franken. Die Publikation der Beschlüsse kostete im Amtsblatt 361 Franken, im Landanzeiger 827 Franken sowie in der AZ 1'261 Franken. Das war die Preissituation. Es ist richtig, dass in der Zwischenzeit eine Eingabe an den Stadtrat gekommen ist. Darin anbietet sich die AZ, ihre Preise zu senken. Darüber wird der Stadtrat Beschluss fassen müssen. Worüber beschliessen Sie? Wenn Sie dem Antrag des Stadtrates zustimmen, beschliessen Sie eine Änderung der Gemeindeordnung in dem Sinne, dass der Stadtrat in Zukunft entscheiden kann, wo die Beschlüsse des Einwohnerrates publiziert werden und auch entsprechend Verhandlungen führen darf. Andererseits läge da ein Sparpotential von 60'000 Franken drin. Es steht in der stadträtlichen Botschaft, dass bei einer solchen Änderung der Gemeindeordnung bei den heutigen Preisen der AZ 60'000 Franken gespart werden könnten. Wenn Sie jetzt Nein stimmen, ist es schwierig zu wissen, was denn eigentlich die Botschaft des Einwohnerrates an den Stadtrat wäre. Das hat vielleicht einen Zusammenhang mit der ungenauen Antragsstellung. Wir wissen dann nicht, ob wir die Gemeindeordnung gar nicht ändern oder einfach günstiger bei der AZ einkaufen sollten. Der Stadtrat hat nach erfolgter Änderung der Gemeindeordnung die Möglichkeit, die Preise auch auf Verhandlungsebene so einzumitteln, dass alle eine Chance haben, welche einen guten Preis bieten. Deshalb bitte ich Sie, dem stadträtlichen Antrag zuzustimmen.

Mario Serratore: Jetzt ist natürlich mein ganzes Manuskript etwas zu Makkulatur geworden und ich kann nicht mehr so beginnen, wie ich eigentlich wollte. Aus einem einfachen Geschäft wird nun wohl doch ein etwas kompliziertes. Am einfachsten hätte man es sich wohl machen können, wenn man von Anfang an per Telefongespräch mit der zuständigen Person der AZ abgeklärt hätte, ob über den Preis verhandelt werden könnte. Dann hätten wir jetzt nämlich diese Diskussion nicht. Offenbar hat man bei der AZ gemerkt, dass man ihre Arbeit auch etwas günstiger machen könnte, auch wenn ich nicht ganz derselben Meinung bin. Wenn ich einen Landanzeiger in der Hand habe, so ist das nicht die AZ. Es ist nun einmal wirklich nicht dasselbe. Das wäre etwa so, wie wenn ich heute Abend einen Match der italienischen Nationalmannschaft oder des FC Aarau anschauen würde. Selbstverständlich habe ich nichts gegen den FC Aarau, aber am Schluss ist es halt wirklich nicht dasselbe. Es gibt auch noch

den psychologischen Aspekt: Wir alle haben von der AZ einen Brief bekommen, in welchem die AZ verständlicherweise die Werbetrommel in eigener Sache gerührt hat. Ich glaube, das hat sie nicht ganz zu unrecht getan. Der wichtigste private Arbeitgeber der Stadt Aarau – und zugleich ein wichtiger Steuerzahler – dürfte uns auch etwas wert sein, auch wenn man dieselben Publikationen im Landanzeiger machen könnte. Ich glaube, wir vergleichen da etwas Birnen mit Äpfeln. Wir vergeben uns nichts, wenn wir den stadträtlichen Antrag ablehnen. Wir kommen zu demselben Sparpotential, denn die AZ hat offeriert, in den nächsten drei Jahren die amtlichen Publikationen zum gleichen Preis oder tiefer wie derjenige der Konkurrenz zu verrechnen. Nachverhandlungen in drei Jahren sind dann immer noch erlaubt. In diesem Sinne möchte ich Sie alle bitten, diese Massnahme abzulehnen. Ich hätte noch eine persönliche Bitte an die Sportredaktion der AZ: Falls Italien Europameister werden sollte, hätte ich gerne einen dreiseitigen Bericht.

Marcel Guignard, Stadtmann: Ich möchte hier nur ganz kurz eine Bemerkung anfügen: Der Stadtrat hat auch schon mit der AZ gesprochen. Das Problem ist, dass es nur eine einzige Tageszeitung gibt. Der Landanzeiger ist keine Tageszeitung. Weil es nur eine Tageszeitung gibt – wir können die Publikationen ja nicht in der NZZ oder in der Basler Zeitung machen – ist die Verhandlungsposition der AZ natürlich eine andere. Die Verantwortlichen der AZ wissen natürlich, dass wir, gestützt auf die Gemeindeordnung, mit ihnen verhandeln müssen. Der Stadtrat hat in früheren Jahren auch schon Verhandlungen geführt, aber es gab auch damals schon nur eine Tageszeitung. Wir müssen aber die Beschlüsse des Einwohnerrates in der Tageszeitung veröffentlichen. Für den Stadtrat ist auch klar, dass er bei einer Zustimmung zu seinem Antrag über den Preis verhandeln muss, bis die Gemeindeordnung geändert worden ist. Aber der Stadtrat möchte die Gemeindeordnung ändern, damit er frei ist und auch später einen Verhandlungsspielraum hat. Diese Ermächtigung würde der Einwohnerrat dem Stadtrat mit einem Ja zu dieser Vorlage geben. Bei einem Nein kann der Stadtrat den Antrag zur Änderung der Gemeindeordnung immer noch aufrecht erhalten. Bei einem Nein sagt der Einwohnerrat aber auch, dass der Preis der AZ jetzt einfach so bezahlt werden müsse.

Marcel Husistein: Wenn man jetzt dazu sagt, dass der Artikel so wie vorgeschlagen übernommen wird, aber einfach die Massnahme "Verzicht auf AZ als Publikationsorgan" streicht, dann ist es klar, dass die Publikationen in den lokalen Tageszeitungen gemeint sind.

Marc Dübendorfer, Präsident: Aber dann ist es ja keine Sparmassnahme mehr. In der Revision der Gemeindeordnung ist im Grunde genommen die Änderung dieser Vorschrift bereits enthalten. Bis Ende Juni kann übrigens noch an der Vernehmlassung teilgenommen werden. Bei der Revision ist die vom Stadtrat gewünschte alleinige Kompetenz bereits ausformuliert. Heute geht es eigentlich doch nur darum, das möglichst schnell umzusetzen, damit es im Rahmen der Sparmassnahmen bereits auf das Jahr 2013 angewendet werden kann und man nicht auf den Abschluss der Gemeindeordnungsrevision warten muss. Möglicherweise wird der Antrag in der Revision auch noch abgeändert, das wissen wir ja noch gar nicht. Von dem ist zwar nicht auszugehen, es ist aber durchaus möglich. Deshalb stimmen wir doch jetzt eigentlich nur über eine kurzfristige Auswirkung der Anpassung der Gemeindeordnung ab.

Marcel Guignard, Stadtmann: Das ist richtig so. Auf der Seite 69 sehen Sie, dass es sich um 27'000 Franken im Jahre 2012 handelt. Da geht man davon aus, dass bis dann die Gemeindeordnung revidiert ist. Vorderhand müssen wir, wie es die Gemeindeordnung vorschreibt, die Beschlüsse des Einwohnerrates in der Tageszeitung publizieren, und es gibt eben nur eine Tageszeitung. Wenn Sie dem stadträtlichen Antrag zustimmen, kann der Stadtrat in

der Mitte des Jahres 2012 diese Einsparungen tatsächlich machen. Wenn wir aber einen anderen Preis aushandeln können, welcher lange gilt, ist der Sparbedarf nicht mehr vorhanden.

Franziska Graf: Ich bin der Meinung, dass es bei einer Zustimmung zum stadträtlichen Antrag nicht heisst, der Stadtrat dürfe nicht mehr in der AZ publizieren. Er muss es aber nicht mehr. Mit dieser Massnahme kann er aus einer Position der Stärke mit der AZ verhandeln. Sonst kann die AZ den Preis um 3 Franken senken und hat damit uns gegenüber Wort gehalten, dass es günstiger wird, der Stadtrat kann aber nicht verhandeln. Alle, welche eine Ahnung vom Geschäften und Verhandeln haben, die wissen, dass der Stadtrat keine Variante hat, auf eine andere Tageszeitung auszuweichen. Damit hat er eigentlich keine guten Karten, einen wirklich guten Preis auszuhandeln.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag 4.1:

Der Einwohnerrat fasst mit 27 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat beauftragt den Stadtrat, die Gemeindeordnung zu revidieren mit Anpassung des § 26 Abs. 1, wonach die Beschlüsse des Einwohnerrates im Amtsblatt und in den lokalen Tageszeitungen zu veröffentlichen sind (Massnahme: Verzicht auf AZ als Publikationsorgan).

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen zum Subantrag 4.2, WOSA-Reglement: Revision (z. B. §§ 20 und 21) mit dem Ziel, die Sachkommission aufzuheben. Es wird das Wort gewünscht.

Franziska Graf: Die SP-Fraktion wird eine Auflösung der Sachkommission zum jetzigen Zeitpunkt nicht unterstützen. Wir können uns vorstellen, dass die Sachkommission in eine Strategiekommission umgewandelt wird. Diese Veränderung würden wir begrüessen.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag 4.2:

Der Einwohnerrat fasst mit 26 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat beauftragt den Stadtrat, das WOSA-Reglement zu revidieren mit dem Ziel, die Sachkommission aufzuheben.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen zum Subantrag 4.3, Musikschulreglement: Revision mit Anpassung des Anhangs (Massnahme: Erhöhung der Elternbeiträge zur Erzielung eines Mehrertrages von 150'000 Franken). Es liegt uns ein **Abänderungsantrag der CVP** vor. Dieser lautet wie folgt:

Durch Erhöhung der Elternbeiträge sei lediglich ein Mehrertrag von 50'000 Franken (statt 150'000 Franken) vorzusehen.

Wir werden in der Abstimmung diesen Abänderungsantrag dem stadträtlichen Antrag gegenüberstellen. Der obsiegende Antrag kommt in die Schlussabstimmung. Somit kommen wir zur Detaildebatte über den Antrag 4.3.

Werner Schib: Die CVP stellt den Antrag, nur einen Mehrertrag von 50'000 Franken zu erzielen. Wir sind der Meinung, dass auch in der Schule gespart werden kann. Der Antrag des Stadtrates geht uns aber deutlich zu weit und ist masslos übertrieben. Eine Erhöhung von 150'000 Franken hätte eine Erhöhung um 40 % zur Folge. Das ist viel zu viel. Es würden Familien bestraft. Allen ist bekannt, dass Familien heute schon stark belastet sind und viele Ausgaben tragen müssen. Mit einem Mehrertrag von 50'000 Franken sind wir bei gut 10 %. Wir sind der Meinung, das sei verkraftbar.

Therese Dietiker: Die Fraktion Pro Aarau – EVP/EW – GLP kann diese Sparmassnahme nicht unterstützen. Grundsätzlich finden wir es nicht richtig, dass eine Stadt, die sich Kulturstadt nennt, beim Musikunterricht sparen will – einem Fach, das unserer nächsten Generation Zugang zur und Freude an der Kultur vermittelt. Es ist nicht der Raum, sich über den Sinn von Musikunterricht zu unterhalten. Sie wissen alle darum und werden sich mit den eidgenössischen Diskussionen rund um die Musikschulinitiative wieder damit befassen. Das gegenwärtige Tarifsystem ist eine Aarauer Errungenschaft, die es vielen Kindern aus einkommensschwächeren Familien ermöglicht, ein Musikinstrument zu erlernen, und dies bereits im Primarschulalter, wo die Tarife massiv verbilligt wurden. Der Kanton unterstützt gegenwärtig den Musikunterricht an der Oberstufe und noch stärker an der Kantonsschule. Er will dies bald ändern, denn es ist klar, dass es Sinn macht, sich bereits in der Primarschule mit Musik zu beschäftigen und ein Musikinstrument zu spielen. Da entwickeln Schülerinnen und Schüler noch viel Freude und Motivation. Als Teenager fällt es ihnen schon schwerer, sich auf Neues einzulassen, die Eigenmotivation ist häufig nicht sehr hoch und vielen fehlt auch die Zeit dazu. Da sind wir dem Kanton voraus, was einer Kulturstadt auch gut ansteht. Verteuern wir den Musikunterricht nun um satte 40 %, werden viele nicht so gut betuchte Eltern ihre Kinder nicht mehr für den Musikunterricht anmelden. Damit wird sich die Musikschule wieder verkleinern, womit die Stabilo-Massnahme auch nicht klar berechnet werden kann. Die Schülerinnen und Schüler der einkommensstärkeren Bevölkerungsschichten werden weiterhin Musikunterricht nehmen, den wir weiterhin mit dem Kanton zusammen subventionieren. Dies finden wir als Fraktion Pro Aarau – EVP/EW – GLP ungerecht und nicht zielführend. Deshalb kann unsere Fraktion der Sparmassnahme nicht zustimmen. Auch ein kleinerer Schritt, wie dies die CVP vorschlägt, ist nicht in unserem Sinn. Die Sparmassnahme muss zudem in ein Reglement eingearbeitet werden, auf das wir seit Jahren warten. Dieses schon zu ändern, bevor wir nur wissen, wie es ausgestaltet ist, ist keine tolle Übung. Persönlich würde ich es sinnvoll finden, wenn die Musikschule den neuen kantonalen Gesetzen für den Instrumental-

unterricht angepasst würde. Diese Gesetze sind jetzt in der Vernehmlassung. Es wird dann wieder eine Veränderung geben. Wir sind dem jetzt halt schon etwas voraus, wenn wir heute einen Beschluss fassen. Unsere Fraktion bittet Sie deshalb, die Sparmassnahme im Musikschulbereich nicht zu unterstützen.

Franziska Graf: Wir reden hier über Sparmassnahmen, um den Steuerfuss bei 94 % halten zu können. Den Stimmbürgern erklären wir dann, es koste ihn weniger. Aber eine durchschnittliche Familie mit zwei Kindern, welche Instrumentalunterricht nehmen möchten, muss wissen, dass es sie nachher bedeutend mehr kostet, als sie Steuern bezahlen müsste. Da müssten die Eltern relativ viel verdienen, dass sie soviel durch Steuereinsparungen profitieren könnten. Diese Eltern könnten es sich aber auch leisten, etwas mehr Steuern zu bezahlen. Die SP-Fraktion lehnt diese Massnahme geschlossen ab. Diese Personen, welche vorhin betr. Steuerfuss ganz klar der Meinung waren, dass wir nicht über Einnahmenerhöhungen diskutieren, müssten jetzt eigentlich konsequent sein.

Käthi Geiser: Auch für unsere Fraktion ist eine Erhöhung um 40 % durchaus stossend, da gebe ich Ihnen recht. Dass der Steuerfuss nichts mit den Elternbeiträgen für den Instrumentalunterricht zu tun hat, kann ich mit einigen Beispielen aufzeigen: Ich habe nachgeschaut, was ein 25-minütiger Unterricht eines Unterstufenkindes bei den städtischen Musikschulen im Kanton Aargau kostet. In Wettingen (Steuerfuss 89 %) kostet es 505 Franken; in Brugg (95 %) 565 Franken, Baden (95 %) 558 Franken, Zofingen (102 %) 540 Franken. Diesen Zusammenhang kann ich nicht nachvollziehen. Es ist so, dass wir in Aarau sehr günstig sind. Man kann sagen, dass es uns das wert sei. Aber der Vergleich mit dem Steuerfuss hinkt. Therese Dietiker hat die Vernehmlassung der Gesetzesänderung für den Instrumentalunterricht erwähnt. Auch dort ist der Elternbeitrag mit mindestens 400 Franken von der Regierung ange-dacht worden. Mit anderen Worten: Mit dieser Erhöhung sind wir, nominal betrachtet, nicht absolut fern der Realität. Trotzdem möchte ich zu dieser Einsparmöglichkeit beim Musikunterricht noch etwas anderes zur Diskussion stellen: Ich verlange vom neuen Musikschulreglement oder auch im Zusammenhang mit dieser Massnahme, dass ganz klar definiert wird, wie viele Instrumente pro Kind subventioniert werden. Es ist fraglich, ob jedes Kind zwei oder sogar noch ein drittes Instrument subventioniert erlernen können muss. Teilweise haben wir ja bereits einen einkommensabhängigen Tarif in Aarau. Die Elternbeiträge werden durchaus zusätzlich subventioniert, wenn das Einkommen tief ist. Zudem hat jedes zweite, dritte, oder nachfolgende Kind derselben Familie jeweils Anspruch auf eine Reduktion. Es ist also nicht so, dass wir wiederum auf den Buckeln der Ärmsten den Steuerfuss tief halten.

Susanne Heuberger: Nur ganz kurz: Die SVP-Fraktion kann sich sehr gut für diesen Kompromissvorschlag der CVP erwärmen. Wir glauben auch, dass die Erhöhung um 40 % weit über dem Schmerzpunkt liegt. Ich möchte die Aussage von Käthi Geiser unterstützen, dass wir einen doch relevanten Geschwisterrabatt im jetzigen Musikschulreglement kennen. Be-liebt machen möchte ich, dass bei einer Anpassung des Reglements auch ernsthaft darüber diskutiert wird, ob ein einkommensabhängiges Reglement verfasst wird. Dann würde man nämlich genau denen entgegenkommen, welche Schwierigkeiten hätten, diese Musikstunden zu bezahlen. Käthi Geiser hat auch gesagt, dass man Unterstützungsbeiträge bekommt, wenn man diese beantragt. Die SVP möchte einfach den Hinweis machen, dass geprüft werden sollte, ob das Reglement nicht einkommensabhängig gemacht werden kann. Richtig ist auch die Aussage, dass wir in der Musikschule Aarau die Tendenz haben, dass immer mehr Kinder ein zweites oder drittes Instrument erlernen. Oft ist es dann passiert, dass die Instrumente nicht sehr lange gespielt werden, und das ist ja auch nicht sinnvoll. Manchmal herrscht ein bisschen

eine Masslosigkeit, indem zum einen Instrument noch ein anderes gewählt wird. Das ist aber wohl wirklich nicht sinnvoll.

Lotty Fehlmann Stark: Ich finde es interessant, dass bis jetzt ganz wenig darüber gesprochen wurde, was Musik eigentlich bewirkt und welchen unheimlichen Wert es für das Leben hat, egal, ob man begabt ist oder nicht, egal, ob jung oder alt. Ich möchte mich nicht darüber auslassen, denn es scheint eine Selbstverständlichkeit für uns alle hier im Saal zu sein, das ist ja super. Es gibt einen Verband namens "Schweizer Musikrat". Er umfasst 60 Mitgliederorganisationen und vereinigt eine halbe Million aktiver Musikerinnen und Musiker. Er ist 1964 entstanden. Es sind 2'000 Blasmusiken darin vereinigt, 1850 Chöre, 200 Orchester, 380 Musikschulen mit 230'000 Schülerinnen und Schüler. Wieso erzähle ich das? Wer weiss, wo dieser Musikrat seinen Sitz hat? Sein Sitz ist am Gönhardweg 32 in Aarau. Wir sind die gesamtschweizerische Stadt der Musik. Ich finde das super und hatte so Freude damals, als wir unseren Vorstoss durchbrachten, dass man eben maximal 300 Franken pro Semester, Lektion und Kind bezahlen solle. Das haben wir in Aarau und es ist klar, dass das unbestrittenermassen sehr gut ist. Das hat auch Käthi Geiser gesagt. Wieso sollen wir das nicht weiter pflegen? Wieso sollen wir nicht die Stadt der Musik sein und bleiben. Als Standortmarketing können wir verkaufen, dass wir die Stadt der Musik gesamtschweizerisch sind und auch bei schwierigen finanziellen Verhältnissen, was heute Abend niemand hier im Rat bestreitet, daran festhalten und uns diesen Glanz nicht nehmen wollen. Die SP-Fraktion stellt den **Antrag**, bei der **Schlussabstimmung** eine **geheime Abstimmung** durchzuführen.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zum **Ordnungsantrag** auf **geheime Anstimmung**.

Der **Ordnungsantrag** auf **geheime Abstimmung** wird mit 22 Ja-Stimmen **angenommen**.

Marc Dübendorfer, Präsident: Somit kommen wir zu den

Abstimmungen

Vorabstimmung über den Abänderungsantrag der CVP:

Abänderungsantrag der CVP: <i>Durch Erhöhung der Elternbeiträge sei lediglich ein Mehrertrag von 50'000 Franken (statt 150'000 Franken) vorzusehen.</i>	35 Stimmen
Antrag Stadtrat: <i>Durch Erhöhung der Elternbeiträge sei ein Mehrertrag von 150'000 Franken vorzusehen.</i>	0 Stimmen

Marc Dübendorfer, Präsident: Somit hat der Abänderungsantrag der CVP obsiegt. Damit kommen wir zur

Schlussabstimmung über den abgeänderten Antrag 4.3 (geheime Abstimmung):

Der Einwohnerrat fasst mit 26 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat beauftragt den Stadtrat, das Musikschulreglement mit Anpassung des Anhangs zu revidieren (Mehrertrag Elternbeiträge von 50'000 Franken).

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen zum Subantrag 4.4, Neues Reglement für die Bewirtschaftung der Parkplätze bei den Schulhäusern (oder Integration der Regelung in ein bestehendes Reglement) zur Erzielung eines Ertrages in der Grössenordnung von 60'000 Franken. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag 4.4:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat beauftragt den Stadtrat, ein neues Reglement für die Bewirtschaftung der Parkplätze bei den Schulhäusern auszuarbeiten (oder Integration der Regelung in ein bestehendes Reglement).

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen zum Subantrag 4.5, Neues Reglement über Gebühreneinnahmen im Stadtmuseum Schlössli (ab Neueröffnung). Hier wird das Wort gewünscht.

Irene Bugmann Oelhafen: Unsere Fraktion begrüsst die Massnahme zur Erhöhung der Einnahmen durch Eintritte nach dem Um- und Neubau grundsätzlich. Wir möchten aber darauf hinweisen, dass es uns wichtig ist, dass die Aarauer Schulen auch in Zukunft, also mit dem neuen Reglement, gratis das Stadtmuseum besuchen können. Für die Stadt ist das bekanntlich ja ein Nullsummenspiel, für die einzelne Lehrkraft mit Exkursionsbudget schafft dies jedoch einen Anreiz für einen Besuch im Stadtmuseum.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag 4.5:

Der Einwohnerrat fasst mit 45 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat beauftragt den Stadtrat, ein neues Reglement über Gebühreneinnahmen im Stadtmuseum Schlössli (ab Neueröffnung) auszuarbeiten.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen zum Subantrag 4.6, Neues Reglement für die Benützung der Sporthallen (Massnahme: Erzielung von Mehrerträgen für Wochenendbelegungen von 10'000 Franken). Das Reglement wird so oder so als fünfter Teil des Sportkonzeptes neu erarbeitet und dem Einwohnerrat vorgelegt. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag 4.6:

Der Einwohnerrat fasst mit 42 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat beauftragt den Stadtrat, ein neues Reglement für die Benützung der Sporthallen auszuarbeiten (Mehrerträge für Wochenendbelegungen von 10'000 Franken).

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen zum Antrag 5 des stadträtlichen Antrags. Hier liegen Wortmeldungen vor.

Franziska Graf: Nebst dem, dass ich SP-Mitglied bin, bin ich auch noch Rohrerin. Ich habe gedacht, es sei sinnvoll, wenn sich die Rohrerinnen und Rohrer vom Einwohnerrat zusammäten, um unsere Meinung kund zu tun, denn uns betrifft es am meisten. Eine Weiterführung der Zweigstelle der Stadtverwaltung ist für uns aus heutiger Sicht in Aarau Rohr nicht mehr sinnvoll und deshalb unterstützen wir den stadträtlichen Antrag. Bei aller Vernunft, die uns zu diesem Entschluss geführt hat, ist bei manchen von uns auch noch ein bisschen Frust vorhanden. Am Anfang, und das muss hier einfach noch einmal festgehalten werden, war die Zweigstelle dermassen schlecht betreut und organisiert, dass manche Rohrerin und mancher Rohrer nur einmal einen Versuch gestartet hat, dort die Amtsgeschäfte zu erledigen und bei weiteren Anliegen direkt ins Rathaus ging. Nachdem uns vom Stadtrat mehrmals gesagt wurde, dass die Organisation der Aussenstelle sehr kompliziert und aufwendig ist, sind wir jetzt allerdings etwas erstaunt, dass die Einsparungen im Personalaufwand doch eher bescheiden ausfallen, insbesondere aufgrund der Tatsache, dass der Einwohnerrat erst im letzten Jahr auf Antrag des Stadtrates zusätzliche Stellenprozente extra für das Stadtbüro Rohr bewilligt hat. In der Begründung des Mehrbedarfs wurde uns seinerzeit auch der gestiegene Arbeitsaufwand für die Betreuung der Aussenstelle Rohr aufgeführt worden. Wir bitten nun allerdings den Stadtrat, bevor er die Weitervermietung der leer werdenden Räume einleitet, das Bedürfnis und Interesse für diese Räume mit der Kreisschule Buchs-Rohr und den hoffentlich bald zu eröffnenden Tagesstrukturen in Rohr abzuklären. Das ehemalige Gemeindehaus war früher schon ein Schulhaus und würde sich immer noch als Schulraum eignen. Wir wissen, dass die

Kreisschule Buchs-Rohr für diesen Sommer ein zusätzliches Schulzimmer in Rohr einrichten muss und wir denken, dass diese Möglichkeit geprüft werden sollte. Wir stimmen dieser Massnahme zu, weil wir sie vernünftig finden. Wir hoffen natürlich, dass die Eingliederung von Rohr positiv weitergeführt und unterstützt wird und die Bedürfnisse der Bevölkerung ernst genommen werden. Wir wünschen uns, dass der Stadtrat Wege sucht und hoffentlich auch findet, dass weiterhin ein Anschlagkasten und ein Briefkasten der Stadtverwaltung in unserem Stadtteil stehen. Ich möchte dem Stadtrat noch mitgeben, was die Einwohnerinnen und Einwohner am meisten vermissen werden, wenn es keine Aussenstelle mehr gibt: Dies ist eindeutig der Verlust der Möglichkeit, eine bestellte Gemeindetageskarte nicht mehr in Rohr abholen zu können, sondern dafür in die Stadt fahren zu müssen. Eventuell findet sich ja mit etwas Fantasie auch dafür eine Lösung.

Oliver Bachmann: Für die SP-Fraktion ist klar, dass alle finanziell messbaren Kriterien für eine Schliessung der Aussenstelle in Rohr sprechen. Aber wir sind ein Fusionsversprechen eingegangen. So kurz nach der Fusion darauf zurückzukommen, ist für uns eigentlich nicht möglich, mit Ausnahme, wenn Vertreterinnen und Vertreter, also Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte aus dem Stadtteil Rohr, diesem Geschäft zustimmen können. Dies scheint bei diesem Geschäft der Fall zu sein. Deshalb schliessen wir uns den Ratskolleginnen und -kollegen aus dem Stadtteil Rohr an und werden diesen Antrag unterstützen.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag 5:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat beschliesst die Aufhebung der Zweigstelle der Stadtverwaltung in Aarau Rohr per 31. Dezember 2012.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

44. Stabilo 2, Gewährung eines Investitionskredits

Mit Botschaft vom 30. April 2012 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft folgenden

Antrag: *Der Einwohnerrat möge einen Investitionskredit in der Höhe von 200'000 Franken für den Beizug einer externen Projektleitung im Projekt Stabilo 2 gutheissen.*

Marc Dübendorfer, Präsident: Der Entscheid, ob wir die zusätzliche Einwohnerratssitzung von nächstem Montag durchführen werden, können wir vernünftigerweise erst fällen, wenn wir das nächste Traktandum 7 mit dem Politikplan abgeschlossen haben. Die Traktanden 8 und 9, Veloverbindung und Alterszentrum Suhrhard sind nach meinem Kenntnisstand so, dass diese relativ dringlich sind. Bei der Veloverbindung geht es um die weitere Bauplanung und beim Alterszentrum Suhrhard um die Unterzeichnung der Verträge. Diese beiden Traktanden sollten heute also noch behandelt werden. Bei den Nachtragskrediten und den Kreditabrechnungen gehe ich davon aus, dass diese nicht so wahnsinnig viel zu diskutieren geben. Ob wir sie heute noch behandeln oder auf die Sitzung im August verschieben, lassen wir im Moment noch offen. Es ist sicher so, dass wir wegen den Entscheidungen zu den Traktanden 10, 11 und 12 nicht nächste Woche noch einmal eine zusätzliche Einwohnerratssitzung durchführen werden. Wir kommen jetzt zum Traktandum 6, Stabilo 2, Gewährung eines Investitionskredits.

Werner Schib, Präsident der FGPK: Ich kann mich beim Projekt Stabilo 2, bei dem es um einen Kredit von 200'000 Franken für den Beizug einer externen Projektleitung geht, kurz fassen: Die Mehrheit der FGPK begrüsst es, wenn eine Strukturüberprüfung der Stadtverwaltung gemacht wird. Eine Effizienzprüfung und eine Aufgaben- und Leistungsüberprüfung kann nicht schaden. Es ist sinnvoll, wenn wieder einmal von externen Fachleuten eine Aussensicht in die Verwaltung gemacht wird. Die Mehrheit ist überzeugt, dass aufgrund dieser Überprüfung ein Effizienzgewinn resultieren wird und damit auch Einsparungen möglich sein werden, ohne dass die Prosperität der Stadt leidet. Begrüsst wird auch, dass ein politisches Begleitgremium geschaffen wird, welches Empfehlungen zum Stabilo 2-Weg abgeben kann. Für eine Minderheit der FGPK kommt der Antrag zu früh. Die Minderheit möchte mit Stabilo 2 zuwarten, bis der Bericht über die Überprüfung des Werkhofes vorliegt. In diesem Sinne hat die FGPK den Kredit für Stabilo 2 mit 6:2 Stimmen gutgeheissen.

Micha Siegrist: Die Grünen wollen die Aarauer Stadtfinanzen mit einem ausgewogenen Rezept ins Lot bringen: Erstens brauchen wir einen vernünftigen Steuerfuss, der sich irgendwo in der Höhe des Kantons- oder wenigstens Bezirksdurchschnitts bewegt. Zweitens müssen die Investitionen überprüft werden. Und erst wenn diese Massnahmen nicht ausreichen, braucht es Sparmassnahmen bei der Laufenden Rechnung. Was wir aber bis jetzt gemacht haben, waren praktisch ausschliesslich Sparmassnahmen, und zwar nicht erst mit Stabilo 1, sondern das Budget 2012 hat ja schon zwei Sparrunden hinter sich. Mit Stabilo 2 soll nun dieses einseitige Sparrezept weitergeführt werden, denn auch Stabilo 2 ist vor allem ein Sparprogramm. Zwar ist die Rede von der Überprüfung der Investitionen, dieser Teil ist aber viel weniger konkreti-

siert, als der Sparteil. Dass die Steuersenkungen der letzten Jahre rückgängig gemacht werden, ist schon gar nicht im Visier. Diese zwei Massnahmen braucht es aber, um die Stadtfinanzen auf eine verträgliche Art zu sanieren. Ausserdem scheint uns der Zeitpunkt, an dem die Stabilo 2-Massnahmen operativ werden, sehr ungünstig zu sein, weil der gerade mit dem Wechsel des Stadtpräsidiums zusammenfällt. Je nach Ausgang dieser Wahl ist es sehr wahrscheinlich, dass dann alles Papier zu Makulatur werden könnte. Auch dafür ist uns eine halbe Million zu teuer. Ob es je umgesetzt werden kann, ist ungewiss. Die Grünen sind nicht bereit, dafür insgesamt eine halbe Million auszugeben und lehnen deshalb diese Vorlage ab.

Alexander Umbricht: "Alles wär' gut, wär' kein Aber dabei." Dies ist ein deutsches Sprichwort. Die Organisation regelmässig zu optimieren ist zwingend, die Strukturen zu überprüfen ist notwendig, die Arbeitsabläufe anzupassen und zu verbessern ist hoffentlich "daily business" und die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ist ein stehender Auftrag von Stadt- und Einwohnerrat. All das steht für unsere Fraktion ausser Frage. Aber – und Sie wissen es alle – wichtig ist in aller Regel auch der Teil nach dem "aber". Also 4x "aber": "Aber" zum Ersten: Aufgaben- und Leistungsüberprüfung sind politischer Natur: Jeder Einwohnerrat, jede Einwohnerrätin kann sich per Motion, Postulat oder Antrag beim Budget entsprechend einbringen. Dafür ist keine externe Beratung nötig, die schlussendlich mehrere 100'000 Franken kostet. "Aber" zum Zweiten: Gemäss Stadtrat dürfte der Überprüfungsauftrag Mitte 2014 abgeschlossen werden. Per Anfang 2014 wird Aarau – grössere Überraschungen ausgeschlossen – eine neue Frau Stadtammann oder einen neuen Herrn Stadtammann haben. Sie oder er wird den eigenen Gestaltungsspielraum ausnutzen wollen und mit grosser Wahrscheinlichkeit die Abläufe und Strukturen in der Verwaltung den eigenen Visionen und Bedürfnisse im Rahmen der Möglichkeiten anpassen. Geben wir ihr oder auch ihm die Chance dazu. Gleiches gilt sinngemäss für neue und auch "alte" Stadtratsmitglieder, bzw. den Stadtrat als Ganzes. "Aber" zum Dritten: 2014 haben wir auch einen neu zusammengesetzten Einwohnerrat. Variante 1: Der Einwohnerrat rutscht nach rechts. Somit bestehen gute Chancen für eine Umsetzung der Massnahmen. Variante 2: Die Kräfteverhältnisse bleiben gleich. Grippeviren, Beinbrüche sowie ein paar taktische Spiele entscheiden, was aus den Sparvorschlägen von Stabilo 2 wird. Der Ausgang ist ungewiss. Variante 3: Der Einwohnerrat rutscht nach links: Der Einwohnerrat bekommt einen umfassenden Bericht. Aufgaben- und Leistungsreduktionen werden kritisch hinterfragt. Wie heisst es so schön: "Ausser Spesen, nicht viel gewesen." "Aber" zum Letzten: Stabilo 2 hinterlässt den Eindruck, dass es einzig und allein ums Sparen um jeden Preis geht. Sparen, das nötig ist, weil die Verwaltung ineffizient, träge und voller Leerläufe ist. Schlussendlich ist die Verwaltung schuld. Aus unserer Sicht muss aber eine Strukturüberprüfung konstruktiv sein. Wir möchten eine Überprüfung mit positiven Vorzeichen sehen. Sie soll die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung unterstützen, effizienter zu werden und das vorhandene Potenzial zu mobilisieren. Das ist eindeutig auch Chefsache, denn Leute zu motivieren und die richtigen Leute am richtigen Ort einzusetzen, gehört zu den Kernaufgaben. Hier ist explizit auch der Stadtrat gefordert. Die Vorzeichen von Stabilo 2 sind nicht positiv, oder, um es deutlich zu sagen: sie sind negativ. Es geht nicht um konstruktive Veränderungen. Zusammenfassend steht die Fraktion Pro Aarau – EVP/EW – GLP für ein klares Ja zu einer Überprüfung der Organisation, der Struktur, den Arbeitsabläufen und den Aufgaben und Leistungen – mit einem erneuerten Stadtrat, und dann bitte regelmässig. Zum heutigen Zeitpunkt stehen wir aber auch für ein Nein zum stadträtlichen Antrag.

Hanspeter Hilfiker: Im Gegensatz zu meinem Vorredner sind wir von der FDP, wie bereits angesprochen, dafür, dass wir das Stabilo 2-Programm jetzt lancieren. Seit Jahren besteht eine Diskrepanz zwischen unseren Einnahmen und Ausgaben. Wir haben ein Investitionspro-

gramm, welches überprüft werden muss. Es ist jetzt der Zeitpunkt dazu. Er wäre schon lange gewesen, um diese Sachen zu überprüfen und die Effizienzanalyse durchzuführen, welche im Übrigen von der FGPK am Beispiel des Werkhofes einmal vorgeschlagen worden ist und wir jetzt dann das erste Resultat sehen werden. Es geht auch darum, im Rahmen einer Aufgabenüberprüfung das gesamte Spektrum einmal genauer anzuschauen. Es heisst ja nicht, dass man jetzt substantielle Veränderungen vornimmt. Dazu sind wir ja gar nicht in der Lage, auch von den politischen Rahmenbedingungen her nicht. Jetzt aber zu hoffen, dass per 2013, 2014 oder später eine politische Änderung eintrifft, welche dann vielleicht die eine oder andere Seite bevorzugen würde, finde ich ein bisschen eine "Vogel-Strauss-Politik". Die Situation ist so, dass wir einen Nettoaufwand von 70 Mio. Franken haben. Dieser Aufwand ist ständig angewachsen. Es geht nun darum, dass Stadtrat und Einwohnerrat klare Ziele in den Produktgruppen selber setzen. In einem ersten Schritt soll versucht werden, diese Leistungen etwas schlanker zu erbringen. Es muss auch dann natürlich ein Thema sein, dass es keine Garantie für irgendetwas gibt. In diesem Aufwand von 70 Mio. Franken stecken mehr als 40 Mio. Franken für den Personalaufwand. Es darf in einem solchen Projekt keinen Stellenschutz geben. Aber es geht auch nicht darum, jetzt irgendwelche Kündigungen auszusprechen oder gezielt Personal abzubauen. Es geht um schlankere Abläufe und darum, mit der externen Hilfe solche Sachen realisieren zu können, welche man vielleicht aus der eigenen Organisation heraus gar nicht mehr sieht. Deshalb braucht es auch diese externe Hilfe. Ein erstes interessantes Beispiel wird für uns der Werkhof sein. Darauf legen wir grossen Wert und wir sind gespannt, was dort herauskommt. Die Methoden werden aber nicht anders sein, als bei allen anderen Ablauf- und Effizienzanalysen, welche wir in der Wirtschaft und eben auch in der öffentlichen Hand seit Jahren durchführen. Mit laufenden Kosten von 4,5 Mio. Franken ist der Werkhof eine der ganz grossen Produktgruppen. Für uns stehen bei Stabilo 2 die Bereiche Stadtentwicklung mit einem Nettoaufwand von 3,5 Mio. Franken, der Kulturbereich mit gut 5 Mio. Franken und die Freiwillige Sozialarbeit mit mehreren Mio. Franken Nettoaufwand im Zentrum. Die FDP unterstützt den Antrag des Stadtrates und wird dem Kredit für Stabilo 2 zustimmen.

Gabriela Suter: Die SP-Fraktion findet es wichtig, dass eine Analyse in Auftrag gegeben wird, um strukturelle Abläufe zu überprüfen und die Effizienz in der städtischen Verwaltung zu überprüfen. Wir sind auch überzeugt, dass es wichtig ist, grundsätzliche Fehlkonstruktionen des Verwaltungsapparats zu eruieren. Man müsste diese unter die Lupe nehmen. Ich habe hier gleich zwei Beispiele dazu: Warum gibt es bis heute in der Hauptstadt vom Kulturkanton Aargau noch keine eigene Abteilung Kultur, sondern sind die Kulturinstitutionen und die Kulturstelle der Stadt direkt dem Stadtschreiber unterstellt? Das müsste sehrwahrscheinlich überprüft werden. Oder bei der Abteilung Soziale Dienste: Ist es wirklich sinnvoll, dass die Familien- und Schulergänzende Tagesbetreuung bei den Sozialen Diensten angesiedelt ist? Wäre FuSTA nicht sinnvoller bei der Abteilung Schule untergebracht? Wir finden es sehr wichtig, dass solche Sachen überprüft werden. Wir finden es aber wichtig, dass der Fokus nicht einseitig auf das Thema Leistungsabbau gelegt wird, sondern dass verschiedene Kriterien berücksichtigt werden, also nicht nur finanzielle. Denken Sie auch an ökologische oder soziale Aspekte. Sie können in Ihrem Garten natürlich sehr effizient sein, wenn Sie ein giftiges Spritzmittel einsetzen und alles Unkraut sehr schnell ausradieren. Sie können aber auch häckeln, das braucht etwas mehr Zeit, oder Sie können den Garten flächendeckend asphaltieren. Dies wäre wahrscheinlich die effizienteste Variante gegen Unkraut. Aber man soll nicht einfach die effizienteste und längerfristig kostengünstigste Variante wählen, sondern ökologische, umweltbewusste und soziale Aspekte berücksichtigen. Jemand, der halt im Krematorium Unkraut jätet, ist auch wichtig. Es ist wichtig, dass solche Arbeiten bestehen. Zu der Haltung der

linken Ratshälfte, dass die Analyse nicht zum jetzigen Zeitpunkt in Auftrag gegeben, sondern gewartet werden sollte, bis der neue Stadtrat und der neue Einwohnerrat zusammengestellt sind, gibt es Folgendes zu sagen: Die SP-Fraktion ist mehrheitlich der Meinung, dass es nicht nötig ist, da die Vorgehensweisen der Unternehmensberatungsbüros alle ähnlich sind. Da wird es nicht grosse Differenzen geben. Die Analysen können jetzt in Auftrag gegeben werden. Nachher sollen die Massnahmen dann wirklich vom neuen Stadtrat und Einwohnerrat beschlossen werden. Das ist uns auch klar und wird dann 2014 der Fall sein. Jetzt geht es aber eigentlich erst um die Bestellung einer Analyse. Da sind wir eben mehrheitlich der Meinung, dass das jetzt schon möglich ist. Deshalb bitte ich Sie im Namen der Mehrheit der SP-Fraktion, dem stadträtlichen Antrag zuzustimmen.

Susanne Heuberger: Die SVP steht zu 100 % hinter dem Projekt Stabilo 2. Wir möchten damit den Stadtrat unterstützen, jetzt wirklich eine solche Verwaltungsanalyse anzugehen. Es wird nicht eine so einfache Sache werden. Ich staune, denn es gibt hier im Einwohnerrat relativ konsequente Personen, vor allem auch auf der linken Seite. Die ablehnende Haltung drückt eigentlich nichts anderes aus, als man schon bei Stabilo 1 sehen konnte: Die Bereitschaft, irgendwo Hand zu bieten, um den Finanzhaushalt kontrollieren zu können, ist nicht vorhanden. Daher ist es legitim zu sagen, dass man von Stabilo 1 schon fast nichts möchte und deshalb auch Stabilo 2 nicht benötigt. Die SVP ist genau der gegenteiligen Ansicht. Wir möchten den Antrag des Stadtrates unterstützen und das Geld dafür sprechen, auch mit den Folgekosten, welche dieses Projekt noch auslösen wird. Es ist für uns wichtig und sinnvoll investiertes Geld. Die SVP stimmt diesem Projekt also vollumfänglich zu.

Marcel Guignard, Stadtmann: Sie haben jetzt eben Stabilo 1 beschlossen und den Finanzhaushalt um rund 1,6 Mio. Franken stabilisiert. Sie haben auch gesehen, dass das, gemessen an den anzustrebenden Zielen, ein Beitrag ist, der aber noch nicht reicht. Nach den kurzfristig beschlossenen braucht es noch tiefer gehende und längerfristig greifende Massnahmen. Nach Meinung des Stadtrates ist es klar, dass es Stabilo 2 braucht. Wir brauchen auch einen Sukkurs von Dritten und können das nicht aus eigener Kraft bewältigen. Sicher ist es gut, wenn das Projekt von aussen geleitet wird und man sich nicht selber überprüft. Es ist richtig gesagt worden, dass die Methoden einer solchen Analyse heute gängig sind. Es stellen sich immer dieselben Fragen: Erfüllen wir überhaupt die richtigen Aufgaben? Wie ist die Wirkung dieser Aufgaben und erfüllen wir sie in einem vernünftigen Ablauf? Einerseits sind es Effizienzfragen, andererseits Aufgaben- und Leistungsüberprüfungen. Wir haben jetzt nur im Zusammenhang mit dem Werkhof, welcher ein Teilbereich des Stadtbauamtes ist, gemerkt, dass man für eine vertiefte Analyse Zeit braucht, sonst ist sie nur oberflächlich. Es braucht Zeit, bis die Überprüfer nur wissen, was überhaupt geleistet und ob es auch wirklich richtig gemacht wird. Es braucht auch Engagement des überprüften Bereichs. Deshalb ist es in der Tat so, dass es sicher 2014 wird, bis die Analyse abgeschlossen und Massnahmenvorschläge vorliegen. Dannzumal wird es dann der politischen Führung, also dem Stadtrat und dem Einwohnerrat, überlassen sein, über diese Massnahmen zu befinden. Da sind Sie ja in der glücklichen Lage zu sehen, dass das vielleicht dann andere Personen wie heute sein werden. Dass im Rahmen der Analyse der Stadtmann so viel Einfluss haben könnte, da überschätzen Sie das Amt, das muss ich schon sagen. Es ist nicht so. Er ist auch ein Teil des Ganzen und seine "Macht" ist sehr eingeschränkt. Ich sage das zuhanden meines Nachfolgers oder meiner Nachfolgerin. Deshalb macht es aus dieser Überlegung heraus keinen Sinn, jetzt künstlich eine Pause von eineinhalb Jahren einzulegen, sonst könnten Sie dann in eineinhalb Jahren sagen, der neue Stadtrat müsse sich jetzt zuerst einmal einarbeiten. Dann könnte noch einmal ein Jahr gewartet werden und wir würden immer mehr Richtung 2018 rutschen. Die Analyse kann jetzt be-

gonnen und durchgeführt werden. Die politischen Entscheide können dann gefällt werden, wenn die Analyse aufbereitet ist und Entscheidungsgrundlagen vorliegen. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag des Stadtrates zu folgen.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 31 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt einen Investitionskredit in der Höhe von 200'000 Franken für den Beizug einer externen Projektleitung im Projekt Stabilo 2.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

45. Politikplan 2012 - 2016

Mit Botschaft vom 30. April 2012 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft folgenden

Antrag: *Der Einwohnerrat möge vom Politikplan für die Jahre 2012-2016 Kenntnis nehmen.*

Marc Dübendorfer, Präsident: Die FGPK verzichtet auf ein Kommissionsreferat.

Therese Dietiker, Präsidentin der Sachkommission: Der vorliegende Politikplan ist stark mit den Stabilo-Massnahmen verknüpft, weshalb die FGPK nach der langen Diskussion um die Sparmassnahmen den Politikplan schnell beraten hat und deshalb auch auf ein Kommissionsreferat verzichtet. In der Sachkommission haben wir uns mit den Stabilo-Vorlagen nicht befasst, sie aber in unseren Produktegruppen, die wir zur Kenntnis genommen haben, angesprochen. Wir bedanken uns beim Stadtrat für die tipptoppe Aufbereitung der politischen Ziele für die nächsten Jahre, auch wenn da die Sparerei an erster Stelle steht und in vielen Produktegruppen nur die Umsetzung der Stabilo-Massnahmen als finanziell sichtbare Ziele beschrieben werden. Zu unserer Diskussion: In der Kommission wurde nach dem Zeitpunkt des Wechsels zum Ressortmodell im Stadtrat gefragt. Stadtammann Marcel Guignard gab an, dass erste Vorzeichen schon vor Ende der Legislatur verändert würden, es müssten jedoch auch Reglemente usw. angepasst werden, was bei der gegenwärtigen Belastung daure. Bei der Produktegruppe 22, KUK, wurde nach der Verspätung für die Einführung eines neuen Reservationssystems gefragt. Auch da seien es Überlastungen, diesmal im IT-Bereich, die zu Verzögerungen führten. In der Kommission wurde die Idee laut, man könne die KUK-Reservierungen der neuen Software für Hallenreservierungen angliedern, was die Auskunftsperson jedoch ausschloss. In den Produktegruppen 30 und 31 hielten sich verschiedene Mitglieder der Sachkommission gegenüber den Sparmassnahmen nicht zurück. Es sei am falschen Ort gespart, wenn man bei der Zukunft spare. In der Kommission fragten wir auch nach der Schulraumplanung, die sich aufgrund des neuen Schulmodells auf das Schuljahr 2014 aufdrängt. Marcel Guignard bezeichnete dieses Projekt als Mobile, das noch nicht ausbalanciert sei. Neben verschiedenen Varianten der Primarschulgestaltung (2x3 oder 3x2 Jahre) muss auch die Schule Buchs-Rohr ins Projekt einbezogen werden. Zudem sucht der Kanton neue Schulräume für die Kantonsschule, die aus allen Nähten platzt. Die gegenwärtige Instabilität in der Schulpflege mache die Planung nicht einfacher. In der Kommission wurde angeregt, frühzeitig über konkretere Ideen zu informieren, damit die Bevölkerung das Projekt mittrage. Zudem wurde die Idee laut, man könnte evt. die leer werdenden Räume der GastroSocial in die Planung einfliessen lassen. Bei der Musikschule wurde aufgrund der massiven Erhöhungen der Elternbeiträge, welche jetzt ja zwar nicht so hoch ausgefallen sind, angeregt, einkommensabhängige Tarife einzuführen. In der Produktegruppe 40, gesetzliche Sozialarbeit, wurde nach dem Outsourcing und Resourcing des Alimenteninkassos gefragt. Dass dies nun doch intern gemacht werden kann, zeigt, dass nicht alle Arbeit, die man auswärts machen lässt, billiger kommt. Periodische Überprüfungen sind wichtig. In der Produktegruppe 42, Jugend, wurde unter anderem nach den Ideen für die Zeit nach dem Wegfall des Wenk ge-

fragt. Die Stadt kann mit dem Wegfall des ü16-Angebotes eine 25 %-Stelle einsparen, wenn sich die über 16-jährigen auch im Flössli treffen. Die unter 16-jährigen werden sich weiterhin im Wenk treffen. Eine Alternative beim Verschwinden dieses Abbruchobjektes ist aber nicht vorhanden. Ob man die u16-Angebote auch ins Jugendhaus Flösserplatz verlegen kann, ist unsicher. Zur Produktgruppe 43, Subventionen und Beiträge: Von Interesse können auch die Infos zu den Fusionsabsichten der Spitex sein. Diese ist aus den Fusionsverhandlungen SURA ausgetreten, weil die Kulturen der einzelnen Vereine zu unterschiedlich seien. Zudem sei es für Aarau, das am Rand des SURA-Gebietes liege, sinnvoller, in der Agglomeration eine Zusammenarbeit anzustreben. Nach Kurzinfos zu Altersheimprojekten und Feuerwehrosold sind die Informationen zur Produktgruppe 70, Werkhof, noch nennenswert: Nach den Sommerferien soll dieses Geschäft im Einwohnerrat aktuell werden. Wieder einmal haben wir über das Littering gesprochen. Wir diskutierten bei der Abfallbewirtschaftung darüber, ob es wirklich kein Verursacherprinzip gäbe oder ob ein Abfallkonzept eingeführt werden könnte, z. B am Maienzugvorabend mit Pfandbecher usw. Zum Investitionsprogramm: Beim Investitionsprogramm wurde nach der Kürzung für die Hallenbadsanierung von 12 auf 6 Mio. Franken gefragt, was eigentlich fast eine Sistierung des ganzen Renovationsprojektes bedeute. Die Antwort lautete, dass der Stadtrat davon ausgehe, dass ein Hallenbad nicht nur eine städtische, sondern eine regionale Aufgabe sei, an der sich die Agglomerationsgemeinden auch beteiligen müssen. Der Kanton werde sich auch ohne Kantonsschulauftrag an einer Erneuerung beteiligen, aber nicht in grossem Masse. Die Sachkommission hat den Politikplan für ihren Teil zur Kenntnis genommen und hofft, dass Sie das auch tun.

Marc Dübendorfer, Präsident: Bei diesem Geschäft liegen uns zwei Planungserklärungen vor, die eine stammt von der FDP und die andere von den Fraktionen CVP, FDP und SVP. Wünschen die Antragssteller, noch spezielle Begründungen anzubringen? Das ist der Fall.

Hanspeter Hilfiker: Ich spreche zur Planungserklärung der FDP. Im Rahmen unserer Fraktionssitzung haben wir den Politikplan selbstverständlich auch angeschaut. Was wir sowohl bei Stabulo 1 und Stabulo 2, als auch im Politikplan vermissen, ist das bis jetzt nicht angesprochene oder effektiv aufgenommene Thema des laufenden und dauernd höheren Investitionsvolumens, das wir vor uns herschieben. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir eine Stadt mit 150 Mio. Franken Umsatz sind. 10 % davon können und sollen wir jährlich investieren. Das sind 15 Mio. Franken, welche der Stadtrat als Ziel gesetzt hat. Dieses Ziel tragen wir gerne und vollständig mit. Im Stabulo-Prozess soll ab 2018 ein jährliches Investitions- und Selbstfinanzierungsvolumen von 15 Mio. Franken erreicht werden. Dies ist schön und gut. Bis 2018 haben wir aber – und das zeigt uns der Politikplan, welcher ja eng mit den Stabulo-Projekten verbunden ist, gewichtete Nettoinvestitionen von 136 Mio. Franken bis 2016 im Programm, das heisst also knapp 30 Mio. Franken jährlich. Er zeigt uns aber auch, dass ohne Gewichtung bis 2016 nicht weniger als 290 Mio. Franken an Investitionen im Politikplan enthalten sind. Als kleiner Hinweis: Noch im Politikplan 2009-2013 betrug die Investitionssumme ohne Gewichtung 190 Mio. Franken. Wir liegen also innerhalb von vier Jahren 100 Mio. Franken höher. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, mit einem Umsatz von 150 Mio. Franken wird es uns nie möglich sein, ein Investitionsvolumen von knapp 300 Mio. Franken irgendwie sinnvoll zu finanzieren, auch wenn wir einen Steuerfuss von 120 % hätten. Aber das will ja mit Sicherheit niemand. Ein solches Investitionsprogramm im Politikplan ist heute eigentlich nach Stabulo 1 und Stabulo 2 schon fast Makulatur, weil wir gar nicht recht wissen, was wir damit machen sollten. Die von uns vorbereitete Planungserklärung soll deshalb dem Stadtrat empfehlen, seine eigenen Zielsetzungen in den Politikplan, welches ja ein Planungsinstrument von ihm ist, mit einzurechnen und entsprechend in diesem Instrument zu zeigen, bzw. vorzu-

schlagen, welche Investitionen seiner Ansicht nach Platz haben und welche nicht. Das ist der Hintergrund unserer Planungserklärung. Wir nehmen den Politikplan natürlich zur Kenntnis, möchten aber einen Akzent setzen, dass wir dieses Investitionsvolumen in den Griff bekommen, auch mit konkreten Vorschlägen. Wir selber werden, das wissen alle von uns, nicht in der Lage sein, einzelne Projekte herauszupicken und zu beurteilen. Das ist der Vorteil der Verwaltung und des Stadtrates, welche uns das als Geschäftsleitung dieses Systems vorschlagen sollte.

Jürg Schmid: Zuerst möchte ich noch eine Präzisierung anbringen: Mit der Klammerbemerkung in der ersten Zeile der Planungserklärung wollte ich nicht einen neuen Begriff "Generationenfonds" einbringen, sondern habe mich einfach vertippt. Es sollte natürlich "Generationenfonds" heissen. Der verbleibende Wortlaut der Planungserklärung ist hoffentlich selbsterklärend. Gerne nutze ich deshalb jetzt die Gelegenheit, kurz auf drei verschiedene Aspekte rund um den Anlagefonds einzugehen. Diese sind: Vermögensanlage als Aufgabe einer Gemeinde? Was sind Generationenprojekte? Zwei Gedanken zu den Annahmen des Stadtrates im Politikplan bzw. Projektbericht Stabilo beim Zinsertrag. Zur Vermögensanlage durch eine öffentlich-rechtliche Körperschaft: Die Äufnung und die Anlage von Vermögen gehört nicht zu den finanziellen Grundaufgaben einer Gemeinde. Sie hat in erster Linie langfristig einen ausgeglichenen Haushalt zum Wohle der Einwohner sicherzustellen. Ist sie in der privilegierten Situation, über ein flüssiges Nettovermögen zu verfügen, stellt sich deshalb die Frage, ob das Geld allenfalls für zukünftig geplante Investitionen benötigt wird. Falls nein, sollte es an die Bewohner zurückerstattet werden. Jeder hat eine andere Auffassung darüber, welche Anlagestrategie in Zukunft die bessere Rendite abwirft. Diese soll er damit auch verwirklichen können. Zu den Generationenprojekten: Man hört im Umfeld des Anlagefonds (früher ja bekanntlich eben der Generationenfonds) immer wieder die Aussage, mit diesem ausserordentlich erwirtschafteten Vermögen soll etwas für zukünftige Generationen gemacht werden. Auf meine Frage anlässlich der Informationsveranstaltung zu Stabilo 1 an den Stadtammann, was denn eigentlich unter einem Generationenprojekt zu verstehen sei, verwies dieser – sofern ich mich richtig erinnere – beispielhaft auf den ursprünglichen Neubau der KEBA und der Schachenhalle, welche man durchaus als Generationenprojekte bezeichnen könne. Ich frage Sie: Haben wir nicht derartige Projekte doch gerade heute im Investitionsplan, beispielsweise die grundlegende Sanierung der KEBA, der Schachenhalle, die Neugestaltung des Bahnhofplatzes, die Sanierung des Gönhardschulhauses, das Bahnhofveloparking Süd und weitere. Aber auch bereits abgeschlossene Projekte, wie der Bahnhofneubau oder das Freibad Schachen sind ebenfalls für zukünftige Generationen gebaut bzw. saniert worden. Da ist unseres Erachtens eine Finanzierung – oder mindestens die Deckung der Finanzierungslücke – durch den Anlagefonds gerechtfertigt. Mit einer Finanzierung mittels Kreditaufnahme überlassen wir unseren zukünftigen Generationen nur einen Haufen Schulden. Und nun noch ein paar Gedanken zu den Annahmen des Stadtrates betreffend Zinsertrag: Beim Ertrag des Anlagefonds geht man gemäss Stabilo-Projektbericht von durchschnittlich positiven 1,5 % pro Jahr aus. Auf den 80 Mio. Franken Fondsvermögen wird somit jährlich 1,2 Mio. Franken Ertrag erwartet. Dies entspricht knapp einem Fünftel vom erwarteten Nettozinsertrag im Jahr 2016, welcher in der Aufstellung mit 6,5 Mio. Franken der tiefste aller aufgeführten, zukünftigen Jahre ist. Bedenkt man, dass das verzinsliche Nettovermögen noch total rund 150 Mio. Franken beträgt, heisst dies, dass man erwartet, mit mehr als der Hälfte vom Vermögen, also den 80 Mio. Franken vom Anlagefonds, weniger als einen Fünftel des Nettoertrags zu erwirtschaften. Das erscheint mir ein gelinde gesagt unvorteilhaftes Verhältnis zu sein. Weiter zu berücksichtigen gilt es Folgendes: Erleidet der Fonds bei Beibehaltung auf seinen Anlagen in den nächsten paar Jahren einen gröberen Einbruch, wie wir das auch schon erlebt haben, von 10 und mehr Prozen-

ten, führt dies neben der Kreditaufnahme zu einem weiteren negativen Einfluss auf das verzinsliche Nettovermögen. Verbunden mit dem heute formulierten Legislaturziel "Das verzinsliche Nettovermögen bleibt in der Höhe von mindestens 80 Mio. Franken erhalten", hätte dies zwangsläufig auch einen einschränkenden Einfluss auf die weiteren Investitionsmöglichkeiten. Liebe Ratskolleginnen und -kollegen, die mit dem Inhalt dieser Planungserklärung geforderte Anpassung schafft bei der Finanzierung und den daraus entstehenden Finanzierungskosten für die zukünftigen Investitionen erhebliche Planungssicherheit. Mit dem Verzicht auf eine Kreditaufnahme entlasten wir die zukünftigen Rechnungen und unsere Nachfolgenerationen von Zinskosten. Und mit dem parallelen Abbau der Anlagen ersparen wir uns schlaflose Nächte, im Falle von negativen Turbulenzen an den Finanzmärkten. Ich empfehle Ihnen aus den genannten Gründe, und der aktuellen Wetterlage entsprechend, wärmstens, die Planungserklärung zu unterstützen.

Marc Dübendorfer, Präsident: Somit eröffnen wir die Diskussion, inkl. Planungserklärungen. Ich bitte übrigens die Personen, welche Abänderungsanträge oder Planungserklärungen einreichen, jeweils den Wortlaut von ihrer Eingaben selber noch vorzulesen und nicht nur ihre Begründungen anzufügen, weil sie es sonst einfach mir überlassen. Die **Planungserklärung der FDP** lautet folgendermassen:

Der Stadtrat wird aufgefordert, jeweils einen Politikplan vorzulegen, der in der Laufenden Rechnung (Produktgruppen) und in der Investitionsrechnung (Investitionsprogramm) die von ihm selbst gesetzten Zielvorgaben erfüllt.

Die **Planungserklärung von CVP, FDP und SVP** lautet wie folgt:

Das Vermögen des Anlagefonds (früher Generationenfonds) ist für die Deckung allfälliger Finanzierungslücken infolge zukünftiger Investitionen zu verwenden. Bevor das Vermögen des Anlagefonds nicht aufgebraucht ist, nimmt die Stadt keine weiteren Kredite auf.

Lukas Häusermann: Nach dem Stabulo-Traktandum will ich mich auf die Investitionen konzentrieren und auf die Planungserklärungen eingehen. Zu den Investitionen: Sie sind zu hoch. Wenn es in diesem Rat einen Konsens gibt, dann ist es der, dass wir pro Jahr 15 Mio. Franken investieren können. Wenn wir den Politikplan anschauen, so sind es bei den gewichteten Nettoinvestitionen aber 27 Mio. Franken. Deshalb gilt es, zuerst einmal die Investitionen zu prüfen. Auch ich habe mir die Frage gestellt, was denn eigentlich Generationenprojekte wirklich sind. Ist das ein Fussballstadion, der OXER oder nicht einfach die Erneuerung der heutigen Infrastruktur? Wenn ich sehe, was wir nur heute schon für den Erhalt unserer Gemeindestrassen ausgeben, war ich sehr erstaunt, denn das wird auf mehreren Seiten beschrieben. Auch nach Überprüfung der Investitionen wird voraussichtlich noch eine Finanzlücke vorhanden sein. Da kommt es eben zu dieser Planungserklärung. Es gibt zwei Möglichkeiten: Schulden aufnehmen oder Vermögen abbauen. Da ist die CVP auch der Meinung, dass das Aufnehmen von Schulden, um den Generationenfonds für nächste Generationen behalten zu können, gefährlich ist. Der einstige Zinsgenerator, von dem man einmal gesprochen hat, ist effektiv ins Stottern geraten. Auf absehbare Zeit ist nicht mit hohen Zinseinnahmen zu rechnen. Im Moment wird gesagt, dass es einfach ist, Schulden aufzunehmen, weil die Zinsen so tief sind. Diese sind aber auch nur so tief, weil die Personen, welche Geld besitzen, keine bessere Anlagemöglichkeit finden und es deshalb zu einem tieferen Zinssatz anbieten. Wir laufen also Gefahr, dass wir hohe Schuldzinsen bezahlen müssen, aber auf der anderen Seite halt die errechneten Erträge nicht hereinholen können und so eigentlich zusätzlich für den Kapitaldienst

bezahlen müssen, was wir definitiv nicht wollen. Damit erweisen wir weder uns heute noch zukünftigen Generationen einen Gefallen. Insofern unterstützt die CVP ihre Planungserklärung zusammen mit der SVP und der FDP.

Jürg Knuchel: Zuerst möchte ich mich beim Stadtrat im Namen der SP-Fraktion ausdrücklich für den vorliegenden, sorgfältig und detailliert abgefassten Politikplan 2012-2016 bedanken. Wir empfehlen allen, dem stadträtlichen Antrag zu folgen und vom Politikplan Kenntnis zu nehmen. Trotzdem ergeben sich für uns ein paar offene Fragen. Die wichtigsten möchte ich hier kurz noch einmal erwähnen: Zur Produktegruppe 30, Schule: Wir begrüßen die bereits erfolgte personelle Verstärkung der Schulleitungen und die Absicht, zu Lasten der Stadt an einem Gesamtschulleiter festzuhalten. Wir vermissen jedoch die ausdrückliche Erwähnung einer zukünftig möglichen, grossen Kreisschule Buchs-Aarau. Unseres Erachtens wäre dieser Gedanke zu verbinden mit einem Ausbau unserer Schulleitungen und einer Prüfung, ob die Besetzung der Schulleitung Aarau nicht zurückgestellt werden sollte, bis der Grundsatzentscheid, in welche Richtung unsere Schulen weitergehen sollen, gefällt ist. Zur Produktegruppe 42, Jugendarbeit: Wir verfügen in Aarau über zwei hervorragende Jugendkulturangebote mit dem Flösserplatz und dem Wenk, welche sich an unterschiedliche Zielgruppen richten und sich einer grossen Nachfrage erfreuen. Diese Nachfrage beweist den Bedarf. Wir lehnen es deshalb ganz klar ab, die inhaltlich unbegründete Streichung des ü16-Angebotes im Wenk gemäss Stabulo 1 auch in den Politikplan der kommenden vier Jahre zu übernehmen. Zum Thema Steuerfuss: Einnahmen und Ausgaben der Stadt Aarau klaffen bekanntlich zunehmend auseinander, darüber sind wir uns einig und das wissen wir schon länger. Wir sprechen deshalb sehr viel über Einsparungen, mehr oder weniger verdeckt auch über einen Leistungsabbau bzw. über potentiell unsoziale Mehrbelastungen des Einzelnen, so zum Beispiel im Zusammenhang mit der Musikschule. Vor diesem Hintergrund ist für die SP-Fraktion ein starres Festhalten an einem vergleichsweise günstigen Steuerfuss von 94 % schlicht unhaltbar, auch wenn der Souverän unser Budget anfangs Jahr mit einem Steuerfuss von 98 % abgelehnt hat. Die Schlussfolgerung, dass sich diese Zurückweisung ausschliesslich mit dem Steuerfuss von 98 % begründen liesse, ist mit Sicherheit falsch und greift zu kurz. "Gouverner, c'est Prévoir" – diese alte, französische Weisheit aus dem 19. Jahrhundert gilt auch für Aarau. Der Miteinbezug einer Variante mit Steuerfuss 98 % ist deshalb für uns von der SP-Fraktion unverzichtbar, dies aus Gründen der Transparenz, der politischen Ehrlichkeit und der sozialen Gerechtigkeit. Ganz kurz einige spontane Worte zu den beiden Planungserklärungen aus meiner persönlichen Sicht, denn wir haben das innerhalb der SP-Fraktion nicht explizit abgesprochen. Zuerst zur Planungserklärung der FDP: Ich bin der Meinung, dass diese Anliegen, wie sie Hanspeter Hilfiker formuliert hat, grundsätzlich nachvollziehbar sind, dass man bei diesen Fragen aber zwingend auch die Frage nach einem angemessenen Steuerfuss in die Überlegungen miteinbeziehen muss. Zur Planungserklärung von CVP, FDP und SVP: Jürg Schmid versteht finanzpolitisch mehr als die meisten von uns. Ich habe den Eindruck, dass diese Überlegungen finanzpolitisch gesehen auch für die SP-Fraktion grundsätzlich Sinn machen. Aber das politische Bekenntnis zu diesen Projekten, welche wir als Generationenprojekte bezeichnen, ist unlösbar damit verbunden. Es wäre komplett falsch, jetzt einerseits diesen Fonds zu Gunsten sog. Generationenprojekte zu öffnen und zu verbrauchen und gleichzeitig jedes zweite dieser Generationenprojekte bis aufs Blut zu bekämpfen. Beides gleichzeitig, das geht nicht.

Markus Hutmacher: Ich möchte mich nur noch kurz zu diesen beiden Planungserklärungen äussern: Die Planungserklärung, welche von den drei bürgerlichen Parteien eingereicht wurde, hat grundsätzlich unsere Sympathie. Wir haben das auch schon einmal vor drei Jahren im

Zusammenhang mit dem Politikplan erwähnt, dass es seltsam ist, wenn man fremdes Geld aufnimmt und selber Gelder als Vermögen verwaltet. Gewisse Sachen habe ich einfach bei diesen Überlegungen vermisst: Wir haben zum Beispiel GastroSocial gekauft mit genau diesem Hintergedanken, dass wir Geld aus einer Anlage, einer Spekulation herausnehmen und in einen realen Wert investieren wollen. Soviel ich weiss, hatte der Stadtrat bis vor kurzem die Idee, dass Aarenau ein ähnliches Konzept sein könnte. Jetzt möchte ich von diesen drei Fraktionen gerne hören, wie sie sich denn dazu stellen. Für mich ist es entscheidend zu wissen, ob wir sagen, wir wollen das Geld für die Sanierung eines Schulhauses oder des Bahnhofs benutzen, was ich seltsam finde. Das sind Aufgaben, welche für mich eigentlich zu den laufenden Aufgaben gehören und für die wir Rückstellungen tätigen sollten. Aber unter einem Generationenprojekt verstehe ich wirklich etwas, bei dem für andere Generationen etwas übrig bleibt, wofür man das Geld brauchen kann. Daher wäre ich froh, wenn Jürg Schmid Stellung nehmen könnte, wie sich die bürgerlichen Fraktionen zu solchen Projekten stellen. Zur zweiten Planungserklärung der FDP: Da muss ich ehrlich sagen, dass mir das etwas als Schlaumeierei vorkommt. Ich bin jetzt seit bald viereinhalb Jahren in diesem Einwohnerrat. Wir haben unzählige Investitionen aufgelegt. Viele sind auch mit Stimmen aus der FDP bestellt worden. Ich nenne da z. B. das Fussballstadion, die KEBA oder die Sporthalle. Bei der Sporthalle waren wir die einzigen, welche gefragt haben, ob man diese Halle wirklich abreißen und 10 Mio. Franken mehr ausgeben müsse. Alle anderen rannten begeistert in diese Richtung. Jetzt, da bestellt ist, kommen sie und sagen dem Stadtrat, es sei nun sein Job, den Leuten zu erklären, was man einsparen wolle. Das finde ich ein bisschen scheinheilig. Ich finde, es wäre jetzt die Aufgabe der Besteller, zu sagen, wo sie sparen wollen. In diesem Sinne werde ich persönlich diese Planungserklärung ablehnen.

Irene Bugmann Oelhafen: Wir haben heute schon viel über die Jugend und die Schulen gesprochen. Als ich den Politikplan angeschaut habe, hat mich etwas ein wenig erstaunt: Geht es bei den Schwerpunkten zur Schule in den nächsten vier Jahren, welche im Politikplan geplant und dargestellt werden, wirklich nur um das Arbeiten zum Thema 6+3 und die Frage, wo welche Provisorien und wo welche definitiven Lösungen stehen werden? Nach Meinung der Fraktion Pro Aarau – EVP/EW – GLP kann das nicht sein. Es gibt doch noch weitere Schwerpunkte im Bereich Schule, welche wichtig sind und vor allem auch einen grossen Zusammenhang haben. Wir sind einverstanden mit dem Thema 6+3, es geht aber auch um den Zusammenschluss der Schulen und die Frage, ob es eine grosse Kreisschule gibt, aber auch um FuSTA für die Schüler. FuSTA braucht Platz, das sehen wir ja jetzt im Gönhard. Dort haben wir immer noch Provisorien. Das ist nicht zufriedenstellend und müsste doch gesamthaft geplant werden. Wir möchten hier dem verantwortlichen Stadtrat und der Schulpflege nahe legen, den Bereich Schule mit mehr Weitblick zu planen.

Franziska Graf: Auch ich habe den Politikplan studiert und bin bei einer Zeile hängen geblieben. Auf Seite 41 steht zur Produktgruppe 41: "Schulsozialarbeit, Ausbau Rohr, abhängig Entscheid KSBR, Beginn 2014, 100'000 Franken." Eine Erklärung dazu habe ich in diesem Text nicht gefunden, aber vielleicht habe ich sie übersehen. Ich habe verschiedene Telefonate geführt. Frau Schweizer, Leiterin Abteilung Finanzen, konnte mir nicht weiterhelfen und die Stellvertreterin von Frau Meier, Vorsteherin der Sozialen Dienste, auch nicht. Frau Meier war nicht anwesend, sie hat mich aber heute ganz zuverlässig kurzfristig zurückgerufen. Was heisst diese Zeile? Die Schulsozialarbeit in Rohr wird über die Kreisschule Buchs-Rohr organisiert und verrechnet. Da wir ja bis heute keine Informationen haben, was die Zukunft dieser Kreisschule betrifft, löst diese Zeile vielleicht nicht nur bei mir, sondern auch bei anderen Einwohnerinnen und Einwohnern des Stadtteils Rohr eine Unsicherheit aus.

Dass diese Zeile nicht erklärt wird und auch die Schulleitung der Kreisschule, welche ich auch noch angefragt habe, von diesem Posten noch nie etwas gehört hat, ist für mich nicht vertrauensbildend. In der Haltung von uns Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten von Rohr zur Auflösung der Aussenstelle des Stadtbüros haben wir geäussert, dass wir wünschen, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung ernst genommen werden. Uns Rohrerinnen und Rohrer ist die Schule wirklich wichtig. Wir sind stolz auf sie. Sie ist gut und funktioniert. Wenn wir jetzt aus solchen Zeilen, wie ich eine zitiert habe, unsere Informationen über die Kreisschule ziehen müssen, weil wir sonst nichts hören, schafft das Unsicherheit und vor allem auch Missverständnisse. Frau Meier konnte mir jetzt sagen, worum es sich handelt. Es heisst nicht zwingend, dass die Kreisschule aufgelöst wird, wie man vielleicht aufgrund dieser Zeile vermuten könnte. Ich würde es begrüssen, wenn solche Zeilen gleich im Politikplan selbst kurz erklärt würden. Natürlich wünsche ich mir, auch möglichst bald etwas über den Stand der Lösungssuche für die Schulsituation in ganz Aarau zu hören. Es heisst ja nicht, dass gleich die fertige Lösung präsentiert werden muss. Eine offene Kommunikation würde dazu führen, dass eine solche Zeile nicht falsche Annahmen nach sich ziehen würde und man verstünde, wie sie gemeint ist, ohne dass die Fantasie grosse Sprünge machen würde. Ich bitte den Stadtrat, das wirklich so ernst zu nehmen.

Marcel Guignard, Stadtmann: Es ist zuerst einmal zu verdanken, dass Sie den Politikplan grundsätzlich zur Kenntnis nehmen. Der Politikplan ist tatsächlich ein Planungsinstrument des Stadtrates, indem er alljährlich aufzeigt, was und wie die Entwicklungen in inhaltlicher, wie auch in finanzieller Hinsicht ungefähr sein könnten. Dass sich der Stadtrat hin und wieder nicht bis ins letzte Detail erklärt oder Ausführungen macht, welche nach Fragen rufen, liegt ein wenig in der Natur der Sache. Ich kann Ihnen auch versichern, dass wir Ihre Voten und Anregungen ernst nehmen. Dass man insbesondere im Bereich der Schulen mehr Auskünfte erwartet hat, müssen wir so entgegen nehmen. Ich mache einfach darauf aufmerksam, dass wir momentan in einer Umbruchsituation stehen, was die Schulraumplanung angeht, und dass noch nichts tatsächlich Greifbares zu verkünden ist. Wir stecken mitten in der Arbeit. Das ist vielleicht eine mögliche Entschuldigung. Ob sie Ihnen genügt, kann ich nicht beurteilen, aber das ist der Grund, weshalb wir, auch was das Verhältnis zu Schulsituationen angeht, in welche unsere Schulkinder von Rohr eingebunden sind, nämlich in einem Verband, der eine eigene Rechtspersönlichkeit hat, die Fragen noch nicht klären konnten. Das ist so. Wir haben dieses Thema auch bewusst bei den damaligen Fusionsverhandlungen ausgeklammert, weil wir wussten, dass es um zwei verschiedene Schulkulturen geht, welche man nicht von heute auf morgen verändern kann und wo man schlussendlich in einem ausgewogenen Prozess zu einer Lösung kommen muss. Ich konzentriere mich im Folgenden auf die Planungserklärungen. Der Stadtrat hatte nicht viel Zeit, sich damit zu befassen, weil sie relativ kurz vor der heutigen Sitzung eingetroffen sind. Das ist kein Vorwurf, Sie können natürlich jederzeit solche Planungserklärungsanträge stellen. Deshalb kann ich jetzt aber keine Antwort geben, bei der Sie denken, der Stadtrat habe sich einlässlich darüber unterhalten. Ich gehe zuerst auf die Planungserklärung der FDP ein, welche von Herrn Hilfiker vorgestellt worden ist. Das Grundanliegen ist an sich verständlich. Es sollten nicht auf verschiedenen Ebenen unterschiedliche Zielsetzungen im Raum stehen. Wir haben dieses Jahr die spezielle Situation gehabt, dass wir einerseits im normalen Politikplanerarbeitungsprozess steckten und andererseits daneben ein spezifisches Projekt namens Stabilo läuft. Die Zielsetzungen, welche wir in Stabilo in einer ersten Phase praktisch als Projektziele gefasst haben und die Sie auch kennen, sind nicht vollumfänglich in den Politikplan eingeflossen. Das hat damit zu tun, dass wir diese Ziele noch nicht richtig miteinander verbinden konnten. Wir haben, insbesondere im Bereich des Projekts Stabilo, aus gewissen Annahmen heraus Projektziele gesetzt. Wenn ich die Pla-

nungserklärung lese, geht es darum, dass man insbesondere die Projektziele aus Stabilo in den Politikplan einflechten möchte. Eingeflochten werden sollen nicht nur die Ziele, sondern auch die Massnahmen, so steht es in der Begründung der Planungserklärung. Das Hauptanliegen war ja aber, dass wir im Bereich der Investitionen bis im Jahre 2016 ungewichtet 290 Mio. Franken an Investitionen hätten – was übrigens nicht stimmt, ich glaube, es sind 180 Mio. Franken, was ja immer noch genug ist – und dies noch nicht eingebaut haben. Eingebaut haben wir den Teil Stabilo 1 im Politikplan. Den Teil Stabilo 2 konnten wir gar noch nicht richtig einbauen, weil die hier immer wieder gestellte Frage der Investitionen eben Gegenstand von Stabilo 2 ist. Wenn wir über Leistungen sprechen, müssen wir auch über die Investitionen reden. Der Stadtrat hat auch gesagt, dass er das nicht alleine tun kann. Es ist ein bisschen einfach, dem Stadtrat zu sagen, er solle das Ganze halbieren und dann selber schauen. Schauen Sie die Investitionen genau an. Damit es politisch abgedeckt ist, brauchen wir auch den Einwohnerrat dazu. Da müssen wir uns gemeinsam darüber unterhalten. Der Stadtrat kann nicht schon Massnahmen aus einem Projekt, das gar noch nicht fertig ist, in den Politikplan einbauen. So gesehen erscheint uns die Planungserklärung unnötig. Der Stadtrat wird alles sehr wohl, sofern er mehr weiss und erhärtete Fakten vorliegen, welche politisch oder zumindest mit dem Stadtrat abgeglichen sind, automatisch im nächsten Politikplan verweben. Andernfalls wird er Ihnen im Rahmen des Politikplans Auskunft geben über den Stand von Stabilo. Aus Sicht des Stadtrates ist diese Planungserklärung also nicht nötig. Ich komme zur Planungserklärung der Fraktionen von CVP, FDP und SVP. Die Diskussion haben wir in der Tat schon an verschiedenen Orten geführt, was wir in dieser Situation klugerweise tun sollten oder nicht. Wenn Herr Schmid sagt, dass die Vermögensanlage nicht Aufgabe einer Gemeinde sei, so gebe ich ihm recht, sonst würde er wahrscheinlich bei einer Gemeinde arbeiten und nicht bei einem Bankinstitut. Sie wissen aber auch, dass die Stadt Aarau gewisse Vermögenswerte im Jahre 2000 durch eine ganz spezielle Aktion bekommen hat. Dieses Vermögen ist also nicht direkt durch den Steuerzahler geäuftet worden. Es ist im Finanzvermögen wie eine Liegenschaft oder ein Vermögensteil, bei dem wir ursprünglich sagten, dass wir ihn als Zinsgenerator, also als Teil unserer Einnahmenseite, pflegen wollen. Das war die Grundannahme. Auch Herr Schmid fragte, was man dann mit dem erhaltenen Geld tun solle. Es stellt sich wirklich die Frage, ob man das Vermögen als Zinsgenerator brauchen will oder nicht. Meiner Meinung nach müsste es nicht so sein, dass man der Bevölkerung direkt etwas zurückbezahlt. Sie hat das Geld auch gar nie in diesem Sinne einbezahlt. Die Verteilung müsste dann schon grösser gefasst werden. Auch die versorgten Gemeinden müssten eingedeckt werden. Ich mag mich erinnern, wie diese rundum "Freude" gehabt haben, als wir rund 100 Mio. Franken herausgelöst haben. Sie waren der Ansicht, dass sie uns geholfen haben, den Laden in Schwung zu halten und jetzt hätten wir 100 Mio. Franken zu uns rübergenommen. Das noch einmal zur Erinnerung. Der Stadtrat war also der Meinung, dieses Geld als Zinsgenerator zu brauchen. Danach ist der Begriff des Generationenprojekts gekommen. Der Stadtrat hat sich in der Zwischenzeit von diesem Begriff verabschiedet. Er hat das auch immer wieder kommuniziert, weil genau die Schwierigkeit besteht, welches Projekt damit genau gemeint sei. Ursprünglich war es das Fussballstadion, dann wurden es andere Projekte, welche dazu abgerufen worden sind. Heute stehen wir vor diesen Investitionsaufgaben und die Frage ist, wie wir das Vermögen hier einsetzen. Für den Stadtrat ist das also eigentlich kein Begriff mehr. Nach Meinung von Herrn Schmid soll jetzt das Vermögen aufgebraucht werden, anstatt Schulden zu machen. Er sagt, das sei stabilitätsfördernd, wenn man es so mache und nicht umgekehrt, wie es der Stadtrat vorschlägt. Planungsrelevant ist schlussendlich das, was Netto übrigbleibt, wenn man einerseits Erträge hat und andererseits Geld aufnehmen muss. Heute liegt das relativ nahe beieinander. Deshalb ist es gar nicht so wahnsinnig finanzplanrelevant. Tatsächlich kann dasselbe Problem sehr unterschiedlich betrachtet werden, das gibt es nicht

nur bei den Juristen und Architekten. Leute, welche eine längerfristige Betrachtung anstellen, vertreten die Meinung, dass es sehr wohl gut sei, wenn man Anlagen gut und professionell tätige. Dazu gibt es ganze Businessabteilungen in unserer Wirtschaft, welche ja nichts anderes tun. Es gab Jahre, in welchen man viel höhere Zinsen auf guten Anlagen erhalten hat, als die Fremdkapitalzinsen gekostet haben. Wenn man es jetzt kurzfristig anschaut, müsste man vielleicht tatsächlich eine andere Optik einnehmen. Der Stadtrat hat es sich deshalb nicht einfach gemacht. Er hat ebenfalls einlässlich darüber diskutiert und Meinungen dazu angehört. Aus der Tatsache heraus, dass uns dieses Vermögen einmal als spezielles Vermögen übergeben worden ist, entschied der Stadtrat, dass er es eigentlich nicht abbauen möchte. Wenn man es abbaut, kann es nie mehr aufgebaut werden. Bei Schulden hat man eigentlich den Willen, diese auch wieder einmal abzubauen. Aber Vermögen mit Steuererträgen aufzubauen, ist nicht möglich. Aber wieso soll man ein Vermögen, das man jetzt noch hat, vorderhand nicht auch noch behalten? Wenn wir es jetzt noch behalten, haben wir immer noch die Option, in einem, zwei oder drei Jahren, wenn es wirklich bei den Anlagen völlig verkehrt läuft, das Vermögen abzubauen. Jetzt hat der Stadtrat aber den Eindruck, dass man das nicht oder noch nicht machen sollte. Bei den Aktien besteht im Moment gar keine so schlechte Performance und deshalb ist der Stadtrat der Meinung, dass er an dem festhalten möchte. Der Stadtrat bittet Sie, diese Planungserklärung nicht zu überweisen.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu den

Abstimmungen

Abstimmung über die Planungserklärung der FDP:

*Die Planungserklärung der FDP wird mit 23 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten an den Stadtrat **überwiesen**.*

Abstimmung über die Planungserklärung von CVP, FDP und SVP:

*Die Planungserklärung von CVP, FDP und SVP wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten an den Stadtrat **überwiesen**.*

Abstimmung über den Politikplan:

Der Einwohnerrat nimmt einstimmig Kenntnis vom Politikplan für die Jahre 2012-2016.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir schlagen vor, dass wir die Traktanden 10, 11 und 12 auf die Einwohnerratssitzung im August verschieben und heute Abend noch die Traktanden 8 und 9 behandeln. Somit ist keine Sitzung am nächsten Montag nötig.

46. Fuss- und Veloverbindung Scheibenschachen-Telli (Steg Aarenau)

Mit Botschaft vom 14. Mai 2012 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft folgenden

Antrag: *Der Einwohnerrat möge für die Erstellung einer Fuss- und Veloverbindung Scheibenschachen-Telli mit der Linienführung "Basisvariante" einen Investitionskredit von Fr. 2,6 Mio. (Kostengenauigkeit +/- 20 %, Kostenstand 31.10.2011) zuzüglich allfälliger teuerungsbedingter Mehrkosten gutheissen.*

Susanne Heuberger, Sprecherin der FGPK: Die FGPK hat sich mit diesem Sachgeschäft an ihrer Sitzung vom 6. Juni 2012 befasst. Als Auskunftspersonen sind uns die Herren Beat Blattner, Stadtrat, sowie Felix Fuchs, Stadtbaumeister, zur Verfügung gestanden. Eine direkte, die Aare überquerende Fuss- und Veloverbindung zwischen den Quartieren Scheibenschachen und Telli ist seit längerer Zeit angedacht. Im Zusammenhang mit der anstehenden Erneuerung des Kraftwerks Rüchlig ergaben sich nun Möglichkeiten, verschiedenste Synergien zu nutzen und die beiden Vorhaben aufeinander abzustimmen. Es wurden im Rahmen des Vorprojekts eine Basisvariante sowie Alternativen bezüglich Linienführung und Wegbreite geprüft. Aufgrund des guten Kosten-/Nutzenverhältnisses, der kleinsten Beeinflussung des Landschaftsbilds sowie des erheblichen Synergiepotentials favorisiert der Stadtrat die Basisvariante und beantragt einen Investitionskredit in der Höhe von 2,6 Millionen Franken. Die Realisierung des Projekts soll im Jahr 2017 erfolgen. Einleitend stellten die Auskunftspersonen fest, dass noch eine gewisse Unsicherheit infolge eines Vorbehalts durch den Kanton bestehe. Man sei jedoch zuversichtlich, die bestehende Differenz mit der kantonalen Fachstelle, Sektion Jagd und Fischerei, noch vor der heutigen Einwohnerratssitzung auszuräumen. Innerhalb der Kommission vertieft diskutiert wurden die aufgezeigten verschiedenen Linienführungen. Auf Anfrage wurde von den Auskunftspersonen angeführt, dass auch die Nutzung der bestehenden Brücke auf der Zurlindeninsel zwar geprüft, die AXPO als Eigentümerin des Privatareals einer solchen Nutzung aber nicht zugestimmt habe. Ein weiterer Diskussionspunkt war die gewählte Wegbreite der geplanten Verbindung. Mit 2,70 m stellt diese einen Kompromiss zwischen getroffenen Vereinbarungen sowie Benutzer- und Kostenfreundlichkeit dar und gewährleistet normenkonform das Kreuzen zweier Fahrräder. Als Vergleich: Der in kurzer Distanz liegende Zurlindensteg, bei welchem die Sanierungsarbeiten soeben begonnen haben, weist eine Breite von rund 2,40 m auf. Eine Verbreiterung wurde aufgrund der hohen Kosten nicht geplant. Man hätte den Zurlindensteg für eine Verbreiterung frisch pfählen müssen, was enorme Mehrkosten verursacht hätte. Der Zurlindensteg als stark frequentierter Übergang wird dereinst durch den neuen Aarenau-Steg deutlich entlastet. An Wichtigkeit zunehmen wird dieser Aspekt, weil in den nächsten Jahren im Gebiet Aarenau 300 - 350 neue Wohneinheiten geplant sind. Die erste Baubewilligung konnte kürzlich erteilt werden. Zudem wird es dank der neuen Langsamverbindung möglich sein, die Schulkinder besser auf die Schulanlagen Telli und Aare zu verteilen. Innerhalb der FGPK wurde der Bedarf für eine neue Brückenverbindung anerkannt. Eine Entlastung des Zurlindenstegs erscheint angebracht. Dass der Stadtrat die Basisvariante, ein pragmatisches Projekt, gewählt hat, wurde begrüsst und die Kosten als vertretbar taxiert. Eine Verschiebung würde zu bedeutenden Mehrkosten führen.

Trotzdem bestand innerhalb der Kommission auch eine gewisse Skepsis gegenüber dem Projekt. Die neue Verbindung wird nur 30 cm breiter als der bestehende Zurlindensteg sein. Als unglücklich wurde auch die kurze Distanz zwischen dem schon existierenden und dem geplanten neuen Übergang angesehen. Weiter erscheint, aufgrund der finanziellen Situation der Stadt, der Zeitpunkt für eine Realisierung nicht ideal und die Investition könnte auch auf später verschoben werden. In der anschliessenden Schlussabstimmung wurde das Projekt dennoch grossmehrheitlich unterstützt, wohl auch deshalb, weil eine Enthaltung den Kommissionsmitgliedern aufgrund der Reglementsbestimmungen nicht möglich ist. Die FGPK empfiehlt dem Einwohnerrat, den vom Stadtrat beantragten Investitionskredit in der Höhe von 2,6 Millionen Franken gutzuheissen.

Ich füge gerne noch die Haltung der SVP-Fraktion an: Die bereits innerhalb der FGPK sichtbare, zwiespältige Haltung gegenüber dem Projekt Aarenau-Steg hat sich auch für die Mitglieder der SVP-Fraktion ergeben. Unsere pro und kontra Argumente waren quasi identisch mit den bereits in der vorberatenden Kommission geäusserten Argumenten. Mit einem Unterschied: Wir haben diese etwas anders gewichtet. Insbesondere die Tatsache, dass die geplante neue Fuss- und Veloverbindung durchaus nicht zwingend realisiert werden muss – Stichwort "nice to have" – und der Umstand, dass das ambitionierte städtische Investitionsprogramm angesichts der instabilen Haushaltsverhältnisse dringend entschlackt und auf Diät gesetzt werden muss, haben uns bewogen, heute einstimmig gegen das Projekt zu stimmen. Wir wollen damit ein erstes kleines, aber starkes Zeichen gegen den nicht länger tolerierbaren, rasanten Vermögensverzehr setzen. Es wurde heute Abend immer wieder gesagt, es müssten vom Stadtrat oder vom Einwohnerrat aus Projekte definiert werden, welche in diesem Investitionsprogramm gestrichen werden könnten. Die SVP-Fraktion definiert nun heute Abend ein solches Projekt. Ich durfte letzthin in der AZ lesen, dass aus dem Einwohnerrat selber scheinbar keine Streichungsvorschläge beim Investitionsprogramm kämen. Dem ist nicht so. Vielleicht wird einfach zuwenig gut zugehört. Anscheinend ist die Lobby auch noch nicht so gross, aber ein zweites, weitaus grösseres Einsparpotential, notabene mit bedeutenden Auswirkungen auch auf die Laufende Rechnung, sehen wir klar in der ersatzlosen Streichung des Theaterprojekts OXER. Dass das Projekt auch mit viel weniger Mitteln sinnvoll arbeiten kann, zeigt sich ja. Wir leisten hier gerne wiederum einen ersten Beitrag, um das Investitionsprogramm zu kürzen. Ich werde mir vorbehalten, jedes Mal, wenn ich hier vorne stehe, auf den OXER hinzuweisen und zu sagen, dass das Projekt gestrichen werden solle. Dies tue ich im Wissen darum: "Steter Tropfen höhlt den Stein."

Silvia Fallegger: Vieles ist schon gesagt worden, das will ich nicht mehr alles wiederholen. Uns von der Fraktion Grüne/JETZT! geht es vor allem um die Sicherheit. Wir unterstützen natürlich den Langsamverkehr, aber insbesondere natürlich den sicheren Langsamverkehr. Wer diese Brüggli kennt, so sagen wir im Scheibenschachenquartier diesem Steg, der weiss, dass sie zu Stosszeiten hoch frequentiert sind. Der Zurlindensteg hat sehr viel Durchgangsverkehr. Es sind sehr viele Familien mit kleinen Kindern unterwegs. Die Kinder springen herum, Velofahrer benützen den Steg, es ist ein Kommen und Gehen. Mit der Entstehung des neuen Wohnquartiers Aarenau wird sich der Zurlindensteg immer mehr zu einem Nadelöhr entwickeln. Deshalb unterstützen wir diesen Antrag.

Therese Dietiker: Ich mache es kurz. Mir kam Folgendes in den Sinn: "Über sieben Brücken musst du gehen". Als ich das Projekt studiert habe, dachte ich zuerst, dass man über sieben Ecken gehen müsse. Grundsätzlich sagen wir aber dennoch Ja zum Investitionskredit für diese neue Brücke über die Aare. Es ist sicher sinnvoll, denn der Zurlindensteg ist, wie meine Vor-

rednerin schon sagte, wirklich schmal. Die Abstimmung mit dem Rüchlig-Neubau macht ebenfalls Sinn. Weniger begeistert sind wir, weil das neue Brüggli innerhalb weniger Meter neben einem bestehenden Übergang zu stehen kommt, nämlich dem Übergang zum Jura-Bürogebäude. Diese Brücke ist sehr breit. Man könnte sehr viel sparen, wenn man mit dem Velo einfach dort darüberfahren könnte. Das geht aber leider nicht, weil die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten. Deshalb baut man einfach nordseitig ein neues Brüggli. Trotzdem sagen wir mehrheitlich Ja, denn hinter der Brücke entsteht ein neues Quartier. Es gibt neue Wohnungen, und in den ersten Plänen hat man gesehen, dass man eigentlich ein "grünes" Quartier bauen will mit wenig Verkehr und an den öffentlichen Verkehr angebunden. Deshalb macht dieses Projekt sicher Sinn. Die Kosten waren in den Investitionsplänen auch schon deutlich höher, weil man nicht davon ausgegangen war, dass man es mit dem Rüchlig-Neubau verbinden könnte.

Jürg Dietiker: Das meiste ist bereits gesagt worden, deshalb erwähne ich nur noch ganz kurz einige unbenannte Sachen: Mit dem neuen Steg Aarenau wird auch der Philosophenweg, das ist die Verbindung zwischen Rüchlig und Zurlindensteg, entlastet. Das ist ein neuralgischer Punkt, der sehr eng ist und wo sich Velofahrer, Kinder, usw. kreuzen müssen und es immer wieder zu prekären Situationen kommt. Wenn man läutet, ist es nicht gut, und wenn man nicht läutet, ist es auch nicht gut. Man kann wirklich oft von Glück reden, dass es nicht zu Zusammenstößen kommt. Heute ist vom Anlage- oder Generationenfonds gesprochen worden. Ich darf das sicher so sagen, dass das ganz sicher ein Generationenprojekt ist. Es dient sogar Generationen, welche im Gebiet Aarenau noch gar nicht eingezogen sind. Diese rund 700 Personen können dann aber davon profitieren. Sie werden hoffentlich mehrheitlich das Fahrrad benutzen, um ins Einkaufszentrum Telli zu gelangen, weil sie eine direkte Verbindung haben, anstatt den längeren Autoweg über die Kettenbrücke oder die neue Aarequerung in Biberstein zu benutzen. Unsere SP-Fraktion unterstützt dieses Projekt grossmehrheitlich.

Sonja Eisenring: Ich möchte einfach noch ein paar Sachen ergänzen, welche aus unserer Sicht wichtig sind und bis jetzt noch nicht gesagt wurden. Das eine sind die Kosten: 2,6 Mio. Franken +/- 20 % scheinen uns ein wenig komisch zu sein. Man schaut, dass man unter 3 Mio. Franken bleibt, damit es keine Volksabstimmung braucht. Wir haben vorhin diskutiert, ob dieser Steg "nice to have" oder etwas mehr als das sei. Wenn man jetzt hört, dass es dort beim Langsamverkehr wirklich prekäre Situationen bei den bestehenden Überquerungen gibt, müssen wir sagen, dass es wahrscheinlich schon etwas mehr als nur "nice to have" sein wird. Was uns halt teilweise in der CVP-Fraktion stört und auch noch bedacht werden muss, ist das Problem, dass dieser Übergang nicht immer zur Verfügung stehen wird. Er gehört zum Wehr und wird demontiert, wenn man dort irgendwelche Arbeiten ausführen muss. Wir wissen nicht, wer das macht und wie das bezahlt wird. Das müsste noch in Frage gestellt werden. Eine dauernde Querung hat man dort nicht. Es muss jeder selber entscheiden, ob ihm oder ihr der Mehrbetrag wert sei, oder ob man einfach sagt, man nehme das, was es für die 2,6 Mio. Franken plus/minus gebe.

Beat Blattner, Stadtrat: Ich möchte noch ergänzen, weshalb dieses Geschäft schon eine Aussenwirkung hat, obwohl das bis jetzt hier im Rat weniger bedeutsam war. Im Verkehrsrichtplan war dieser Steg schon immer festgelegt. Mit der ICF, damals noch die Besitzerin des jetzigen Kraftwerks, welches übrigens am 2. Juli 2012 ausser Betrieb genommen wird, hat man eine vertraglich abgemachte Freihaltezone festgeschrieben mit der Idee, dass dort eine Brücke gebaut werden kann. Eigentlich sind es zwei Brücken. Früher war einmal die Rede von einer ganz langen Brücke quer über das ganze Gebiet. Sie müssen mich nicht fragen, was

das gekostet hätte. Hier haben wir etwas anderes. Es ist eine Unterstellung, dass man bewusst auf diese 2,6 Mio. Franken gekommen ist. Mir persönlich wäre eine noch breitere Brücke auch recht gewesen, aber der Stadtrat hat sich, wohl nicht zu Unrecht in der jetzigen Situation, für die Minimalbreite entschieden. Die Minimalbreite kostet soviel, wie es hier geschrieben steht. Alles andere lasse ich nicht gelten. Vielleicht ist auch nicht möglich zu sagen, dass es sinnvollerweise später gebaut werden soll. Wenn man es jetzt für 2,6 Mio. Franken haben kann, muss man es entweder machen, oder aber sagen, dass man es einfach nicht wolle. Dann stimmt man jetzt Nein. Man kann dann aber wohl auch nicht in 2 oder 3 Jahren kommen und sagen, jetzt könnte man die Brücke doch noch bauen. Jetzt muss die Axpo die Bauplanung machen. Deshalb bin ich froh, dass wir dieses Geschäft heute noch behandeln können und dann einen Entscheid haben. Wenn der Aarenausteg Fahrten mit dem Auto vom Gebiet Aarenau zum Beispiel nach Biberstein oder über die Kettenbrücke in die Telli verhindert, dann hilft er, an die Energiestadt beizutragen, nämlich an die Punktierung z. B. auf dem Weg zum Goldlabel. Eine attraktive Wegverbindung ist auch immer ein sehr positiv gewürdigtes Verkaufsargument gewesen für die Baufelder, von welchen die Ortsbürgergemeinde bereits drei vergeben konnte. Wir hoffen, dass auch die zwei ausstehenden Baubewilligungen demnächst ausgesprochen werden können, eine Baubewilligung gibt es ja schon. Eine direkte Verbindung ins Gebiet Aarenau kann durchaus zur Flexibilität bei der Schulraumplanung beitragen. Von Susanne Heuberger wurde vorhin die Haltung der Abteilung Baubewilligungen des Departements Bauverkehr und Umwelt angesprochen. Unterdessen habe ich ein Schreiben "Überarbeitete Stellungnahme" erhalten. Es war eine Stellungnahme, welche sich eigentlich auf einen einzigen Themenbereich bezogen hat. Unter "Würdigung verschiedenster Interessen", welche hier eine Rolle spielen, sagt man uns, dass sie immer noch gewisse Vorbehalte wegen der Wildtiere habe, aber aus ihrer Sicht sei eine Zustimmung unter Auflagen möglich. So ist im Moment die Haltung des Kantons. Durch die Zunahme der Bewohner in der Aarenau geht der Stadtrat davon aus, dass beim Zurlindensteg die Gefahren halt noch zunehmen, was wir den Menschen eigentlich nicht zumuten möchten. Das sind die Begründungen, weshalb der Stadtrat Ihnen diese Vorlage heute präsentiert. Zeitlich ist sie mit der Bauplanung des Kraftwerkes verbunden. Wir bitten Sie, dieser Vorlage zuzustimmen.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 21 Nein-Stimmen gegen 20 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss

*Der Einwohnerrat **lehnt** für die Erstellung einer Fuss- und Veloverbindung Scheibenschachen-Telli mit der Linienführung "Basisvariante" einen Investitionskredit von Fr. 2,6 Mio. (Kostengenauigkeit +/- 20 %, Kostenstand 31.10.2011) zuzüglich allfälliger teuerungsbedingter Mehrkosten **ab**.*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

47. Alterszentrum Suhrhard AG, Buchs; Gründung einer Aktiengesellschaft; Investitionsbeitrag

Mit Botschaft vom 21. Mai 2012 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft folgende

- Anträge:**
- 1. Der Gründung der gemeinnützigen Aktiengesellschaft "Alterszentrum Suhrhard AG" sei zuzustimmen und der Stadtrat sei zu ermächtigen, sämtliche notwendigen Rechtshandlungen und weiteren Massnahmen für die Umsetzung der Gründung der Alterszentrum Suhrhard AG vorzunehmen.*
 - 2. Für die Beteiligung der Stadt Aarau an der Alterszentrum Suhrhard AG sei ein Verpflichtungskredit von 2'845'000 Franken (ohne Teuerung, ohne Berücksichtigung Mehrkosten Bau) zu bewilligen, wovon 450'000 Franken zur Zeichnung von Aktienkapital bestimmt sind.*

Hanna Weiersmüller, Sprecherin der Sachkommission: Der Grundsatzentscheid für die Beteiligung der Stadt Aarau an der Sanierung und Erweiterung des Alterszentrums Suhrhard ist im Januar 2012 mit dem Projektierungskredit schon positiv in diesem Rat ausgefallen. Die Gründung einer Aktiengesellschaft ist eine zeitgemässe Rechtsform. Sie wird in Heimen unserer Region bereits mehrfach umgesetzt und angewendet. Die AG zwingt den Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung, kundenorientiert und gleichzeitig betriebswirtschaftlich zu wirken. Zudem schafft sie in Bezug auf die Tarifgestaltung Klarheit, da die Jahresrechnung für Aktionäre, Pensionäre und Angehörige offen dargelegt wird. Der Verpflichtungskredit ist in Anbetracht der Beteiligung der Stadt Aarau am Alterszentrum angemessen und eine zukunftsgerichtete Investition. Die Tarife bleiben auch nach der Sanierung im regionalen Vergleich in einem angemessenen Rahmen. Die Sachkommission hat deshalb beiden Anträgen einstimmig zugestimmt.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu den

Abstimmungen

Abstimmung über den Antrag 1:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat stimmt der Gründung der gemeinnützigen Aktiengesellschaft "Alterszentrum Suhrhard AG" zu und der Stadtrat wird ermächtigt, sämtliche notwendigen Rechtshandlungen und weiteren Massnahmen für die Umsetzung der Gründung der Alterszentrum Suhrhard AG vorzunehmen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Abstimmung über den Antrag 2:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Für die Beteiligung der Stadt Aarau an der Alterszentrum Suhrhard AG wird ein Verpflichtungskredit von 2'845'000 Franken (ohne Teuerung, ohne Berücksichtigung Mehrkosten Bau) bewilligt, wovon 450'000 Franken zur Zeichnung von Aktienkapital bestimmt sind.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Marc Dübendorfer, Präsident: Wie gesagt, verschieben wir die Traktanden 10, 11 und 12 auf die Sitzung im August 2012. Ich habe noch einige kurze Informationen. Die Einladung zum Maienzug-Auftaktsapéro haben alle zugestellt bekommen. Das ist der Beginn einer Tradition, welche von Angelica Cavegn eingeleitet worden ist. Bitte leistet der Einladung doch Folge, es ist eine gute Gelegenheit, sich auf den Maienzug einzustimmen. Der Anlass findet beim Rathaus statt und bietet die Möglichkeit, ehemalige Mitglieder des Einwohnerrates wieder einmal zu treffen. Der Apéro findet am Donnerstag vor dem Maienzug von 18.00 bis 19.00 Uhr statt. Alle Mitglieder des Einwohnerrates sind eingeladen, am Maienzugumzug mitzulaufen. Ich hoffe, man findet nachher auch beim Bankett die Gelegenheit für das eine oder andere gute Gespräch. Am Montag, 2. Juli 2012, findet um 18.30 Uhr die Präsidialkonferenz im Rathaus statt, dies als Information. Wir haben heute noch etwas gehört von "Strategiekommision". Es wird dort innerhalb der Präsidialkonferenz eine Info vom Präsidenten der Badener Strategiekommision geben. Er wird uns erläutern, worum es da überhaupt geht. Dann wünsche ich allen ganz schöne Sommerferien. Denen, die keine Ferien haben, wünsche ich zumindest eine ganz schöne, einwohnerratsfreie Sommerpause. Wir sehen uns wieder am 27. August 2012.

Zum Schluss komme ich noch zu einer Verabschiedung. Mit Schreiben vom 6. Juni 2012 hat Einwohnerrat Rolf Wespi seinen Rücktritt aus dem Rat gegeben. In einem Begleitschreiben liess er mitteilen, dass er am liebsten kurz und schmerzlos verabschiedet werden möchte. Ich versuche, ihm diesen Wunsch so weit es geht zu erfüllen, möchte aber kurz auf seine Vorstösse im Einwohnerrat hinweisen: Anfrage aus seiner 1. Amtsperiode vom Februar 2009 betr. Evaluation der Schulen Aarau. In der 2. Amtsperiode reichte er eine Anfrage zum Thema Weiterbildung der Lehrkräfte in der Schulzeit ein. Rolf Wespi war seit seinem Eintritt in den Einwohnerrat im Januar 2006 auch Mitglied der Sachkommission. Rolf Wespi war auch sonst relativ häufig am Rednerpult zu sehen und zu hören. Er war ein sehr aktiver Einwohnerrat und ich möchte ihm ganz herzlich danken. Rolf Wespi hat den Brieföffner als Abschiedsgeschenk gewünscht. Mein Tipp dazu: Öffne keine E-mails damit. Somit schliesse ich die heutige Einwohnerratssitzung.

Schluss der Sitzung: 23.55

EINWOHNERRAT AARAU

Der Präsident:



Marc Dübendorfer

Der Protokollführer:



Stefan Berner